

Niedersächsisches
Innenministerium

Recht**extrem**ismus *Link*s**extrem**ismus *Auslän*
*der*extremismus **Spionage**abwehr **REC**
HTSEXTREMismus *Links***extrem**ismus *Ausl*
*änder*extremismus **Spionage**abwehr **Rechtse**
*xtrem***ismus** **LINKS**extremismus *Aus* **LÄND**
ERextr**Em**ismus **Spionage****AB**wehr **Rech**T**s**
extremis**Mus** *Links*extrem**ism**us **AUS**länder **ER**
EXTREMi**S**mus **spionage**abwehr **Rechtsex**
treM**ism**us *Links*extrem**ism**us *Ausländer*extrem

Verfassungsschutz- bericht 1995

Niedersächsisches
Innenministerium

Verfassungsschutz- bericht 1995

 Niedersachsen

Inhaltsübersicht

Einleitung 5

Überblick in Zahlen 10

Rechtsextremismus

Überblick	19
Gesetzesverletzungen	22
Neonazistische Bestrebungen	24
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	28
Neonazistische Personenzusammenschlüsse im Nord- und Ostharz	30
Rechtsextremistischer Treffpunkt in Hetendorf	33
Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)	35
Neonazikreis um Ernst Zündel	36
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	38
Rechtsextremistische Skinheads	39
Aufzüge von Neonazis in Schneverdingen und Roskilde / Dänemark	39
Braunschweiger Neonazi thematisiert	
Gründung von Wehrsportgruppen	41
Anklage gegen militante Neonazis in Braunschweig	42
Neonazi Peter NAUMANN gibt	
Waffen- und Sprengstoffdepots preis	43
Nutzung moderner Kommunikationsmittel	43
Der Stahlhelm e. V., Ortsgruppe Jork	45
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	46
Junge Nationaldemokraten (JN)	51
Deutsche Volksunion (DVU)	54
Die Republikaner (REP)	58
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	65

Linksextremismus

Überblick	69
Gesetzesverletzungen	71
Antiimperialistische Zelle (AIZ)	72
Rote Armee Fraktion (RAF)	77
Revolutionäre Zellen (RZ) / Rote Zora	80
Militante Autonome	83
Rote Hilfe e. V. (RH)	94
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	96

Ausländerextremismus

Überblick	97
Gesetzesverletzungen	97
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	99
Devrimci Sol	111
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)	113
Islamistische Extremisten	113
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB/A.F.I.D.)	114
Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)	115
Weitere islamistische Organisationen	115
Sonstige Organisationen	115

Spionageabwehr

Überblick	117
Spionage aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	118
Nachrichten- und Sicherheitsdienste in Rußland	118
Nachrichtendienste des Iran	119
Aktivitäten des syrischen Nachrichtendienstes	120
Nachrichtendienste sonstiger Staaten	120
Einzelfälle aus Niedersachsen	121
Abgeschlossener Spionagefall	122
Hilfe für Betroffene	122

Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete	123
Haushalt	123
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	123
Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	124
Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern	126
Öffentlichkeitsarbeit	126

Einleitung

Rechtsextremismus

Auch 1995 wurden die Vernetzungsbemühungen, mit denen die neonazistischen Vereinsverbote kompensiert werden sollen, fortgesetzt. Im Bereich der rechtsextremistischen „Parteien“ waren Ansätze zu beobachten, die Zersplitterung mit Aufrufen zur Gründung „Runder Tische“ zu überwinden. Beispielhaft sei hier das „Eisenacher Signal“ genannt, mit dem die REP in Thüringen am 01. 06. 1995 zur Bildung „vieler Runder Tische“ aufriefen, „damit das Jahr 1995/96 für die deutsche Rechte ein Jahr der Versöhnung, Öffnung und Erneuerung wird!“

Neben NPD, DLVH und Teilen der REP war der ehemalige REP-Vorsitzende Schönhuber maßgeblich an diesem Neuformierungsansatz beteiligt. Durch den Wahlerfolg des REP-Bundesvorsitzenden Schlierer bei der Landtagswahl am 24. März 1996 in Baden-Württemberg ist dieser Ansatz, den Schlierer und seine Anhänger ablehnen, bis auf weiteres aussichtslos.

Bei jüngeren Rechtsextremisten stehen für Vernetzungsbemühungen beispielhaft die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD. Die ihnen nahestehende Publikation „Einheit und Kampf“ läßt inzwischen deutliche Bezüge zu neonazistischen Bestrebungen erkennen. Zur vierköpfigen Redaktion gehören ein ehemaliger Funktionär der FAP, ein früherer Funktionär der verbotenen NF, der aus Hildesheim stammende JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel und der Pressesprecher der JN. Zur politischen Position heißt es in der Schrift:

„Gerade in Zeiten staatlicher Pogromstimmung wird es zwingend notwendig sein, in der Zukunft in

noch verstärkterem Maße politische Kaderarbeit zu leisten und einen Kader überzeugter Aktivisten aufzubauen, der sich fundamental dem etablierten System entgegenstellt und eine Systemalternative aufzeigt. Für alle im nationalen Widerstand befindlichen Aktivisten gilt es, das Leitbild des politischen Soldaten zu verkörpern.“

Starke neonazistische Vernetzungsbemühungen stellte das NLFV bei jungen Rechtsextremisten im Ostharz fest, deren Aktivitäten nach Niedersachsen ausstrahlen und von dem aus Hannover stammenden Neonazi Steffen Hupka maßgeblich gesteuert werden. Er gilt inzwischen als führender Kopf bei der Propagierung des Konzepts autonomer Zellen im Neonazismus.

Auch als Folge der von Niedersachsen initiierten Verbote der Wiking-Jugend im November 1994 und der neonazistischen FAP Anfang 1995 haben sich neonazistische Aktivitäten in der rechtsextremistischen Tagungsstätte in Hetendorf deutlich verringert. Sowohl diese staatlichen Maßnahmen, als auch der demokratische Protest gesellschaftlicher Gruppen, der Parteien und der betroffenen Gemeinde Hermannsburg gegen diesen von dem Hamburger Rechtsanwalt und Neonazi Rieger maßgeblich betriebenen Treffpunkt haben hier endlich Wirkung gezeigt. Bis zur rechtsstaatlichen Bereinigung dieses Problems bleibt die Überwachung der Tagungsstätte allerdings eine Daueraufgabe der niedersächsischen Sicherheitsbehörden.

Die Anzahl der militanten Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistischer Skinheads, ihre überregionalen Aktivitäten und die aus dieser

Szene begangenen Straftaten stellen die Sicherheitsbehörden unverändert vor Probleme. Einer der Köpfe der rechtsextremistischen Skinszene ist in Niedersachsen der ehemalige FAP-Landesvorsitzende und Neonazi Thorsten Heise, der „Musikkonzerte“ mit Skinhead-Musikgruppen aus dem In- und Ausland organisierte, um den Zusammenhalt der Szene zu erhalten. Die vom Innenministerium kürzlich vorgelegte vierte Auflage der Skinhead-Broschüre informiert darüber ausführlich.

Linksextremismus

Militante Linksextremisten sind 1995 mit ihren Aufrufen zur Gewalt und ihren Gewalttaten eine ernste Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat gewesen. Grenzen zwischen Gruppierungen wie dem terroristischen Umfeld der RAF und militanten Autonomen haben sich verwischt. In der bundesweit verbreiteten Autonomen-Schrift „Interim“ heißt es dazu:

„Grundsätzlich begreifen wir militante, illegale Aktionen als einen integralen Teil des Protestes und Widerstandes gegen Herrschaftsverhältnisse... Die Anwendung von Gewalt/ revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar“.

Diese militante linksextremistische Szene hat sich in den letzten Monaten besonders auf die Verhinderung der umstrittenen Atommülltransporte von La Hague in das Zwischenlager Gorleben konzentriert. Sie erhofft sich hiermit vor allem Zuspruch aus Bevölke-

rungskreisen, mit denen sie bisher keinen Kontakt hatte. So schreiben militante Linksextremisten in einer seit Anfang April dieses Jahres verbreiteten Schrift, daß „Sabotageakt(e) gegen die Verkehrswege der Atommafia und gegen am Bau der Atomanlagen beteiligter Firmen“ bei vielen Menschen in der Region Lüchow-Dannenberg mit „klammheimlicher Freude“ unterstützt würden. Gleichzeitig beklagen sie, daß „Massenmilitanz“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg „nie so recht Einzug gehalten“ habe. Diese Einschätzung der Szene zeigt, daß der militante Widerstand, wie ihn die zum Schutz des Atommülltransportes eingesetzten Polizeibeamten erlebt haben, in das Wendland hineingetragen worden ist.

Militante Linksextremisten haben erklärt, daß ihre militanten Aktionen zur Verhinderung der Atommülltransporte nur ein Bestandteil ihrer anarchistischen Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates der Bundesrepublik Deutschland sind. So heißt es in einer seit April 1995 verbreiteten Veröffentlichung militanter Linksextremisten:

„Ein letztes Wort vorweg: der Kampf gegen die Atommafia, wie er sich neuerlich gegen den Castor artikuliert, ist von uns nicht isoliert von den anderen Kämpfen in diesem Staat zu begreifen. Vielmehr sehen wir ihn als Teil des Kampfes gegen das kapitalistische System mit all seinen Auswüchsen, gleichzeitig ist es ein Kampf für eine herrschaftsfreie Gesellschaft“.

Als Beispiel für die „antiimperialistische“ Weiterentwicklung von militanten Autonomen, die sich zunächst an

RAF-Konzeptionen der 70er und 80er Jahre orientierten, ist die Antiimperialistische Zelle (AIZ) zu nennen. Eine Grafik des Verfassungsschutzberichtes 1995 verdeutlicht, daß diese Terroristen in Nord- und Westdeutschland mit ihren Anschlägen aktiv geworden sind. Die AIZ setzte hier ihr Konzept, „die brd-eliten“ dort anzugreifen, wo sie „ihre arbeitsplätze bzw. ihre wohnsitze haben“, in die Praxis um. Seit 1995 haben sie sich innerhalb der militanten linksextremistischen Szene weiter dadurch isoliert, daß sie die Zusammenarbeit mit islamistischen Fundamentalisten und dem „antiimperialistischen Widerstand“ in Westeuropa forderten. Ihre terroristische Gefährlichkeit hat die AIZ 1995 allerdings durch mehrere Anschläge unterstrichen. Ob die Festnahme zweier mutmaßlicher AIZ-Mitglieder, am 26. Februar d. J. zu einer entscheidenden Schwächung dieser terroristischen Gruppierung beiträgt, ist offen.

Neben der Entwicklung im militanten linksextremistischen Spektrum machen sich einige der in der politischen Öffentlichkeit isolierten linksextremistischen Organisationen [z. B. die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) und teilweise die Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP)] Hoffnungen, aus der „Zusammenarbeit“ mit bzw. in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zu profitieren. Dies kommt einmal durch Doppelmitgliedschaften und zum anderen durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften bei der PDS zum Ausdruck. Diese „westdeutsche“ Entwicklung hat dazu geführt, daß die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-

Westfalen, die den PDS-Landesverband in NRW ohne Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel beobachtet, diesen als Sammelbecken für und von Linksextremisten bewertet hat. In Niedersachsen hat das NLFV auch 1995 offenes Material auf Anhaltspunkte für linksextremistische Positionen im niedersächsischen PDS-Landesverband überprüft.

Ausländerextremismus

Bei der Beobachtung und Bekämpfung extremistischer Bestrebungen von Ausländern steht für Verfassungsschutz und Polizei weiterhin die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK, mit ihren Aktivitäten im Mittelpunkt. Trotz des bereits im November 1993 durch den Bundesinnenminister ausgesprochenen Betätigungsverbot hat sich der Zulauf zu dieser marxistisch-leninistischen Partei erneut fortgesetzt. In Niedersachsen stieg die Zahl der Aktivisten um 40 Prozent auf 1.400 Personen, bundesweit von 7.500 auf 8.900. Diese Organisation setzte auch 1995 ihre Doppelstrategie fort. Zum einen versuchte sie mit der Gründung eines kurdischen Exilparlamentes und zahlreichen politischen Erklärungen ihres Vorsitzenden Öcalan Zustimmung für ihre Forderung nach einem unabhängigen Kurdistan in Westeuropa und in der Bundesrepublik Deutschland zu erlangen, zum anderen setzte sie ihre Anschlagstätigkeiten in Kleingruppentaktik fort. Niedersachsen ist durch die Aktivitäten der PKK-Aktivisten besonders betroffen, weil sich in der Region Hannover-Celle mit rd. 5.000 Kurden einer der größten Siedlungsräume von Kurden außerhalb ihrer Heimat im Südosten der Türkei befindet. Von diesen treibt die PKK jedes Jahr enorme Beträge zur Finanzierung ihres Kampfes gegen den türkischen Staat und für

die Unterhaltung ihres großen Funktionsapparates ein.

Spendengelderpressungen, bei denen durchaus auch gewalttätige Praktiken gegen Betroffene angewendet werden, sind an der Tagesordnung. Wenn die PKK ihre terroristischen Gewalttaten fortsetzt, schadet sie damit den berechtigten Forderungen des kurdischen Volkes und den Sympathien in der deutschen Öffentlichkeit.

Nach Auffassung der Landesregierung läßt sich die terroristische Politik der PKK letztlich nur dadurch bekämpfen, daß die Lebensverhältnisse der kurdischen Bevölkerung im Südosten der Türkei verbessert und die bestehende Diskriminierung und Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung beendet werden. Darauf bauen Macht und Einfluß der PKK auf.

Aktuelle Bedrohungen der inneren Sicherheit gehen von den anderen extremistischen Ausländerorganisationen in Niedersachsen gegenwärtig nicht aus, allerdings müssen islamistisch-extremistische Gruppierungen sorgfältig beobachtet werden. Stellen sie doch mit ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten politischen Ideologie, die islamistisch verbrämt ist, langfristig eine bedeutende Herausforderung dar.

Spionageabwehr

Spionagedienste fremder Staaten sind weiterhin gegen die Bundesrepublik Deutschland, die für sie bevorzugtes Ausspähungsziel ist, aktiv. Bemerkenswert ist dabei, daß Staaten aus dem ehemaligen Ostblock keinen Widerspruch darin sehen, einerseits freundschaftlich mit der Bundesrepublik auf

politischen und wirtschaftlichen Gebieten zusammenzuarbeiten, andererseits aber ihre Spionagetätigkeit gegen eben diese Bundesrepublik fortzusetzen. Auch die nachrichtendienstlichen Bemühungen von Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Asiens erlangen für die Spionageabwehr zunehmend Bedeutung.

Bei den Aufklärungsbereichen fremder Nachrichtendienste rückt zunehmend die Ausforschung von Wirtschaft und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland in den Mittelpunkt. Das Ausforschungsinteresse beschränkt sich keineswegs auf die Beschaffung fertiger Endprodukte, sondern gilt - von der Idee über die Forschung, Entwicklung, Herstellung und Marktstrategie - grundsätzlich dem gesamten Zyklus eines Wirtschaftsgutes.

Das klassische frühere Aufgabengebiet der Spionageabwehr, nämlich die Beobachtung der Agententätigkeit aus Staaten des Warschauer Pakts ist heute abgelöst worden durch die sogenannte Rundum-Spionageabwehr. Gegenstand der Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden ist also heute durchaus, ob in Deutschland von westlichen Ländern Spionage betrieben wird.

Scientology-Organisation

Die Landesregierung ist der Ansicht, daß dem Vordringen derartiger „Sekten“ und destruktiven Psychokulte in der Gesellschaft Einhalt geboten werden muß. Deshalb begrüßt die Landesregierung die Einsetzung der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychokulte“ durch den Deutschen Bundestag nachdrücklich.

Im Zusammenhang mit den menschenverachtenden Anschauungen und Praktiken der Scientology-Organisation ist in der politischen Öffentlichkeit ihre Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden gefordert worden. Die Bundesregierung und die große Mehrheit der Bundesländer (darunter auch Niedersachsen) sind heute der Auffassung, daß die rechtlichen Voraussetzungen hierfür derzeit nicht vorliegen.

Überblick in Zahlen

1. Rechtsextremistische Organisationen¹⁾

Bundesrepublik Deutschland

	1994	1995
DVU	20.000	15.000
REP	20.000	16.000
NPD	4.500	4.000
DLVH	900	900
Militante Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads ²⁾	5.400	6.200
Neonazistische Gruppierungen	3.740	2.480
Sonstige Gruppierungen	2.930	2.660
Summe	57.470	47.240
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	56.600	46.100

Niedersachsen

	1994	1995
DVU	2.000	1.800
REP	700	700
NPD	515	415
DLVH	50	20
Militante Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads	290 ³⁾	580 ⁴⁾
Neonazistische Gruppierungen	95	45
Sonstige Gruppierungen	110	90
Summe ⁵⁾	3.760	3.650

¹⁾ Einschließlich Nebenorganisationen

²⁾ Davon 1994: 1.150 und 1995: 1.060 unorganisierte Neonazis

³⁾ Zzgl. der 120 Neonazis, die inzwischen verbotenen Gruppierungen angehörten.

⁴⁾ Zzgl. 30 „unorganisierte“ Neonazis

⁵⁾ Mehrfachmitgliedschaften sind nur auf Bundesebene abgezogen.

2. Linksextremistische Organisationen

Bundesrepublik Deutschland

	1994	1995
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten ⁶⁾	27.400	28.500
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre ⁷⁾	6.700	7.000
Summe	34.100	35.500
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	33.700	35.000

Niedersachsen

	1994	1995
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	655	587
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre	570	570
Summe	1.225	1.157

⁶⁾ Einschließlich „Kommunistischer Plattform“ und weiterer linksextremistischer Gruppen in der PDS.
⁷⁾ Das Mobilisierungspotential der „Szene“ umfaßt zusätzlich mehrere tausend Personen.

3. Ausländerextremistische Organisationen⁸⁾

Bundesrepublik Deutschland

	1994	1995
Islamistisch-extremistische Gruppen	26.380	31.800
Extrem-nationalistische Gruppen	5.610	6.900
Linksextremistische Gruppen	15.060	16.800
Summe	47.050	55.500

Niedersachsen

	1994	1995
Islamistisch-extremistische Gruppen	2.590	2.510
Extrem-nationalistische Gruppen	210	350
Linksextremistische Gruppen	1.470	1.955
Summe	4.270	4.815

⁸⁾ Einschließlich verbotener Organisationen

4. Überblick des Landeskriminalamtes Niedersachsen über die Staatsschutzkriminalität für 1995⁹⁾

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1995 wurden landesweit von den Polizeibehörden 2.183 Staatsschutzdelikte und sonstige politisch motivierte Straftaten (Vorjahr: 2.443) bearbeitet. Erfassungsschluß für diesen Überblick war der 25. 04. 1996.

Soweit Vergleichszahlen für das Vorjahr angegeben sind, stammen diese aus dem Vorjahresbericht mit Erfassungsschluß vom 27. 01. 1995. Grundlage der Erfassung sind die für jede Straftat eingehenden Kriminaltaktischen Anfragen – Staatsschutz (KTA-S). Die Zahlen dieser „KTA-S-Sta-

tistik“ sind aufgrund anderer Erhebungsmodalitäten mit der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht vergleichbar.

In der Aufschlüsselung der Gesamtzahl sind 154 Delikte (für 1994: 240) nicht mehr enthalten, die sich nicht den nachstehenden Ziffern 4.1, 4.2 oder 4.3 zuordnen lassen.

Die „KTA-S-Statistik“ soll im Vergleich zum Vorjahr über die Größenordnungen in den Bearbeitungsfeldern der Staatsschutzkriminalität informieren. Der statistische Überblick über diesen Deliktsbereich eignet sich auch für eine Darstellung bestimmter Entwicklungstrends in den drei extremistischen Beobachtungsbereichen des NLFV. Er soll dazu beitragen, Art und Ausmaß extremistischer Bestrebungen angemessen zu beurteilen.

Die nähere Aufschlüsselung enthält Mehrfachzählungen bei Tateinheit.

4.1 Straftaten gesamt¹⁰⁾

	1994	1995
Bekanntgewordenen Straftaten	2.443	2.183
Geographische Verteilung		
Bezirksregierung Braunschweig		589
Bezirksregierung Hannover		484
Bezirksregierung Lüneburg		736
Bezirksregierung Weser-Ems		374

⁹⁾ Gezählt wurden Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, bei denen die Bearbeitungszuständigkeit des Polizeilichen Staatsschutzes gegeben ist, weil

– ein Staatsschutzdelikt im Sinne des Meldedienstes in Staatsschutzsachen (KPMDS) oder

– eine politische Motivation angenommen wird, oder

– eine Zuweisung im Einzelfall (z. B. Skinhead-Delikte, Völkermord-Delikte) erfolgt ist.

¹⁰⁾ Einschließlich 1995: 154 und 1994: 240 Straftaten ohne Zuordnungsmöglichkeit unter Ziffer 4.1, 4.2 oder 4.3.

4.2 Straftaten „links“¹¹⁾

(einschließlich aller von
der Anti-Atombewegung begangenen Delikte)

	1994	1995
gesamt	699	839
davon		
gegen politisch Andersdenkende/„Rechte“ mit „antifaschistischem“ Hintergrund	168	20
davon:		
Sachbeschädigungen	128	1
Körperverletzungen	16	3
durch militante Kernenergiegegner, die überwiegend im Zusammenhang mit Castor- Transporten nach Gorleben stehen dürften	234	460
davon:		
Sachbeschädigungen	105	112
im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik/PKK (z.B. Verbreiten von Propagandamitteln)	26	14

Geographische Verteilung

BezReg Braunschweig:	231
BezRegHannover:	76
BezReg Lüneburg:	439
BezReg Weser-Ems:	93

¹¹⁾ Einschließlich aller Straftaten mit erwiesenem oder mußmaßlich linksextremistischem Hintergrund.

Straftatenstruktur

(Deliktverteilung nach Häufigkeitsvorkommen)

	1994	1995
Sachbeschädigungen	396	289
(davon: Sprüh- bzw. Schmieraktionen)	(219)	(153)
Eingriffe in den Bahn-/Straßenverkehr	68	105
Verstöße gegen das Versammlungsrecht	67	89
Landfriedensbrüche	40	51
Körperverletzungen	70	48
Bedrohungen	17	27
Beleidigungen	31	23
Sprengstoffanschläge	0	4
schwere Brandstiftungen	1	2
Raub	2	1
Besonders schwerer Fall des Diebstahls	3	1

Angriffsziele

(nach Häufigkeitsvorkommen)

	1994	1995
Bahn (für 1994 Post/Bahn)	46	156
Einzelpersonen/Personengruppen	146	149
Polizei	59	143
Öffentliche Gebäude u. städtische Einrichtungen	80	134
Wirtschaft und Gewerbe	100	95
sonstige Verkehrseinrichtungen	83	64
Wohnhäuser/Garagen	44	28
Fahrzeuge	39	23

4.3 Straftaten „rechts“¹²⁾

	1994	1995
gesamt	1.168	982
davon		
mit fremdenfeindlicher Motivation Verbreiten von Propagandamitteln/ Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	378	244
Sachbeschädigungen	132	90
Taten durch Skinheads	202	24
Bedrohung	11	17
Brandanschläge	57	4
	10	5
mit antisemitischem Hintergrund	132	139
davon:		
Volksverhetzung	86	76
Sachbeschädigung	38	7
Beleidigung	50	7
durch Skinheads	107	113
davon:		
Körperverletzungen	48	23
Sachbeschädigungen	30	13
gegen politisch Andersdenkende („Linke“)	29	53
davon:		
Körperverletzungen	16	11
Sachbeschädigungen	6	2

Geographische Verteilung:

BezReg Braunschweig:	266
BezReg Hannover:	269
BezReg Lüneburg:	216
BezReg Weser-Ems:	231

¹²⁾ Einschließlich der Straftaten mit erwiesenem oder mutmaßlich rechtsextremistischem Hintergrund.

Straftatenstruktur

(Deliktsverteilung nach Häufigkeitsvorkommen)

	1994	1995
Verbreiten von Propagandamitteln/ Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	655	576
Volksverhetzungen	154	152
Sachbeschädigungen (davon: Sprüh- bzw. Schmieraktionen)	612 (348)	72 (33)
Körperverletzungen	119	39
Nötigungen	32	26
Beleidigungen	156	18
Bedrohungen	102	12
Brandanschläge	13	5

Angriffsziele

(nach Häufigkeitsvorkommen)

	1994	1995
Einzelpersonen/Personengruppen	429	203
Öffentliche Gebäude und städtische Einrichtungen	148	92
Fahrzeuge	140	91
Wohnhäuser/Garagen	125	62
Wirtschaft/Gewerbe	80	37
Schulen/Schulzentren/Sporthallen	34	33
Ausländerwohnheime	29	18
Polizei	46	17
Verkehrseinrichtungen	39	14
Post/Bahn	26	13

4.4 Politisch motivierte Ausländerkriminalität¹³⁾

	1994	1995
gesamt	236	208
davon		
im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik	151	174
davon:		
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	84	96
Brandanschläge	0	21
Erpressungen	7	16
Sachbeschädigungen	58	13

Geographische Verteilung:

BezReg Braunschweig:	44
BezReg Hannover:	106
BezReg Lüneburg:	30
BezReg Weser-Ems:	28

Straftatenstruktur

(Deliktsverteilung nach Häufigkeitsvorkommen)

	1994	1995
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	87	117
Brandanschläge	0	23
Erpressungen (1994: nur Schutzgelderpressungen für PKK)	5	16
Sachbeschädigungen, z. B. Schmieraktionen	65	15
Körperverletzungen	18	3
Bedrohungen	27	3

Angriffsziele

(nach Häufigkeitsvorkommen)

	1994	1995
Einzelpersonen/Personengruppen	113	51
Öffentliche Gebäude und städtische Einrichtungen	35	8
Wohnhäuser/Garagen	13	9
Fahrzeuge	6	7
Polizei	2	0

¹³⁾ Einschließlich der Straftaten mit erwiesenem oder mutmaßlich extremistischem Hintergrund.

RECHTS- EXTREMISMUS

Überblick

Staatliche Bekämpfungsmaßnahmen wie die Verbote zahlreicher neonazistischer Organisationen, umfangreiche Exekutivmaßnahmen und Verurteilungen zu teilweise langjährigen Freiheitsstrafen haben auch 1995 zu erheblicher Verunsicherung der neonazistischen Szene geführt. Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten gingen erneut stark zurück. Dennoch blieben neonazistische Bestrebungen mit ihrer militanten Fremdenfeindlichkeit und ihrer antisemitischen Propaganda eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Rechtsextremistische Parteien wie NPD, DVU, REP und DLVH hatten bundesweit weitere Mitgliederverluste zu verzeichnen. Wahlerfolge blieben aus. Forderungen nach einem Zusammenschluß unter Bezeichnungen wie "Bündnis für Deutschland" oder "Runder Tisch" wurden immer lauter. Erstmals nahmen auch die REP in Thüringen diese Forderung auf. Am 1. Juni luden sie andere Rechtsextremisten zu einer gemeinsamen Veranstaltung "über die Zukunft der deutschen Rechten" ein. Bei dieser Gelegenheit wurde das "Eisenacher Signal" beschlossen, das auszugsweise dokumentiert wird:

„Die in Eisenach Versammelten sind sich einig, daß eine in Zukunft einheitlich auftretende politische Rechte den zu erwartenden harten Kampf bestehen und Erfolge erringen kann.

Um die Einheit aller Patrioten (rechtzeitig) vorzubereiten, sollen ab sofort nach dem Eisenacher Beispiel überall lokal, regional und letztlich bundesweit unter dem Motto 'Gemeinsam für Deutschland' Runde Tische einberufen werden mit dem Ziel, ungeachtet früherer Auseinandersetzungen jede Person und jede Strömung solidarisch zu stützen, die auf eine Sammlung der demokratischen Rechten hinwirkt. Schafft viele ‚Runde Tische‘, damit das Jahr 1995/96 für die deutsche Rechte ein Jahr der Versöhnung, Öffnung und Erneuerung wird! Nur gemeinsam läßt sich eine flächen-deckende, schlagkräftige und glaubwürdige politische Alternative zum Bonner Parteienkartell aufbauen, auf die viele Deutsche warten.

Dieses Bündnis für Deutschland gilt es vorzubereiten - auf jeder Ebene und überall.

Eisenach - ein Modell für alle Patrioten!“

Die „Neue Rechte“, in der Öffentlichkeit allgemein als Intellektualisierung des Rechtsextremismus verstanden, ist weiterhin als „Scharnier“¹⁴⁾ zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus anzusehen. Von daher steht die „Neue Rechte“ nicht eindeutig mit rechtsextremistischen Bestrebungen in Verbindung. Gleichwohl ist in ihrer Publizistik eine bedenkliche Erosion der exakten Abgrenzung zwischen rechtsextremistischen und konservativen Ausrichtungen unverkennbar.

Der Begriff „Neue Rechte“ steht in Deutschland seit Jahrzehnten für eine intellektuelle Variante antidemokrati-

¹⁴⁾ Wolfgang Gessenharter: Die „Neue Rechte“ als Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, Frankfurt/M. 1989.

schen Denkens und Handelns. Ihr wird in der politischen Diskussion häufig eine Gefährlichkeit nachgesagt, die höher einzuschätzen sei als der organisierte Rechtsextremismus. Obwohl eine solche Gefährlichkeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung bei genauer Betrachtung dieser politischen Richtung zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht erkennbar ist, muß diesem Politik-Bereich verstärkte Beachtung gewidmet und insbesondere die geistig-politische Auseinandersetzung mit ihm gesucht werden.

Vorbild für die Protagonisten der „Neuen Rechten“ in Deutschland ist die französische Nouvelle Droite mit ihrem Chefideologen Alain de Benoist. Dieser hatte bereits 1968 als Antwort auf die Studentenbewegung die Denkschule G.R.E.C.E. (Groupement de recherche et d'étude pour la civilisation européenne = Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation) mit anderen zusammen ins Leben gerufen. Ziel dieser Einrichtung ist eine moderne rechte Programmatik mit einem umfassenden ideengeschichtlichen Bezugsrahmen, der Werte der Zeit vor der Französischen Revolution aufnimmt. Folgerichtig wird die Idee der Menschenrechte diffamiert und die These, daß alle Menschen mit unveräußerlichen Menschenrechten ausgestattet sind, wissenschaftlich zu widerlegen versucht. Gegen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit setzen die Protagonisten der „Neuen Rechten“ in Frankreich die Bindung an die Volksgemeinschaft, die natürliche Ungleichheit der Menschen und Rassen sowie den Gedanken sich selbst bildender, zur Führung des Volkes berufener Eliten.

Sowohl von den Franzosen als auch von ihren deutschen Nachahmern wird die „Konservative Revolution“ der Weimarer Zeit als Vorbild angesehen. Mit diesem Begriff sind die Theoriezirkel um die Intellektuellen wie z. B. Carl Schmitt, Arthur Möller van den Bruck, Edgar Julius Jung oder Hans Freier gemeint, die mit ihren rechten, antidemokratischen Gedankengebäuden zu geistigen Vorläufern einer dann auch tatsächlich folgenden autoritären/totalitären Staatsform wurden.

Während in Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten die Diskussion um die Neue Rechte keine große Rolle spielte, ist in den 90er Jahren durch mehrere Zeitschriften wie „Nation und Europa - Deutsche Monatshefte“ oder „Europa vorn“ der Gedanke der Neuen Rechten neu belebt worden. In diesen Schriften werden nationalistische und antiamerikanische bzw. antiwestliche Positionen vertreten. Alain de Benoist kommt in „Europa vorn“, die von dem DLVH-Funktionär Manfred Rouhs herausgegeben wird, häufig zu Wort.

Eine Besonderheit unter den Schriften stellt die wöchentlich erscheinende „Junge Freiheit“ (JF) dar, die 1986 von Schüler und Studenten in Süddeutschland gegründet heute zweifellos die bundesweit größte Bedeutung für die Propagierung von Auffassungen im Sinne der „Konservativen Revolution“ besitzt. Während 1995 in dieser Wochenzeitung kaum oder gar nicht Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen festzustellen waren, scheint 1996 die Zurückhaltung der Redaktion gegenüber solchen Themenstellungen aufgegeben worden zu sein. So kritisiert die JF in ihrer Aus-

gabe vom 1. März 1996 die strafrechtliche Verfolgung der Holocaust-Leugnung und -Verharmlosung: Unter dem Pseudonym „Pankraz“ schreibt ein Autor, die Verfolgung des bloßen Leugnens von Tatsachen sei in monstrosen Weise lächerlich und anstößig. Ein Staat mit solchen Gesetzen sei kein moderner Rechtsstaat. Vielmehr sei in Deutschland ein regelrechtes Forschungsverbot im Stil der DDR installiert worden. Die neuhistorische Wissenschaft werde durch die staatlichen Sanktionsandrohungen lahmgelegt. Historiker behindere man in ihrer Arbeit und schüchtere sie ein. Sogenannte Revisionisten würden zu Märtyrern, was sie nicht im Geringsten verdienen:

„Was ist eine Verharmlosung? Geht es um bestimmte Opferzahlen, die man nennen muß, oder macht man sich auch strafbar, wenn man sich nicht an gewisse Sprachregelungen hält, die von den Medien oder vom Bundestag vorgegeben werden? Was ist eine Tatsachenbehauptung, was ist eine Vermutung? Wird man schon bestraft, wenn man aufgrund gewisser Nachforschungen gewisse Vermutungen anstellt?“

Der Tenor dieser Ausführungen entspricht weitgehend rechtsextremistischen Denkmustern.

Die JF hat im März 1995 unter Hinweis auf Presseveröffentlichungen beim Verwaltungsgericht Düsseldorf beantragt, dem nordrhein-westfälischen Innenministerium im Wege einer einstweiligen Anordnung die Beobachtung der Antragstellerin mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu untersagen.

Tatsächlich wurden und werden aber nachrichtendienstliche Mittel bei der Beobachtung der JF durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz nicht eingesetzt. Beobachtung bedeutet im Falle der JF lediglich, daß die Zeitschrift gelesen und bewertet und die Ergebnisse dieser Auswertung veröffentlicht werden. Das Verwaltungsgericht ist den Darlegungen des Verfassungsschutzes gefolgt.

Derzeit agieren in der Bundesrepublik Deutschland rund 80 rechtsextremistische Organisationen mit rund 47.240 Mitgliedern (1994 rd. 57.500 Mitglieder). Die meisten organisierten Rechtsextremisten gehören einigen wenigen mitgliederstarken Parteien wie der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) sowie der Partei „Die Republikaner“ (REP) an.

Der Rest verteilt sich auf zahlreiche kleine Gruppen und Zirkel. 2.480 Personen werden dem neonazistischen Lager zugerechnet. Diese Neonazis treffen sich häufig in informellen Gruppen, viele von ihnen gehörten zuvor Organisationen an, die vom Staat verboten wurden. Die Zahl der militanten Rechtsextremisten unter Einschluß der rechtsextremistisch orientierten Skinheads beläuft sich auf 6.200 Personen. Die Steigerung von 5.400 im Vorjahr basiert auf neuen Erfassungskriterien. Es wurden nicht nur - wie in den Vorjahren - Extremisten berücksichtigt, die tatsächlich durch Straftaten auffielen, sondern zusätzlich auch Personen, die Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft erkennen ließen.

Gewalttaten mit rechts- extremistischem Hintergrund

1995 wurden im Bundesgebiet 837 Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem – davon 540 mit fremdenfeindlichem – Hintergrund erfaßt¹⁵⁾. 1994 waren 1.489 Gewalttaten registriert worden, davon 860 mit fremdenfeindlichem Hintergrund. Die Zahl der Gewalttaten ist insgesamt gegenüber 1994 um rd. 44 %, die der Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund um rd. 37 % zurückgegangen. Der Anteil der Gewalttaten mit fremdenfeindlicher Zielrichtung im Verhältnis zu den Gewalttaten mit den übrigen Zielrichtungen liegt bei rd. 65 % (540 Gewalttaten) nach rd. 58 % (860 Gewalttaten) im Jahr 1994.

Besonders deutlich ist der Rückgang bei den Brandanschlägen von 100 auf 45 (55 %) und bei den Sachbeschädigungen mit Gewaltawendung von 704 auf 225 (68 %) Straftaten.

Die niedersächsische Straftatenstatistik (Überblick in Zahlen zu Beginn des Berichtes) enthält andere Ausschwerpunkte und ist mit den Bundeszahlen, die sich auf Gewaltdelikte beziehen, nicht direkt zu vergleichen.

Ein Rückgang aller Straftaten mit fremdenfeindlicher Motivation um 35 % von 1994 (378) auf 1995 (244) ist auch hier feststellbar, wobei die Bedrohungen von 57 auf 4, die Sachbeschädigungen von 202 auf 24 und die Brandanschläge von 10 auf 5 zurückgegangen sind.

¹⁵⁾ Es handelt sich hierbei um Zahlenangaben des Bundeskriminalamtes.

Fremdenfeindlich motivierte Gesetzesverletzungen – Bundesgebiet¹⁶⁾

	1994	1995
Versuchte Tötungsdelikte	8	8
Sprengstoffanschläge	1	—
Brandanschläge	80	37
Landfriedensbrüche	27	20
Körperverletzungen	494	372
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	250	103
Gesamt	860	540

**Weitere rechtsextremistisch motivierte Gesetzesverletzungen – Bundesgebiet
(ohne fremdenfeindliche Straftaten)**

	1994	1995
Versuchte Tötungsdelikte	2	2
Sprengstoffanschläge	—	—
Brandanschläge	20	8
Landfriedensbrüche	22	28
Körperverletzungen	131	137
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	454	122
Gesamt	629	297

¹⁶⁾ Sofern die Vergleichszahlen von früheren Statistiken abweichen, beruht dies auf einem aktuelleren Erkenntnisstand.

Neonazistische Bestrebungen

Neonazis knüpfen an die Ideologie des Nationalsozialismus an. Ihr Wunschbild ist ein totalitärer und rassistischer Führerstaat mit einer Einheitspartei. Nationale Interessen werden auf Kosten der Interessen anderer Nationen und der Individualrechte der „Volksgenossen“, d. h. derjenigen, die „deutschen Blutes“ sind, überbewertet. Die „Deutsche Rasse“ stelle die Elite dar, alle „Andersrassigen“ werden als minderwertig klassifiziert. Fremdenfeindliche Agitation sowie Gewalt- und sonstige Straftaten sind die Folge. Da nach dem Programm der NSDAP, an das sich Neonazis anlehnen, kein Jude Volksgenosse sein kann, richtet sich der Haß der Neonazis insbesondere auch gegen Juden. Die Wiederherstellung des von Hitler verkörperten „Dritten Reiches“ war in den 80er Jahren erstrebenswertes Ideal der Neonazis. In der Folgezeit kam von einigen Gesinnungsgenossen die Forderung nach einer „Abkehr vom Hitle- rismus“ auf. Sie wollten sich stärker an dem sog. linken Flügel der historischen NSDAP orientieren, also den „antikapitalistisch“ und „sozialrevolutionär“ ausgerichteten Strömungen um die Brüder Dr. Otto und Gregor Strasser ¹⁷⁾. Nach dem Verbot der "Nationalistischen Front" im November 1992 verblaßte die Bedeutung dieser "linksnationalsozialistischen" Propagandisten innerhalb der Neonaziszene.

Nach den vielfältigen staatlichen Maßnahmen, insbesondere den Ver- einsverboten gegen neonazistische Organisationen, trat zunächst eine starke Verunsicherung unter Neonazis ein. Aktivitäten gingen zurück. 1995

aber vermehrten sich die Anstren- gungen führender Neonazis, die Szene neu zu beleben.

So haben sich beispielsweise die ehemaligen FAP-Führer zwar inzwi- schen mit dem Verbot ihrer Organisa- tion abgefunden. Die Klage gegen die Verbotsverfügung des Bundesministe- riums des Innern wurde am 20.12.1995 zurückgenommen. Sie beabsichtigten jedoch keineswegs, ihre neonazisti- schen Aktivitäten einzustellen. Ein für den 24. Februar 1996 geplantes Tref- fen ehemaliger FAP-Funktionäre auf dem Anwesen des 1992 nach Öster- reich abgeschobenen früheren Vorsit- zenden des FAP-Landesverbandes Nie- dersachsen, Karl Polacek (62), in Mackenrode konnte durch die Polizei verhindert werden. In der Nähe des geplanten Versammlungsortes, an dem sich u. a. der ehemalige Vorsitzende des FAP-Landesverbandes Niedersach- sen, Thorsten Heise, eingefunden hatte, wurden Kfz- und Personenkon- trollen durchgeführt. 15 angereiste Neonazis, darunter auch der ehema- lige Bundesvorsitzende Friedhelm Busse, wurden nach einer Identitäts- feststellung mit einem Platzverweis belegt.

¹⁷⁾ Gregor Strasser wurde 1934 auf Befehl Hitlers im Zusammenhang mit der Niederschlagung des „RÖHM- Putschs“ ermordet. Sein Bruder Otto setzte sich 1933 nach Kanada ab. Er starb 1974 in Deutschland.

Polacek war 1995 wieder bundesweit ins Gespräch gekommen, als er in der von ihm herausgegebenen rechtsextremistischen Schrift „Braunauer Ausguck“ das Briefbombenattentat gegen den Bürgermeister von Lübeck ausdrücklich begrüßte:

*"Jetzt hat es einen Sozi in Lübeck erwischt, meine Freude ist rein und ungeteilt...
Natürlich ist das nur der Anfang.
Mit ein paar abgerissenen Fingern gebe ich mich bei Odin nicht zufrieden...
Ich weiß leider nicht mit Sicherheit, wer diese Briefbombenschreiber sind, ich möchte mich jedenfalls für die Grüße an das Lübecker Rathaus bedanken, ihr habt mir eine große Freude damit gemacht."*

Bereits in der April-Ausgabe des „Braunauer Ausgucks“ hatte Polacek nach dem Verbot der FAP mit der Gründung einer Rechten Armee Fraktion gedroht. Er schreibt, daß die Bundesrepublik mit dem FAP-Verbot „die Spielregeln gebrochen“ habe. Deshalb würden nun „viele Kameraden der nationalen Bewegung“ zu Mitteln greifen, die die FAP als legale Partei bisher entschieden abgelehnt habe. Den bisher unbekanntem Absendern der Briefbomben riet Polacek: „Nebenbei sind die verwendeten Drähte nicht zweckmäßig. Aufgespritzte Kupferfolie wäre da sachgemäß gewesen.“

Neonazis praktizieren das Konzept lose strukturierter, themenbezogener Zusammenarbeit. Die Aktivisten versuchen damit, weiteren staatlichen Organisationsverboten zu entgehen und zugleich neue Anhänger zu gewinnen.

Für diese neuen Strukturformen charakteristisch ist das Fehlen von formalen Mitgliedschaften und Vorständen; besondere Bedeutung kommt der Anleitung durch regionale Führungsfiguren zu, die untereinander in Kontakt stehen. Dies erleichtert auch rechtsextremistischen Skinheads, die feste Organisationsformen ablehnen, ein Mitwirken. Bei der Konzeption der informellen Zusammenschlüsse spielen folgende Faktoren eine zentrale Rolle:

- eine – wenn auch zeitlich befristete – gemeinsame Zielsetzung,
- die Erkenntnis, für staatliche Gegenmaßnahmen weniger angreifbar zu sein,
- die Hoffnung, durch das engere Zusammenrücken der Beteiligten einen „Volksfront-Effekt“ zu erzielen,
- die Nutzung moderner Kommunikationsmittel.

Bereits 1994 war in den „Nachrichten der HNG“ (Publikationsorgan der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.) gefordert worden:

*„Wir . . . müssen auf der einen Seite den Rechtskampf gegen die erfolgten (und theoretisch noch erfolgenden) Verbote weiterforcieren, und auf der anderen Seite aus den alten und verkrusteten Strukturen der Szene eine Art Volksfront (ähnlich APO: Alle machen mit, keiner ist verantwortlich) bilden. – Wo keine erkennbare Organisation vorhanden ist, kann man diese auch nicht zerschlagen!“
(Nr. 159/94, S. 17)*

Verbote neonazistischer Vereinigungen

1992

Nationalistische Front (NF)

verboten am 27. November 1992 (Bundesministerium des Innern)

Deutsche Alternative (DA)

verboten am 10. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)

Deutscher Kameradschaftsbund (DKB)

verboten am 18. Dezember 1992 (Niedersächsisches Innenministerium)

Nationale Offensive (NO)

verboten am 22. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)

1993

Nationaler Block (NB)

verboten am 07. Juni 1993 (Bayerisches Staatsministerium des Innern)

Heimatreue Vereinigung Deutschlands (HVD)

verboten am 14. Juli 1993 (Innenministerium des Landes Baden-Württemberg)

Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)

verboten am 02. September 1993 (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen)

1994

Wiking Jugend (WJ)

verboten am 10. Oktober 1994 (Bundesministerium des Innern auf Initiative des Nds. Innenministeriums)

1995

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

verboten am 24. Februar 1995 (Bundesministerium des Innern auf Initiative des Nds. Innenministeriums)

Nationale Liste (NL)

verboten am 24. Februar 1995 (Hamburger Senator des Innern)

Direkte Aktion Mitteldeutschland (JF)

verboten am 05. Mai 1995 (Innenministerium des Landes Brandenburg)

Autonome Strukturen und autonome Zellen, von denen Neonazis sprechen, sind das Ziel. Die Anlehnung an links-extremistische Aktions- und Strukturmodelle ist dabei unverkennbar, obwohl der Begriff „autonom“ von Links-extremisten synonym für anarchistische und anarchokommunistische Zielvorstellungen verwendet wird. Für Neonazis bedeutet er lediglich das Fehlen überkommener Organisationsformen.

Der Politologe Pfahl-Traughber, der beim Bundesamt für Verfassungsschutz rechtsextremistische Bestrebungen analysiert, hat die neuartigen rechtsautonomen Strömungen folgendermaßen beschrieben:¹⁸⁾

„Von einer praktischen bundesweiten Umsetzung derartiger Konzeptionen ist man noch weit entfernt. Zwar zeigt sich ein einheitlicher Trend weg von festen Organisationen und hin zu losen autonomen Personenzusammenschlüssen, diese sind bislang aber nur bedingt handlungsfähig. Lediglich in bestimmten Regionen bestehen mittlerweile lockere Aktionsbündnisse, die Angehörige verschiedener bestehender oder verbotener rechtsextremistischer Organisationen umfassen. Derartige Zusammenschlüsse wirken offenbar überaus attraktiv für ein Sympathisantenspektrum, läßt sich dort doch die quantitative Vergrößerung des neonazistischen Potentials feststellen. Politische Aktivitäten beschränken sich bislang allerdings auf lagerinterne Entwicklungen. Lagerexterne Aktivitäten – etwa im Sinne einer in die Öffentlichkeit hinein wirkenden Kampagnenfähigkeit – wurden bislang

kaum entwickelt und blieben weitgehend auf die versuchten Wiederholungen ritualisierter Aktionen wie den Rudolf-Heß-Aktionstagen im August eines jeden Jahres beschränkt. Bei der Einschätzung der skizzierten Umstrukturierungsvorhaben sollte bedacht werden, daß diese keineswegs selbständig erfolgten. Vielmehr handelt es sich – was auch die Protagonisten immer wieder deutlich betonten – um Reaktionen auf staatliche Maßnahmen. Die Orientierung auf autonome Organisationsstrukturen erfolgte eben nicht aus einer politischen Offensive, sondern aus einer Defensiv-Situation heraus.“

¹⁸⁾ Armin Pfahl-Traughber „Rechtsautonome Störungen“, in: Blick nach rechts, November 1995

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt a. M.	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER, Mainz (Rheinland-Pfalz)	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	ca. 340	ca. 300
Niedersachsen:	ca. 30	ca. 25
Publikation:	Nachrichten der HNG (erscheint monatlich)	

Die 1979 gegründete HNG zählt mit rd. 300 (1994: rd. 340) Mitgliedern weiterhin zu den mitgliederstärksten neonazistischen Organisationen. Sie wird seit 1991 von der Neonazi-Aktivistin Ursula Müller (62) geleitet.

Neben der durch die Satzung vorgegebenen Zielsetzung der „Gefangenenbetreuung“ ist die HNG vor allem bestrebt, aus der Haft entlassene Gesinnungsgenossen wieder in die neonazistische Szene einzugliedern. Die HNG ist Sammelbecken, Solidargemeinschaft sowie zentrale Kontaktstelle für Neonazis aus Deutschland und dem benachbarten Ausland. In ihrer Publikation „Nachrichten der HNG“ werden regelmäßig eine „Gefangenenliste“ zur Kontaktvermittlung und Betreuung inhaftierter Neonazis sowie Leserbriefe von Neonazis aus dem In- und Ausland veröffentlicht. Diese Gefangenenliste findet auch teilweise internationale Verbreitung. So veröffentlichte der „NS-Kampfruf“ (Ausgabe März/April 1995), die Propagandaschrift der NSDAP-AO, die Liste vom Dezember 1994.

Darüber hinaus werden der demokratische Rechtsstaat und seine Justiz angegriffen:

„Ich wollte mir ein Bild machen über die österreichische Justiz und sehen, ob sie genauso ungerecht gegen Nationalisten und Freiheitskämpfer vorgeht, wie das hier im Altreich der Fall ist. Ich wurde nicht enttäuscht, die Richterin waltete im Wiener Gericht genauso wie wir das hier in Strafverfahren gegen Kameraden kennen. Willkür im Gerichtssaal.“

(HNG-Nachrichten, Januar 1995, S. 14)

Zur Forderung des Deutschen Richterbundes, die Strafverfolgung der sog. Auschwitz-Lüge zu erleichtern, heißt es in einem Beitrag der „Nachrichten der HNG“:

„Wenn sich nun Richter ungefragt in die Tätigkeitsbereiche des Gesetzgebers einmischen dürfen, um die politische Dreckarbeit des Systems zu unterstützen, kann man bald nicht mehr von einem Rechtsstaat, sondern von einem Obrigkeits- und Polizeistaat sprechen. Gegen die Verfolgung der revisionistischen Vorkämpfer. - Der Wahrheit eine Gasse!“

(Ausgabe 160/94, S. 19)

NACHRICHTEN DER



16. Jahrgang - Nr. 159

Herausgeber: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
e.V. (HNG).

Die HNG führte am 4. März in Leun-Bissenberg (Hessen) ihre Jahreshauptversammlung durch, an der etwa 170 Personen, Mitglieder bestehender oder verbotener neonazistischer Organisationen, teilnahmen. An den Hauptversammlungen in den Vorjahren hatten durchschnittlich weniger als 100 Personen teilgenommen. Offenkundig sehen viele Neonazis in den Treffen der HNG ein legales Forum um ihre politischen Zielsetzungen zu diskutieren.

Die HNG betreut auch in Niedersachsen inhaftierte „Kameraden“. Bundesweit geriet sie im Mai in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, als der Geiselnnehmer und Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Celle, Strüding, als HNG-Anhänger bekannt wurde. Er wurde seit Mai 1994 regelmäßig in der „Gefangenenliste“ der HNG als „politischer Gefangener“ aufgeführt. In rechtsextremistischen Mailboxen wurde die HNG-Vorsitzende Müller mit den Worten wiedergegeben, der Gefangene sei deshalb in die Liste „gerutscht“, weil er sich in einem Brief an die HNG als Nationaler ausgegeben habe. Für die HNG sei nicht nachprüfbar und auch nicht relevant, für welche Taten die Gefangenen verurteilt seien, da es ihr um politische Hintergründe gehe, nicht um Straftaten.

Neonazistische Personenzusammenschlüsse im Nord- und Ostharz

Im Nord- und Ostharz gibt es verschiedene neonazistische Personenzusammenschlüsse, die unter verschiedenen Bezeichnungen rd. 100 Anhänger, vorwiegend junge Neonazis, umfassen. In

Niedersachsen ist von diesen Gruppierungen der „Deutsche Freundeskreis Nordharz“ (DFN) aktiv. Ihm gehören 15 Personen an.

In einer Ausgabe des „Nordharz Info-Dienstes“, dem Mitteilungsblatt des DFN, heißt es zu den Zielen des DFN:

„Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die in den verschiedenen rechten Parteien und Gruppen aktiven Menschen in unserer Region zu vernetzen und darüber hinaus eine überparteiliche Plattform im DFN zu bieten. Unsinnige Abgrenzungsbeschlüsse gibt es bei uns nicht. Einzige Voraussetzung ist die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Im DFN ist das gesamte Spektrum, vom gemäßigt-patriotisch bis zum radikal-nationalistisch gesinnten Menschen, vertreten. Auf unseren Treffen werden regelmäßig kleine Vorträge über aktuelle Politik und Geschichte gehalten. ... Schwerpunkte unserer Arbeit sind zur Zeit die Landkreise Goslar und Wernigerode. ... Wir rufen alle national gesinnten Menschen in unserer Region auf, den Kontakt mit uns aufzunehmen.“

(Nordharz Info-Dienst – Ausgabe 3 + 4/94, S. 10)

In dem Programm des DFN finden sich u. a. folgende Zielsetzungen:

„Wir orientieren uns am Recht aller Völker auf Selbstbestimmung, Souveränität und Identität. Wir lehnen Gleichmacherei, Überfremdung und Bevormundung ab.“

Der DFN tritt für eine Geschichtsschreibung ein, die der Wahrheit entspricht und sich nicht für Kollektivschuldthesen und andere politische Manipulation mißbrauchen läßt.

Deutschland hat Anspruch auf Wiederherstellung seiner völkerrechtlichen Grenzen . . .

Das Ansehen und die Ehre des deutschen Soldaten sind unter strafrechtlichen Schutz zu stellen. Wer Leistung und Leiden der Frontgeneration leugnet oder verächtlich macht, versündigt sich am Andenken der Gefallenen.“

Einer der führenden Köpfe der neonazistischen Zusammenschlüsse im Nord- und Ostharz ist der aus Hannover stammende und in Quedlinburg wohnhafte Steffen Hupka¹⁹⁾.

8. Mai 1945 - 8. Mai 1995

WIR FEIERN NICHT !!

Schluß mit der Befreiungslüge!

Deutscher Freundeskreis Nordharz
DFN Postfach

Hupka ist seit März 1994 Herausgeber der Schrift „Umbruch – Heft für

Ideologie und Strategie“. Er versucht, mit dieser Schrift eine gruppenübergreifende Vernetzung neonazistischer Kreise zu erreichen. In der Ausgabe 7 (April 1995) verbreitet ein unbekannter Autor folgendes Konzept zur Beseitigung des „volksfeindlichen Systems“ der Bundesrepublik Deutschland, das nachfolgend dokumentiert wird, um die Gefährlichkeit neonazistischer Ideologen zu verdeutlichen:

„Revolutionärer Widerstand zielt darauf, den Feind nachhaltig und schwer zu schädigen, seine Macht- und Entscheidungszentralen anzugreifen. Die wunden Punkte des Systems müssen ermittelt und zielgerichtet attackiert werden. Die Ereignisse, für die Rostock und Hoyerswerda als Symbole stehen, sind nur die unterste Stufe des Widerstandes im Sinne einer spontanen Volkswut, die sich in zumeist ungeplanten, auf sichtbare Objekte des Zorns gerichteten Aktionen artikuliert.

Widerstand, der auf die Beseitigung eines volksfeindlichen Systems zielt, muß dagegen professionell geplant sein. Eine Entscheidung für Widerstandsformen über die Spontihaftigkeit vieler Gruppen hinaus, erfordert aber grundsätzliche Verhaltensänderungen.

Dazu gehören zunächst weitestgehende Tarnung, Unauffälligkeit und Unberechenbarkeit für den Gegner. Wer also als bekannter Aktivist dem Gegner schon längere Zeit aufgefallen ist, wer häufig in linken Postillen denunziert wurde oder bei wem Polizei und Schmutz fast ständiger Gast sind, dem sei

¹⁹⁾ In der Nacht zum 25. Dezember verübten Linksextremisten in Hannover einen Brandanschlag auf das Auto von Hupka. In einer Erklärung bezichtigte sich ein A.U.T.O.N.O.M.E.S. F.E.S.T.T.A.G.S.K.O.M.I.T.E.E. der Tat und schrieb: „Steffen Hupka besucht in regelmäßigen Abständen seine Eltern, die in der ... Südstadt wohnen. (...) Getreu dem Motto ‚Wenn du die Nazis nicht triffst, um sie zu schlagen, dann brenne wenigstens ihre Autos nieder‘, wurden wir aktiv. Wir schlugen die Scheibe ein, öffneten die Fahrertür, gossen ein leicht entflammbares Flüssigkeitsgemisch ins Fahrzeuginnere und entzündeten dieses“.

dringendst abgeraten, sich im hier angesprochenen Sinne zu betätigen. Eine sinnvolle Alternative im Einsatz für unser Volk kann der revolutionäre Kampf nur für Nationalisten sein, die den feindlichen Spähern und Lauschern bisher noch nicht aufgefallen sind. Es muß hier eine sinnvolle Arbeitsteilung stattfinden: bekannte Aktivisten sollten die Dinge erledigen, die nach wie vor notwendig und sinnvoll sind und sie zwangsläufig auch bekannt machen (z. B. Zeitschriftenherausgabe, Öffentlichkeitsarbeit usw.). Die anderen aber sollten sich von den bekannten rechten Gruppierungen fernhalten, der geringste Kontakt kann schaden. Sie sollten jede Zuordnung zum nationalen Spektrum unmöglich machen, also nicht durch Haarschnitt, Kleidung, Auftreten usw. erkennbar sein. Bei ihnen dürfen keine rechten Publikationen oder Propagandamaterial nationaler Gruppierungen zu finden sein Nichts darf diese Kameraden als Nationalisten identifizieren. Alles, was sie als Vertreter unserer Weltanschauung auszeichnet, muß sich in ihren Herzen und Köpfen befinden. Soweit die präventiven Vorbedingungen....

Entscheidend für die Effektivität des revolutionären Widerstandes ist die Identifizierung des Gegners. Mindestens genauso wichtig ist die Einordnung des revolutionären Widerstandes in die politische Gesamtstrategie. Es muß klar sein, daß militanter Widerstand keine Aussicht auf Erfolg hat, wenn nicht eine breite Mehrheit des Volkes sich dem pseudodemokratischen System entfrem-

det hat und die existentielle Bedrohung in ihrem ganzen Ausmaß wahrgenommen hat. Die Beeinflussung des Stimmungsbildes aber obliegt vor allem den legal arbeitenden Nationalisten. Für alle revolutionären Kräfte ist dabei wichtig, daß sie durch ihre Aktionen dem übergeordneten Ziel zuarbeiten, ihm nicht entgegenwirken. Konkret bedeutet das, daß die Ziele des Widerstandes sorgfältig ausgewählt werden müssen. Angriffe gegen Asylanten- und sonstige Ausländerunterkünfte haben die Aufmerksamkeit auf ein Problem gelenkt, ändern aber an sich nichts. Vorfälle wie der Anschlag von Mölln (Wenn er wirklich von Nationalisten begangen wurde), schaden unserer Zielsetzung, weil sie den Herrschenden einen Ansatz für ihre Propaganda liefern Der Zweck von Aktionen ist ein doppelter: Einmal wird dem System demonstriert, daß die nationale Opposition nicht mehr bereit ist, die Politik der ethnischen Selbstaufgabe, antinationale Kampagnen sowie die permanenten Angriffe auf nationale Aktivisten tatenlos hinzunehmen. Zum anderen wird damit den mit uns sympathisierenden Gruppen im Volk Mut gemacht, selbst gegen die volksfeindliche Politik aktiv zu werden. Es wird also ein Zeichen gegen Defätismus, Verzweiflung und Resignation gesetzt.

Nicht irgendwelche unbekanntem Ausländer sollten also das Ziel von phantasievollen Aktionen sein, sondern diejenigen, die in Wort und Tat verantwortlich sind für die derzeitige Lage. Dazu gehören in erster

Linie Politiker, Journalisten, Intellektuelle und Funktionäre verschiedener Organisationen, die sich in penetranter Weise antinational und pro-multikulturell als Ideologen, Agitatoren und Organisatoren betätigen. Dieser Kreis bildet den inländischen Kern der Feinde unseres Volkes. Über diese Leute müssen ausgiebig und sorgfältig Informationen zusammengetragen werden. Dieser Personenkreis und seine Infrastruktur müssen das Ziel des revolutionären Widerstandes sein. Nur wenn wir die Träger der gegen unser Volk gerichteten Bewegung treffen, können wir die Strategie des Feindes effektiv unterminieren.“

Rechtsextremistischer Treffpunkt in Hetendorf

Die maßgeblich von dem Hamburger Rechtsanwalt und Neonazi Jürgen Rieger gesteuerten Aktivitäten neonazistischer und anderer rechtsextremistischer Kreise in dem Anwesen Nr. 13 in Hetendorf sind 1995 erheblich zurückgegangen. Ursächlich dafür ist das vom Niedersächsischen Innenministerium initiierte Verbot der „Wiking-Jugend“ am 10. November 1994 durch das Bundesinnenministerium. In den letzten Jahren hatten gerade die Mitglieder der ehemaligen WJ die Veranstaltungen in Hetendorf geprägt und mit ihren uniformierten Ausmärschen zu Pfingsten für Aufsehen gesorgt.

Im Sommer 1995 verließ der „Freundeskreis Filmkunst e. V. Hamburg“ wegen interner Streitigkeiten den Heide-Heim e.V. Hamburg, der nach

wie vor Trägerverein und Eigentümer der Anlage in Hetendorf ist. Im Heide-Heim e.V. sind derzeit nur noch die Mitgliedsvereine

- Nordischer Ring (NR),
- Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV),
- Artgemeinschaft

vertreten. Neben dem Heide-Heim e. V., Hamburg besteht ein namensähnlicher Heideheim e.V. in Buchholz, Landkreis Harburg. Dieser wurde 1990 in das Vereinsregister eingetragen. Im Unterschied zu dem Trägerverein hat sich dieser Verein das Ziel gesetzt, "ein Volksbildungs- und Jugendheim zu fördern". Daher ist dieser Verein bemüht, insbesondere Förderer zu gewinnen, um mit Beiträgen und Spenden die Kosten für den Betrieb und den Ausbau der Anlage in Hetendorf finanzieren zu können.

Dem Niedersächsischen Innenministerium liegen definitiv keine Erkenntnisse vor, daß der niedersächsische Heideheim e. V. in Buchholz tatsächlich als gemeinnützig anerkannt ist. Dieses wäre bei verfassungsfeindlichen Organisationen auch unzulässig. Im Hinblick auf den Heide-Heim e. V. in Hamburg hatte das Niedersächsische Innenministerium bereits 1994 eine Überprüfung der Gemeinnützigkeit durch die zuständige Hamburger Finanzbehörde angeregt. Das Steuergeheimnis (§ 30 Abgabenordnung) gestattet es den Finanzbehörden nicht, zu Behauptungen Stellung zu nehmen, die genannten Vereine seien gemeinnützig. Ebensowenig ist es zulässig, Auskünfte über evtl. eingeleitete Maßnahmen der Finanzverwaltung zu erteilen. Die Verletzung des Steuer-

geheimnisses ist gemäß § 355 Abs.1 Strafgesetzbuch mit einer Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren bedroht.

Vom 17. bis 25. Juni fand in Hetendorf die fünfte „Hetendorfer Tagungswoche“ als rechtsextremistische Gemeinschaftsveranstaltung u.a. der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ (GfbAEV), des „Heide-Heim e. V.“ und des „Nordischen Rings e. V.“ (NR) statt. Die Regie hatte – wie bereits in den Vorjahren – der Neonazi Rieger. Insgesamt nahmen über 200 Personen teil, vor allem ältere Rechtsextremisten aus ganz Deutschland.

Zu den Programmpunkten der Tagungswoche gehörten Mitgliederversammlungen der beteiligten Gruppierungen und Vorträge zu Themen wie:

- „Weg und Ziel der Artgemeinschaft“,
- „Volk oder Kirche“,
- „Jahre der Entscheidung – Grundausagen Oswald Spengler“,
- „Klärung der Begriffe Gemeinschaft und Gesellschaft“,
- „Arbeitskreis: Was können wir zur Erhaltung unserer genetischen Substanz tun?“,
- „Amerika kann nicht unser Vorbild sein!“,
- „Kultur als Spiegel des Volkes“,
- „Vor- und Frühgeschichte des Ostraumes mit Blick auf die Anthropologie“ und
- „Die Meinungsfreiheit in den Wissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Anthropologie“.

Ferner fand ein „germanischer“ Sechskampf, eine Sonnenwendfeier sowie ein Konzert des rechtsextremistischen Liedermachers Rennicke statt.

Als Redner traten u. a. Wolfgang Juchem²⁰⁾, Gründer der rechtsextremistischen „Aktion Freies Deutschland“ (AFD), sowie der Leiter der „Gesellschaft für Freie Publizistik e. V.“ (GFP), Dr. Rolf Kosiek auf.

An den neun Tagen der Veranstaltungswoche fanden 42 Einzelveranstaltungen (Vorträge, Totenehrung, Wanderung, Filmabend, Sonnenwendfeier u.ä.) statt, an denen sich teilweise bis zu 120 Personen beteiligten.

Gegen den rechtsextremistischen Treffpunkt formierte sich erheblicher Widerstand. So fanden eine Protestdemo am 03. 06. und ein „Camp“ mit Info-Veranstaltungen und Workshops vom 02. 05. bis 05. 06. 1995 statt. Am 17. 06. folgten ca. 50 Personen einem Aufruf zu einer „Blockade“ des Geländes. Daneben wurde zu insgesamt drei „Antifaschistischen Sonntagsspaziergängen“ aufgerufen (13. 08., 01. 10. und 17. 12. 1995), die im wesentlichen störungsfrei verliefen.

Der Rat der Gemeinde Hermannsburg, auf deren Gebiet das Anwesen Hetendorf Nr. 13 liegt, hat sich mit einer Resolution vom 19. 03. 1996 für die Schließung des Zentrums eingesetzt.

²⁰⁾ Juchem ist der Herausgeber zahlreicher Flugblätter, in denen u. a. gegen die im Bundestag vertretenen Parteien agitiert und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet wird. Er hält auf Einladung Vorträge bei Veranstaltungen einschlägiger Organisationen. Der frühere „Chefideologe“ der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), Dr. Rolf Kosiek, leitet seit 1992 die 1960 gegründete GFP. Diese macht im wesentlichen Front gegen die angeblichen verbalen Tabus und Geschichtsentstellungen, insbesondere zur deutschen Kriegsschuld, sowie gegen die deutsche Ausländerpolitik.

Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V. (DDF)

Sitz:	Kaufbeuren
Vorsitzender:	Georg Albert BOSSE, Wolfsburg (Niedersachsen)
Publikation:	Recht und Wahrheit erscheint zweimonatlich Auflage: ca. 2.500 Exemplare

Die „Deutsche Freiheitsbewegung e. V.“ (DDF) – eingetragen beim AG Kaufbeuren – wurde am 1. April 1983 in Eberbach/Neckar (Baden-Württemberg) von Otto Ernst Remer²¹⁾ gegründet. Dieser war am 20. Juli 1944 maßgeblich an der Niederschlagung des Aufstandes gegen Hitler beteiligt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Remer 2. Vorsitzender der Sozialistischen Reichspartei (SRP), einer Organisation ehemaliger Nationalsozialisten, die 1952 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verboten wurde.

1989 wurde Georg Albert Bosse zum Vorsitzenden gewählt, Remer wurde Ehrenvorsitzender. 1992 trat Remer aus der DDF aus und legte auch sein Amt als Ehrenvorsitzender nieder. Seitdem leitet Bosse den Verein allein.

Bundesweit bekannt ist die „Deutsche Freiheitsbewegung e.V.“ insbesondere durch die von Bosse herausgegebene Schrift „Recht und Wahrheit – Stimme des parteiunabhängigen freien Deutschen“. Hergestellt wurde diese Zeitschrift bislang von einer Druckerei in Wolfsburg; neuerdings wird sie in Gleinitz, Oberschlesien, produziert. Die Auflage liegt bei 2.500 Exemplaren. Sie erscheint zweimonatlich. Nach eigenen Angaben widmet

sie sich „der geistigen Pflege des deutschen Freiheitsgedankens, tritt für das Recht des deutschen Volkes auf freie Selbstbestimmung ein und will die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches im Rahmen seiner völkerrechtlich gültigen Grenzen wiederhergestellt wissen“.

In der Zeitschrift, die bis Anfang 1989 unter dem Titel „Der Bismarck-Deutsche“ erschien, werden Führungspersonen des Dritten Reiches glorifiziert, NS-Verbrechen geleugnet und die deutsche Kriegsschuld bestritten. Darüber hinaus wird in „Recht und Wahrheit“ unverhohlenen antisemitische Propaganda betrieben. So lastet die Zeitschrift die Schuld am Zweiten Weltkrieg dem „Internationalen Judentum“ an.

Fast jede Ausgabe von „Recht und Wahrheit“ war bislang Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens. Nach Auffassung der zuständigen Staatsanwaltschaft versteht es Bosse, die bedenklichen rechtsextremistischen Inhalte seiner Zeitschrift so zu formulieren, daß sie nicht eindeutig strafrechtlich relevanten Inhaltes sind, sondern sich meist im Grenzbereich zur Strafbarkeit bewegen. Am 22. April 1994 wurde Bosse vom Amtsgericht Wolfsburg wegen fortgesetzter Volksverhetzung

²¹⁾ Remer hatte sich Anfang 1994 dem Strafantritt einer vom Landgericht Schweinfurt 1992 wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verhängten Freiheitsstrafe von einem Jahr und 10 Monaten durch Flucht nach Spanien entzogen. Der Oberste Gerichtshof in Spanien hat im Oktober 1995 eine Auslieferung Remers an die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt.

in Tateinheit mit Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Geldstrafe von 7 500 DM verurteilt. Die Berufung gegen dieses Urteil ist vom Landgericht Braunschweig am 18. Oktober 1994 und die Revision hiergegen am 3. März 1995 vom Oberlandesgericht

Braunschweig verworfen worden.

Bosse betrieb 1995 zunächst die Auflösung des Vereins, er wurde jedoch im März 1996 auf einer „Hauptversammlung“ als Vorsitzender bestätigt. Die Auflösung soll nunmehr nicht weiter betrieben werden.

Neonazikreis um Ernst ZÜNDEL

Sitz:	Toronto (Kanada)
Leitung:	Ernst ZÜNDEL, geb. 1939
Publikationen:	„Germania-Rundbrief“ (Vertrieb von Kanada aus) „Die Bauernschaft“ (Vertrieb von Belgien aus, 1996 eingestellt)

Zündel, der einen Kreis von jungen und alten Neonazis aus zahlreichen Ländern betreut, ist einer der weltweit führenden Leugner der Massenvernichtung von Juden im Dritten Reich. Er ist Initiator und Vertreiber der beiden pseudowissenschaftlichen „Leuchter-Gutachten“, die in der revisionistischen²²⁾ Propaganda als „Beweismittel“ gegen den Holocaust gelten. Außerdem gibt er die „Germania-Rundbriefe“ heraus, die er ebenso wie andere rechtsextremistische Propagandamaterialien über seinen „Samisdat Publishers Ltd“-Verlag in Toronto verbreitet.

Seine verlegerische Tätigkeit weitete Zündel Ende 1994 durch die Übernahme der vierteljährlich erscheinenden Publikation „Die Bauernschaft“ von Thies Christophersen erheblich aus. In der Februar-Ausgabe 1996 des Germania-Rundbriefes teilte er mit, daß er die Herausgabe der Zeitschrift „Die Bauernschaft“ wegen finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten eingestellt habe.

Darüber hinaus hält Zündel revisionistisches Propagandamaterial über Internet, dem offenen weltumspannenden Datenverbundnetz, abrufbar.

In der „Bauernschaft“ (Ausgabe Nr. 2) wirbt Zündel in aggressiv militantem Ton für den Revisionismus:

„Geld ist für uns so wichtig, wie der Nachschub für die kämpfende Front im Krieg war, denn wir befinden uns heute im Krieg für die Wahrheit über unsere deutsche Geschichte und für die Wiederherstellung unserer deutschen Ehre und Freiheit.“

Im „Germania-Rundbrief“ Nr. 198 vom 15. September setzt sich Zündel für den in Deutschland inhaftierten amerikanischen Revisionisten Hans Heinz Schmidt (Verfasser und Verbreiter der revisionistischen Schrift „USA-Bericht“) ein, der am 16. August 1995 auf dem Flughafen Frankfurt/Main bei der Ausreise in die USA festgenommen wurde, weil gegen ihn ein vom Amts-

²²⁾ Die Versuche, die Ergebnisse der historischen Erforschung der jüngsten deutschen Geschichte im nationalsozialistischen Sinne zu revidieren, und vor allem die systematische Ermordung europäischer Juden in deutschen Konzentrationslagern während des 2. Weltkrieges zu leugnen, wird von Rechtsextremisten mit dem Begriff Revisionismus belegt.

gericht Schwerin erlassener Haftbefehl wegen des Verdachts der Volksverhetzung besteht. Zündel habe Schmidts Anwalt unverzüglich Geld für dessen Verteidigung zukommen lassen und „tausende von Luftpostbriefen und Telefaxen zu diesem Thema in alle Welt“ versandt.

Zur Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Rabin nimmt Zündel in seinem „Germania-Rundbrief“ Nr. 200 vom 15. November in zynischer Weise Stellung. Unter der Überschrift „Yitzhak Rabin: Lebte beim Schwert und starb durch das Schwert“ heißt es:

„Der Rummel um Rabin geht mir auf die Nerven. Ein ‚Soldat des Friedens‘ soll er gewesen sein? Es ist eine Charakterlosigkeit, so etwas zu behaupten! Jüdische Kreise und Nazijägerorganisationen sind mit verantwortlich für die Justiztragödie und die Justizmorde von Nürnberg. Unter den gegen die Deutschen und Japaner angewandten angeblichen ‚Normen des Rechts‘ hätte Yitzhak Rabin nicht verherrlicht, sondern schon längst angezeigt, abgeurteilt und von einem internationalen Gericht hingerichtet werden sollen. ... Ein Mörder wurde durch einen Mörder aus dem eigenen Volk ... ermordet. Das ist alles.“

Zur Teilnahme von Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland an Rabins Staatsbegräbnis führt Zündel aus:

„Kohl und die moralisch verkommenen Mitglieder seiner Entourage (Erl.: Umgebung, Gefolge) hatten bei solch einer Beerdigung im Namen des deutschen Volkes nichts zu suchen. Anständige Deutsche heucheln nicht an den Gräbern der Kriegsverbrecher.“

Einer der führenden Gefolgsleute Zündels in Deutschland, der Neonazi Bela Ewald Althans, wurde mit Urteil des Landgerichts Berlin vom 29. August wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Althans in Briefen, Reden und seinen Aussagen in dem im Jahr 1993 erstellten Film „Beruf Neonazi“ den Massenmord an Juden geleugnet und das Andenken an Verstorbene verunglimpft habe. Althans sei zwar selbst kein Gewalttäter, aber ein geistiger Brandstifter, der den Nährboden für Gewalttaten wie die von Mölln und Hoyerswerda gelegt habe. Das Strafmaß ergab sich unter Einbeziehung der bereits mit Urteil des Landgerichts München vom 15. Dezember 1994 erfolgten Verurteilung zu 18 Monaten Haft ohne Bewährung wegen Volksverhetzung.

Althans war jahrelang Gefolgsmann Zündels und dessen bezahlter Mitarbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. In dem „Germania-Rundbrief“ vom 15. Juli äußerte sich Zündel ausführlich über seine früheren Kontakte zu Althans. Insbesondere habe Althans vielen Menschen das Konzept des Revisionismus nahegebracht, wodurch er „im geistigen Befreiungskampf“ der 90er Jahre behilflich gewesen sei. Er (Zündel) habe „viel Zeit, viel Vertrauen und auch allerhand Nerven und Geld in die Schulung von Althans als ‚Führernachwuchs‘ investiert“ und einen „Star-Spieler ... kurz vor dem Endspiel verloren“. Jetzt müsse er eben „auf die anderen Talente in seiner Mannschaft“ zurückgreifen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)

Die NSDAP-AO wurde 1972 in Lincoln/Nebraska von dem deutschstämmigen US-Bürger Gary Rex Lauck (geb. 1953) mit dem Ziel gegründet, ein Netz voneinander unabhängig im Untergrund operierender Stützpunkte/Verteilerstellen (Zellensystem) zu bilden, um so in Deutschland und in anderen Ländern die Voraussetzungen für eine nationalsozialistische Bewegung zu schaffen. Obwohl die NSDAP-AO dieses Ziel bis heute nicht einmal im Ansatz realisieren konnte, ist sie dennoch der größte ausländische Lieferant von Propagandamaterial für die deutsche Neonaziszene.

Bei dem in den USA straffrei hergestellten Material handelt es sich insbesondere um mit Hakenkreuzen und neonazistischen Parolen versehene Aufkleber und Handzettel sowie um die zweimonatlich erscheinende Publikation „NS-Kampfruf“.

Während Lauck im „NS-Kampfruf“ früher maßgeblich antisemitische und rassistische Artikel veröffentlichte, versucht er seit 1993 darüber hinaus, die Militanz und Gewaltbereitschaft in der Neonaziszene zu fördern. So druckte er als Artikelserie das Buch „Eine Bewegung in Waffen, Band II: Strategie und revolutionärer Kleinkrieg“ ab. In der Juli/August-Ausgabe des „NS-Kampfrufes“ wurde der Generalbundesanwalt als „Drahtzieher des Terrors“ bedroht:

„Kai Nehm (54), Generalbundesanwalt: verantwortlich für die jetzige Terrorwelle gegen die Unter-

grundkämpfer im Reichsgebiet. Eines Tages werden diese Politbonzen ihrer absolut notwendigen Beseitigung hinzugeführt werden! FÜR DAS SYSTEM KEINEN MILLIMETER BODEN, SONDERN NEUN MM.“

Erstmals erschien der „NS-Kampfruf“ mit seiner Ausgabe Mai/Juni 1995 auch elektronisch auf einem Nachrichtennetz der Datenverbundsysteme Internet und Usenet.



NS-Verbot aufheben!

Unter diesem Zeichen ...

keine Ausländerflut
keine Kriminalität
keine Arbeitslosigkeit

NSDAP/AO: PO Box [redacted]
[redacted] USA

Vertriebfähigen - Verboten.

Am 20. März 1995 wurde Lauck während eines Aufenthaltes bei dänischen Neonazis in Greve bei Kopenhagen auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg und aufgrund eines internationalen Haftbefehls des Amtsgerichts Hamburg von den dänischen Behörden festgenom-

men und am 5. September an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert. Das Festnahmeersuchen stand im Zusammenhang mit einem gegen Lauck geführten Ermittlungsverfahren u.a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen.

Auch nach der Verhaftung von Lauck geht der Versand von Propagandamaterial aus den USA weiter, die Propagandatätigkeit der NSDAP/AO wurde durch die Exekutivmaßnahmen jedoch eingeschränkt. Der NS-Kampfaufruf erschien verspätet oder in gekürztem Umfang.

Rechtsextremistische Skinheads²³⁾

Staatliche Sanktionen und gewachsener öffentlicher Druck haben den Zulauf zur Skinhead-Szene und die Gewalttaten von Skinheads stark zurückgedrängt. Dennoch bildeten rechtsextremistische Skinheads auch 1995 mit ihrer höchst aggressiven Fremdenfeindlichkeit, ihren Angriffen gegen soziale Minderheiten und ihren Attacken gegen politisch Andersdenkende ein bedeutendes Gefährdungspotential für die innere Sicherheit. Diese überwiegend rechtsextremistisch ausgerichtete Szene wird von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder dem Neonazismus zugeordnet.

Der gewalttätigen Skinhead-Szene sind einschließlich militanter Neonazis

bundesweit 6.200 Personen zuzurechnen. In Niedersachsen sind ca. 550 Skins mit mehr oder weniger ausgeprägten neonazistischen Aktivitäten bekannt. Regionale Schwerpunkte dieser Skinheads sind die Räume Buchholz und Tostedt, Seesen, Goslar, Northeim, Wolfsburg, Lüchow sowie der Landkreis Hannover.

Aufzüge von Neonazis in Schneverdingen und Roskilde/Dänemark

Anlässlich des achten Todestages des Hitler-Stellvertreters Heß am 17. August fanden in der sog. „Rudolf-Heß-Aktionswoche“ vom 12. bis 20. August mehrere Veranstaltungen von Rechtsextremisten im Bundesgebiet und im benachbarten Ausland statt.

Bei der Planung der Aktionswoche konnten sich führende Neonazis nicht auf eine gemeinsame Aktion im Bundesgebiet verständigen. Vor allem Hamburger Neonazis sprachen sich für die Teilnahme an einem Demonstrationmarsch in Roskilde, Dänemark, aus.

Andere Rechtsextremisten, wie der niedersächsische Neonazi Heise, favorisierten eine „spektakuläre Aktion“ in der Bundesrepublik. Diese wurde dann in Niedersachsen durchgeführt. Erst wenige Stunden vor dieser Aktion wurde den an Sammelpunkten wartenden Neonazis der Ort Schneverdingen in der Lüneburger Heide über Mobiltelefone mitgeteilt. Ca. 250 Teilnehmer versammelten sich dort und marschierten durch den Ort. In der Marschkolonne wurden u. a. eine Reichskriegsflagge sowie Transparente mit Texten wie „Rudolf Heß – Vorbild für uns“ und „Rudolf Heß – Märtyrer

²³⁾ Eine ausführliche Darstellung der rechtsextremistischen Skinhead-Szene enthält „Skinheads (Fakten und Hintergründe 1)“, 4. überarbeitete Auflage, Niedersächsisches Innenministerium, Hannover, April 1996.



*Ich bin
stolz, 1 echter
Neo-Nazi
zu sein!*



*Wir wünschen unseren
ausländischen Mitbürgern*



einen guten Rückflug!

*Gibt den Ro-
ten was ihnen
zusteht!*



**ANARCHOS
VERSCHÜTEN...**



**GLATZEN
DEUTSCHE PRINZ**



Anarchos,



**UMWELT
ENTSEUCHEN!**



**Kornes Flecke, Erdölruß,
Pestemittel, Antibiotik**



**leckt uns am Arsch...
Break muß weg...**

Autos ohne Fahrer vorüberlassen.



Anarchos verjagen!



**Bullenterror?
Schluß-damit!**



Wer weg ist, kehrt!

Braunschweiger Neonazi thematisiert Gründung von Wehrsportgruppen

für den Frieden“ mitgeführt. Die Aufzugsteilnehmer skandierten in Sprechchören „Rudolf Heß - Das war Mord! Alliierten Verbrechern den Tod an jedem Ort!“ und „Hier marschierst der nationale Widerstand“.

Neonazis werteten den Aufmarsch in Schneverdingen, auch wegen der ausführlichen Fernsehberichterstattung, als Erfolg ihrer Aktionen. In Nationalen Info-Telefonen wurde erklärt: „Dieser Verlauf zeigt, daß es also durchaus möglich ist, öffentliche Großveranstaltungen durchzuführen.“ Heise hat durch die Aktion in Schneverdingen bei seinen neonazistischen Gesinnungsgenossen sein Ansehen als führender Aktivist verstärkt. Dazu beigetragen haben auch die von ihm organisierten Skinhead-Konzerte mit mehreren hundert Teilnehmern.

In der dänischen Stadt Roskilde führten ca. 150 Neonazis aus mehreren Staaten, darunter ca. 30 aus Deutschland mit den bekannten Neonazis Christian Worch, Thomas Wulff, ehemalige Funktionäre der verbotenen Nationalen Liste (NL), und Friedhelm Busse, ehemaliger Bundesvorsitzender der verbotenen FAP, einen Gedenkmarsch durch. Die Neonazis skandierten „Sieg-Heil-Rufe“ und führten Hakenkreuzfahnen, eine „SS-Standarte“ sowie Transparente mit sich, u.a. mit der Parole „Stoppt den BRD-Staatsterror“. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen mit etwa 400 der linksextremistischen Szene zuzurechnenden Gegendemonstranten schritt die Polizei ein.

Bei einer Wohnungsdurchsuchung wurde von der Polizei im Herbst im Raum Braunschweig die Ausarbeitung eines Neonazis mit dem Titel „W – Die Wehrsportfiabel“ sichergestellt. In der 14seitigen Ausarbeitung werden „Ratschläge für Gründung, Aufbau, Ausbildung und Ausrüstung von Wehrsportgruppen (WSG)“ gegeben und die Bundesrepublik Deutschland als „Kasparstaat“ diffamiert:

„Warte nicht darauf, daß irgendjemand eine WSG gründet, der Du dann beitreten kannst. Sage Dir: ‚Ab heute mache ich Wehrsport! Ich bin kein Mitläufer, der auf andere baut. Ich bin ein Macher und bereit, mein Bestes zu geben! Andere werden sich mir anschließen und bald sind wir viele!‘ Mit diesem Entschluß, so er ernst gemeint ist, ist die Gründung einer neuen WSG vollzogen. Verzichte von Anfang an auf Uniformierung, Mitgliederlisten, Fahnen, Abzeichen und NS-Nachahmerei. Du arbeitest damit nur für den BRD-Staatsanwalt.“

Sinn und Aufgabe von Wehrsportgruppen wird darin gesehen,

„in überschaubaren Einheiten eine geistige, körperliche und charakterliche Festigung der Kameraden und Einsicht in militärisches Wissen zu erwerben. Wehrsport soll in die Lage versetzen, Macht zu gewinnen. Demokratien können sich ohnehin nur aufgrund der alle 4 Jahre bestätigten Mehrheit der Dummen an der Macht halten.“

Wem die Austauschbarkeit der Systemparteien und ihrer Figuren noch nicht aufgefallen ist, möge weiter „Wählen“.

Offen wird in der Schrift unter der Überschrift „WSG und Nationalismus / Nationalsozialismus“ die Zerstörung der Demokratie und die Rückkehr zu einer nationalsozialistischen Diktatur gefordert:

„Das zu errichtende Vierte Deutsche Reich wird als weltanschaulich-politische Grundlage den Nationalsozialismus haben. Zur Abschaffung der BRD-Machtstrukturen wird ein revolutionärer Akt von Nöten sein. Dieser wird der Unterstützung, zumindest aber wohlwollender Duldung durch die breite Masse des Volkes bedürfen, vor allen anderen Dingen aber eine entschlossene Truppe, die willens und fähig ist, die Macht zu erobern und zu halten!“

Von den Mitgliedern der Wehrsportgruppen wird gefordert, daß sie – im Hinblick auf den Zweck der Wehrsportgruppen – keine „fremdrassigen Elemente“ sein dürfen.

Anklage gegen militante Neonazis in Braunschweig

Im Sommer und Herbst 1991 wurden in Braunschweig Flugblätter der im November 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" (NF) verteilt, deren Inhalt in mehrfacher Hinsicht strafbar erschien. Im Zusammenhang mit polizeilichen Ermittlungen wurden bei mehreren Personen Durchsuchungen durchgeführt. Die hierbei aufgefundenen Gegenstände legten den Verdacht

der Existenz einer rechtsextremistischen, terroristischen Vereinigung in Braunschweig nahe.

Aus diesem Grunde leitete der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof gegen mehrere Personen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer rechtsterroristischen Vereinigung in Braunschweig bzw. Mitgliedschaft in ihr und anderer Straftaten ein, gab dieses Verfahren jedoch im Hinblick auf die örtliche Beschränkung der Vereinigung auf Braunschweig an die Generalstaatsanwaltschaft Celle ab.

Die Generalstaatsanwaltschaft Celle hatte am 7. März 1995 das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung eingestellt, die Vorgänge jedoch an die Staatsanwaltschaft Braunschweig abgegeben, da gegen insgesamt 15 Personen noch der Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie anderer Straftaten bestand.

In der am 19. Oktober 1995 erhobenen Anklage wurde vier Personen vorgeworfen, in Braunschweig und anderen Orten im Zeitraum vom Juli 1991 bis November 1993 sowie am 04. Oktober 1995 insgesamt 17 Straftaten verübt zu haben. Gegen die restlichen Personen (2. Anklageserie) wurde das Verfahren bis zum Ausgang des ersten Verfahrens zurückgestellt.

Am 17. Mai 1996 verurteilte das Landgericht Braunschweig den Hauptangeklagten wegen Volksverhetzung sowie wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffrecht zu vier Jahren Haft. Drei Mitangeklagte wurden zu je einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

Nutzung moderner Kommunikationsmittel

Neonazi Peter NAUMANN gibt Waffen- und Sprengstoffdepots preis

Am 15. August übergab der militante Neonazi Peter Naumann (Hessen) bei einem Treffen mit Beamten des Bundeskriminalamtes und Fernseh-Redakteuren ein Sturmgewehr (Typ Kalaschnikow), diverse Handgranaten jugoslawischer Herkunft, 2,5 kg Schwarzpulver, Blendgranaten, eine selbsthergestellte Sprengvorrichtung sowie mehrere Zündmittel. In von Naumann geöffneten Waffen- und Sprengstoff-Depots in Hessen (Seigertshausen, Mainz-Kastel, Medenbach) und Niedersachsen (Timmerloh, Großenhain) wurden bis zum 18. August über 50 kg Sprengstoff (TNT und das Selbstlaborat Nitropenta - PETN), eine Pistole, erhebliche Mengen Munition sowie diverse Sprengzünder sichergestellt.

Am 30. August wurde in der Nähe des niedersächsischen Ortes Bispingen-Hützel der Inhalt des letzten der insgesamt zehn Waffen- und Sprengstoffdepots durch das Bundeskriminalamt geborgen. Dabei wurden etwa 50 kg Sprengstoff bislang unbekannter Art, drei Panzerfaustgranaten, 30 Handflammpatronen sowie diverse Zünder und Sprengkapseln sichergestellt. Außerdem übergab Naumann 20 kg Sprengstoff unbekannter Herkunft.

Die Generalbundesanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a StGB) und des Verstoßes gegen das Waffen- bzw. Sprengstoffgesetz ein. In diesem Zusammenhang wurde am 18. August auch die Wohnung Naumanns durchsucht.

In der rechtsextremistischen Szene ist insbesondere unter Neonazis die Nutzung moderner Kommunikationsmittel weiter vorgeschritten. Übermittlung und breite Streuung rechtsextremistischer Gedankengüter durch moderne Informationstechnik sind sowohl national als auch international inzwischen üblich.

Durch den Einsatz von Mobiltelefonen, Fax-Geräten, Datex-J, Mailboxen oder Info-Telefonen ist eine informationelle Vernetzung erreicht, die angesichts fehlender Organisationsstrukturen Aktionsmöglichkeiten eröffnet. Das hat sich besonders bei der Durchführung des Rudolf-Heß-Gedenkmarsches in Schneverdingen gezeigt. Die Durchführung rechtsextremistischer Aktionen ist mit Hilfe moderner Informationstechnik nur noch von einer gemeinsamen Zielsetzung abhängig.

Mailboxen

Im März 1993 entstand unter dem Namen „Deutsches National-Netz“ eine dem „rechten Spektrum“ zuzurechnende bundesdeutsche Mailbox-Szene, die sich später in „THULE-Netz“ umbenannte.

In einer Selbstdarstellung des „THULE-Netzes“ heißt es:
„Das Ziel der THULE-Mailboxen ist die Schaffung eines dezentralen Netzes. Wir nutzen die neuen Medien politisch und nationalistisch – deshalb organisieren wir uns mit dem Ziel, die Idee eines eigenen Datennetzes zu verwirklichen ...

Die THULE-Mailboxen ... (haben) neben der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit noch folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Herstellung und Verfestigung der Kontakte zwischen nationalen Gruppen.
2. Entwicklung einer Datenbank mit Informationen für nationale Aktivisten. Insbesondere soll die Herstellung von national gesinnten Publikationen durch die Bereitstellung von Artikeln gefördert werden.
3. Minderung des Verfolgungsdruckes durch das System, indem Kommunikationsmöglichkeiten bereitgestellt werden, die vom System nicht – oder nur mit erheblichem technischen Aufwand – ausgespäht werden können." (aus: „THULE-Journal“ 1/94, S. 3)

Ende 1995 gehörten dem „Thule-Netz“ folgende Mailboxen an:

- „Widerstand BBS“²⁴⁾ in Erlangen,
- „Janus BBS“ in München,
- „Elias BBS“ in Oftersheim,
- „Störtebeker BBS“ in Stavenhagen,
- „Reisswolf BBS“ in Weinheim,
- „Germania BBS“ in Bonn,
- „Bunker BBS“ in Berlin,
- „Osgiliath BBS“ in Bonn,
- „Propaganda BBS“ in Karlsruhe,
- „SoReVo BBS“ in Berlin,
- „Kraftwerk BBS“ in Weißenbrunn.

Die dem „Thule-Netz“ angehörenden Mailboxen sind jeweils in mehrere Zugriffsebenen aufgliedert. Die Zugriffsebene, d.h. die Berechtigung, einen bestimmten Informationsbereich (sog. „Brett“) einzusehen, wird dem Benutzer vom Betreiber der Mailbox

zugewiesen. Die Art der Inhalte der einzelnen Bretter reicht von rechtsextremistischen Szene-Texten, Flugblättern und Computerprogrammen bis hin zu allgemeinen Nachrichten. Ferner nutzen die Teilnehmer das Medium zum Austausch von persönlichen Nachrichten, die immer häufiger verschlüsselt werden.

In Niedersachsen hat sich am 24. Oktober 1994 als bis dahin „nördlichste Mailbox im ‚Thule-Netz‘“ die „Werwolf BBS“ mit Sitz in Hameln, die sich am 10. Mai 1995 in „Rattenfänger BBS“ umbenannt hatte, angeschlossen.

Die „Rattenfänger BBS“, die sich selbst als „politische Mailbox der nationalen Opposition in Niedersachsen-Weserbergland“ bezeichnete, hat ihren Betrieb Mitte Dezember im Thule-Netz eingestellt.

„Nationale Infotelefone“ (NIT) und sonstige Infotelefone

Bei Infotelefonen handelt es sich um an das Telefonnetz angeschlossene Anrufbeantworter, die von „interessierten Kameraden“ angewählt werden können und so der schnellen Informationsweitergabe dienen. Die rechtsextremistischen Betreiber sind sich dabei durchaus bewußt, daß der „politische Gegner“, zu dem auch staatliche Stellen gezählt werden, die Informationen ebenfalls abrufen kann. Aus diesem Grunde sind die Betreiber bemüht, die Texte so zu formulieren, daß die rechtsextremistische Grundeinstellung zwar klar erkennbar bleibt, jedoch möglichst keine Angriffsfläche für eine strafrechtliche Verfolgung bieten.

²⁴⁾ BBS: Bulletin Board System = für Benutzer zugängliche Rechner zum Informationsaustausch

Zum Austausch interner Angelegenheiten, die nicht für die Kenntnis „Außenstehender“ bestimmt sind, werden andere Kommunikationsmittel genutzt.

Die Ansagetexte der Infotelefone enthalten Hinweise auf rechtsextremistische Veranstaltungen, Verlage und Publikationen. Sie informieren auch über aktuelle politische Themen sowie über Aktionen der linksextremistischen Szene. Weitere Themenbereiche sind Hinweise auf angeblich bevorstehende staatliche Exekutivmaßnahmen und die Berichterstattung über behördliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten wie Hausdurchsuchungen und Demonstrationsverbote.

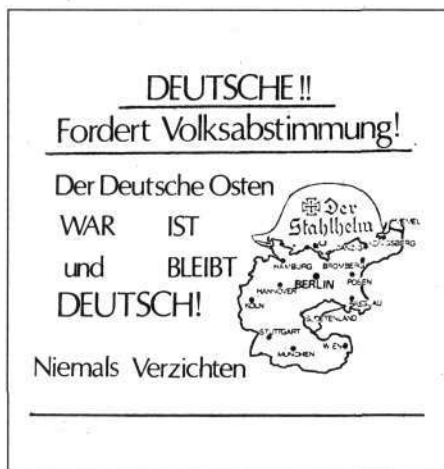
Derzeit existieren „Nationale Infotelefone“ in Berlin, Pommersfelden (Bayern), Hamburg, Düsseldorf, Halstenbek (Schleswig-Holstein), Gundelfingen (Bayern) und Oer-Erkenschwick (Nordrhein-Westfalen). Weitere, von Rechtsextremisten betriebene Infotelefone gibt es in Hamburg, Frankfurt/Main, Ludwigshafen und Köln.

Informationen der Partei „Die Republikaner“ (REP) werden verbreitet über Infotelefone in Berlin, Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz), Düsseldorf, Karlsruhe, Mannheim und Neu-Brandenburg (Mecklenburg-Vorpommern).

In Niedersachsen sind bisher keine Info- bzw. „Nationale Infotelefone“ bekanntgeworden. Jedoch werden Hinweise, die einen direkten Bezug zu bzw. nach Niedersachsen haben über die beiden NIT Hamburg und Schleswig-Holstein bekanntgegeben. In der Regel sind die Ansagen dieser beiden „Nationalen Infotelefone“ identisch.

Der Stahlhelm e.V., Ortsgruppe Jork

Die seit 1983 bestehende und etwa 20 Mitglieder zählende Ortsgruppe Jork des Stahlhelm e.V.²⁵⁾ veranstaltete 1995 regelmäßige „Kameradschaftsabende“ im eigenen Vereinsheim. Eine größere Veranstaltung fand dort im August statt, als rd. 60 Personen an der Jahresfeier des Landesverbandes Schleswig-Holstein/Hamburg teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit wurde die Ortsgruppe Harburg mit etwa 10 Mitgliedern gegründet.



²⁵⁾ Der Stahlhelm e. V. – Bund der Frontsoldaten wurde 1918 in Magdeburg als Vereinigung von Teilnehmern des 1. Weltkrieges gegründet. Nach einer vorübergehenden Auflösung erfolgte 1951 eine Neugründung. In seiner Zeitschrift „Der Frontsoldat“ wird in rassistischer Weise gegen Ausländer agitiert.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz		
Bund:	Stuttgart	
Niedersachsen:	Lüneburg	
Vorsitzende		
Bund:	Günther DECKERT (seit März 1996 Udo Voigt)	
Niedersachsen:	Horst NOLTE	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	4.500	4.000
Niedersachsen:	515	415
Publikationen:		
Bund:	Deutsche Stimme (erscheint monatlich, Auflage: 49.500)	
Niedersachsen:	Niedersachsen-Spiegel (erscheint vierteljährlich Auflage: 500)	

Die NPD ist die älteste rechtsextremistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Sie hatte auch 1995 erhebliche personelle Einbußen zu verzeichnen. Vorrangiges politisches Ziel der NPD ist die Schaffung eines Nationalstaates in den Grenzen von 1937. Die im Grundgesetz garantierten Individualrechte werden ebenso wie das Mehrparteiensystem und die Volkssouveränität zumindest propagandistisch bekämpft.

Bei den Wahlen in den letzten beiden Jahren war die NPD ohne Erfolg. Auch künftig wird sich daran nichts ändern, wie selbst Funktionäre der Partei befürchten. So schrieb der NPD-Generalsekretär und niedersächsische Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld im „Niedersachsen-Spiegel“ (Nr. 2/95):

„Für uns wäre jetzt unter normalen Umständen wieder Luft zum Atmen. Diese Luft müssen wir uns aber erst wieder erkämpfen. Während bis zu 30 % der Wähler bereit sind, grundsätzliche Standpunkte nationaler Politik zu unterstützen und

die Hälfte davon mittelfristiges Wählerpotential sind, kann eine ‚Auschwitz- und Anti-Juden-Partei‘ allenfalls 0,3 % erreichen. Wie es auch sein mag, im Moment stecken wir in einem Ghetto innerhalb des ‚rechten‘ Ghettos, ohne Chance auf Akzeptanz selbst bei einer nennenswerten Zahl von Menschen aus unserem Wählerpotential. Allenfalls ein Teil der vorwiegend linksradikal gestrickten Medien braucht so etwas für ihr antifaschistisches Weltbild und zum Niederhalten der Nationalen. Der normale Wähler – auch der nationale – wendet sich mit Grausen.“

Trotz dieser pessimistischen Prognosen blieb die politische Handlungsfähigkeit der Partei durch einen Kern von ca. 4.000 Mitgliedern und Funktionären erhalten. Der Parteivorsit-

zende Deckert versuchte, unter dem Namen „Bündnis Deutschland“ eine Sammlungsbewegung der rechtsextremistischen Parteien zu initiieren.

Bereits 1994 wurden in dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ (10/11 – 1994) „Leitgedanken einer parteiübergreifenden Opposition“ publiziert, mit denen die NPD

„alle zum Handeln entschlossenen nationalen Kräfte, seien es Republikaner, DVU-Anhänger, Mitglieder von jugendlichen Aktionsgruppen und einfach unabhängige Individuellen,“

dazu auffordert und einlädt,

„über eine neue nationale Fundamentalopposition und über die Gründung zielgerichteter Aktionsgemeinschaften im Rahmen von einem Bündnis Deutschland nachzudenken und zu diskutieren.“

Ereignisse

Der 8. Mai als 50. Jahrestag der deutschen Kapitulation wurde von der NPD zur intensiven Agitation gegen die Bundesrepublik Deutschland genutzt.

In einem Flugblatt mit dem Aufruf:

„Wir feiern nicht! Schluß mit der Befreiungslüge!“ wird u.a. erklärt:

„Wir Nationaldemokraten wollen deshalb mit dieser Kampagne aktiven Widerstand gegen die ständige Demütigung und Bevormundung unseres Volkes leisten ...“. In einer über Datex-J verbreiteten Kolumne des NPD-Bundesvorsitzenden Deckert hieß es:

„Der 8. Mai rückt immer näher. Die ‚Befreiungsextremisten und -fanatiker‘ stimmen sich immer mehr ‚auf ihre Art der Befreiung‘ ein. Und was in den 60er und 70er Jahren nicht einmal mit der Normal-SPD möglich gewesen wäre, ist heute sogar schon mit CDU und CSU möglich. Niemand fragt sich heute öffentlich und ernsthaft, warum sich denn die zu Befreienden bis zum Schluß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gewehrt haben, und wie manchmal das ‚letzte Aufgebot‘ an Alten und Jungen in den Kampf zog, wobei die wenigsten dazu gezwungen worden sind. Vielmehr war es Sacheinsicht und auch innere Haltung, die Meinungs- und Politikmachern von heute völlig verschlossen ist. Bonner Politiker sind sauer, wenn sie zu Befreiungsfeierlichkeiten draußen nicht eingeladen werden, anstatt auf solche Einladungen grundsätzlich mit Ablehnung und Schweigen zu reagieren. – Die neue Krankheit der ‚Befreieritis‘ greift teilweise bis ins letzte Dorf. Ein Beispiel nur: Wenn sie diesen Kommentar lesen, wird ein gewisser ‚Michäl Fridman‘, Jude und Mitglied im CDU-Bundesvorstand, ausgerechnet in meiner Heimatstadt gesprochen haben.“

Allerdings konnten die von der Partei geplanten Aktionen nicht in dem angekündigten Umfang verwirklicht werden. Demonstrative Aktionen gab es in München (70 Teilnehmer) und Dortmund (90 Teilnehmer).

Der 26. ordentliche Parteitag der NPD unter dem Motto „Deutschland wird leben“ wurde am 10./11. Juni in Neukirchen (Bayern) abgehalten. Gün-

DEUTSCHE STIMME



NATIONALDEMOKRATISCHE ZEITUNG

Die Todeslager im Westen

Amerikaner und Franzosen ließen eine Million Deutsche in ihren Lagern absichtlich umkommen

Die unvorstellbaren und bis dahin nicht für möglich gehaltenen Greueln der Sowjetrussen an deutschen Frauen, Kindern und Greisen, an Zivilisten und Soldaten trieben vor 50 Jahren die flüchtenden Ostdeutschen nach Westen, veranlaßten die deutschen Soldaten, sich lieber in west-alliierte Gefangenschaft zu begeben, als den Russen in die Hände zu fallen. Das war die letzte Strategie des Oberkommandos der Wehrmacht unter Großadmiral Dönitz. Denn es war bekannt, daß die Westmächte - im Gegensatz zur Sowjetunion - die Genfer Konvention unterschrieben und sich damit verpflichtet hatten, Zivilbevölkerung und Gefangene des Kriegsgesegners human zu behandeln.

Doch das Unerwartete geschah: Amerikaner und Franzosen ließen ab April 1945 in ihren Lagern etwa eine Million deutsche Kriegsgefangene sowie etliche Frauen, Kinder und alte Leute sterben. Nur die Tötungsmethoden waren unauffälliger, feiner und raffinierter als die der Sowjets. Die Regierung der USA verweigerte dem Internationalen Roten Kreuz den Zutritt zu den Vernichtungslagern, damit die Morde und die unbeschreiblichen Zustände nicht bekannt werden sollten.

Ein Kanadier brachte es an den Tag

Diesen Nachweis erbrachte der kanadische Historiker James Bacque nach jahrelangen Forschungen. In den Totenlisten fand er immer wieder den ominösen Untertitel "Other Losses" und kam endlich dahinter, daß damit Todesfälle gemeint waren, deren Ursachen "wissentlich geschaffen" wurden von amerikanischen und französischen Arme-Offizieren, "die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten." Hilfs-Organisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurden daran gehindert. "Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt, als das Rote Kreuz... versuchte, öffentlich die Wahrheit zu sagen. Akten sind vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschluss gehalten worden. Dies geht bis auf den heutigen Tag weiter."

Die Tötungsmethoden

Das waren die Methoden des langsamen Tötens der deutschen Gefangenen. Zusammengepfercht in Stacheldrahtkäfigen auf engstem Raum, so

daß die Menschen oft nicht einmal liegen konnten; kein Obdach trotz Kalte, Regen oder Schnee; keine medizinische Versorgung und keine sanitären Einrichtungen; vor allem aber Hunger und Durst; in einem Fall hatte man die Gefangenen lange hungern lassen und ihnen dann plötzlich unvermittelt hochwertige Nahrung gegeben - dann starben sie schnell!

Zeitzeugen berichten

Aus dem Bericht eines deutschen Überlebenden: "Wir saßen in überfüllten Stacheldrahtkäfigen im Freien und bekamen kaum etwas zu essen. Die Latrinen waren Baumstämme, die man über Gräben am Stacheldrahtzaun geworfen hatte. Weil so viele krank waren, mußten die Männer ihre Notdurft auf dem Boden verrichten. Bald waren viele zu schwach, um sich vorher die Hosen herunterzuziehen.

Bald war unsere ganze Kleidung besudelt, genau wie der Boden, auf dem wir gehen, sitzen und liegen mußten. Unsere Männer fingens sehr bald an zu sterben. Schon nach wenigen Tagen waren einige, die gesund ins Lager gegangen waren, tot. Ich habe gesehen, wie unsere Männer viele Leichen ans Lagerort schlepften. Dort wurden sie kreuz und quer übereinander auf Lastwagen geworfen, die sie dann weg-

brachten."

Ein 17jähriger, der im Westen in der Ferne sein Heimatdorf sehen konnte, stand oft am Draht und weinte... er lag eines Morgens zerschossen am Draht. Wir mußten zur Abschreckung an ihm vorbeimarschieren. Eine Gesichtshälfte war weggeschossen... Der Lagerkommandant spernte die kargen Gefangenenrationen drei Tage... für viele bedeutete es den Tod."

Andere Zeugen äußerten: "Zu essen hatten wir nur Gras"... herrschte eine solche Enge, daß wir uns nicht einmal richtig hinlegen konnten. Die ganze Nacht mußten wir aufrecht sitzen, eher an den anderen gepreßt. Dreieinhalb Tage bekamen wir überhaupt kein Wasser. Wir tranken dann unseren eigenen Urin. Einige legten sich der Länge nach hin und leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen"... "Einige waren an Frostbrand gestorben, nachdem sie in den kalten Aprilnächten Erfrierungen erlitten hatten. Ein Dutzend oder mehr, darunter ein vierzehnjähriger Junge, zu schwach, sich an dem Baumstamm festzuhalten, den man als Latrine über einen Graben geworfen hatte, fielen hinein und ertranken."

"Manchmal starben bis zu 200 Menschen pro Tag"... "Der Gefangene Thelen flüsterte durch den Stacheldraht seinem Sohn zu, daß bis 770 Menschen pro Tag starben"... "Die Gefangenen wurden mit DDT besprüht, um das Ausbrechen von Typhus zu verhindern."

Ein französischer Offizier bezeichnete die Gefangenenlager als "Lager des langsamen Todes"... "bevölkert mit lebenden Skeletten", von denen einige starben, während er zuschaute. "Frauen starben aus Erdchölen. Hungerödeme trieben ihren Bauch zu einer graugrünen Karkatur von Schwangerschaft auf. Kinder von sechs oder sieben Jahren sahen mich mit leblosen Augen an."

Die Veröffentlichung der Dokumente

James Bacque veröffentlichte seine Forschungsergebnisse mit Dokumenten in einem Buch mit dem Titel "Other Losses" ("Sonstige Verluste"). Das Buch schlug in Kanada und in den USA wie eine Bombe ein. Anders in Deutschland, wo es in deutscher Übersetzung mit dem Titel "Der geplante Tod" im Ullstein-Verlag erschien. Hier nahmen Lehrer und andere Deutsche seinen Inhalt nur ungläubig oder vorsichtig-schüchtern zur Kenntnis, wenn überhaupt. Denn das paßte nicht zu dem geläufigen penetranten Satz: "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland". So manche Bucherei wagte nicht, den "Geplanten Tod" anzuschaffen, weil hier der Tod von anderen geplant und an Deutschen ausgeführt wurde.

Es sei vermerkt, daß Briten und Kanadier an diesem furchtbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht beteiligt waren. Sie haben es aber gewußt. Die kanadische Regierung protestierte sogar einmal dagegen.

Bezeichnend ist, daß wiederum ein Ausländer, ein Kanadier, durch seine Forschung und Veröffentlichung an der einstigen, antideutschen "Vergangenheitsbewältigung" kratzt - kein deutscher Historiker.

Markus Weber

ICH KANN

"AUSCHWITZ"

NICHT MEHR HÖREN!

UND SIE?

ter Deckert wurde ohne Gegenkandidaten mit über 90 % der Delegiertenstimmen als Vorsitzender wiedergewählt. Der stellvertretende Vorsitzende Udo Voigt wurde für den Fall der Inhaftierung Deckerts zum geschäftsführenden Vorsitzenden bestimmt. Eine kritische Auseinandersetzung mit der zunehmend revisionistischen und antisemitischen Agitation Deckerts fand nicht statt, vielmehr zeigte der Parteitag eine uneingeschränkte Solidarität mit Deckert.

Am 21. April hatte das Landgericht Karlsruhe den NPD-Vorsitzenden Deckert wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu zwei Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt, die dieser seit dem 8. November verbüßt. Gegenstand des Verfahrens waren Äußerungen Deckerts aus dem Jahre 1991, in denen er den Massenmord an Juden in den Gaskammern der NS-Konzentrationslager geleugnet hatte. Das Landgericht Mannheim hatte Deckert in dieser Sache bereits am 22. Juni 1994 zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Dieses Urteil war auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin vom Bundesgerichtshof aufgehoben worden.

Am 21. Juni wurde Deckert durch das Amtsgericht Weinheim zu einer Freiheitsstrafe von sechs Wochen ohne Bewährung verurteilt, weil er den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, als „jüdischen Hochkommissar für Deutschland“ bezeichnet und ihm „Deutschenhetze“ vorgeworfen hatte.

Deckert wurde am 30. September durch das Parteipräsidium, das als Parteiorgan erst im Juli wieder eingerich-

tet worden war, als Vorsitzender abgesetzt. Gründe waren finanzielle Unregelmäßigkeiten sowie die sich in der Partei ausbreitende Unruhe wegen Deckerts aggressivem Revisionismus und sich ständig verschärfendem Antisemitismus. Das Schiedsgericht des NPD-Landesverbandes Baden-Württemberg setzte Deckert im November wieder in sein Amt ein.

Am 5. August fand in Maasen, Landkreis Diepholz, der 31. ordentliche Parteitag des NPD-Landesverbandes Niedersachsen statt. Es nahmen 80 Personen teil, darunter der stellvertretende Bundesvorsitzende Udo Voigt.

Bei Stimmgleichheit der beiden Kandidaten für den Vorsitz wurde Horst Nolte durch Losentscheid zum Vorsitzenden bestimmt, sein Konkurrent wurde einer seiner Stellvertreter. Der bisherige Vorsitzende Eigenfeld kandidierte nicht mehr.

Finanzen

Der NPD gelang es 1995, ihre Finanzlage zu verbessern. Schulden aus Wahlkampfkostenvorauszahlungen wurden beglichen. Möglich wurde das durch Spenden und der Partei zugeflossene Erbschaften.

Im Landkreis Altmark, Sachsen-Anhalt, wurde ein größeres Anwesen zu einem Preis von 200 000 DM erworben, das als Schulungszentrum vorgesehen ist.

Der niedersächsische Landesverband der NPD ist gegenwärtig schuldenfrei.

NPD-Funktionär wegen versuchten Mordes verurteilt

Der stellvertretende Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Heinrich Förster, wurde am 24. April vom Landgericht Schwerin wegen versuchten Mordes, versuchter schwerer Brandstiftung und Landfriedensbruchs zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Förster wurde für schuldig befunden, geistiger Urheber und Drahtzieher eines Überfalls durch etwa 30 Jugendliche auf das Asylbewerberheim in Boizenburg-Bahlen (Mecklenburg-Vorpommern) im Juli 1992 gewesen zu sein. Die Täter hat-

ten u.a. Molotowcocktails auf das Gebäude geworfen. Förster war damals NPD-Beauftragter für den Partiaufbau in Mecklenburg-Vorpommern und hätte – so das Gericht – die Jugendlichen als deren Vertrauensperson von dem ihm bekannten Vorhaben abbringen können und müssen. Statt dessen habe er den Jugendlichen aus Haß auf Asylbewerber und aus politischer Verblendung Unterstützung geleistet.

Förster war bis 1990 Mitglied des NPD-Landesverbandes Niedersachsen und Vorsitzender im Kreisverband Lüneburg. Wegen Differenzen mit einem Mitglied des Landesverbandes und Auflösung des damaligen Kreisverbandes Lüneburg wechselte Förster in den NPD-Landesverband Schleswig-Holstein.

Einzelpreis
DM 2,80 E 13514



Ausgabe 5 · Mai 1995 · 20. Jahrgang

DEUTSCHE STIMME

NATIONALDEMOKRATISCHE ZEITUNG

8. Mai 1945 - 8. Mai 1995

**Wir feiern nicht!
Wir sind DEUTSCHE!**

Die „staatstragenden Kräfte“, die Bonner Parteien und die Medien, überschlagen sich geradezu in Freude und Vorfreude über den diesjährigen 8. Mai. Er soll sogar als Staatsfeiertag eingeführt werden, wohl anstelle des „Tages der deutschen Einheit“. Denn an diesem Tag habe „die Freiheit Geburtstag“. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht nach langem und harten Ringen in einem Krieg,

Denn die Greuel der Sieger, wider jegliches Völkerrecht, wurden an diesem Tage nicht etwa beendet, vielmehr begannen sie für viele Deutsche an diesem Tage erst. Und es war ihnen völlig egal, daß Hitler und die NSDAP nicht mehr existierten, denn ihr Krieg richtete sich von Anfang an gegen Deutschland. Der Krieg war zu Ende

der Alliierten in Ost und West. Der 8. Mai 1945 tiefsten Erniedrigung, bestialische Verreibung als seiner Deutschen Frauen zu Tode arzwungene Westwanderung vergewaltigt, deutsche Männer für vermeddelt, kann auch von verbrannt und erschlagen, deutsche „Befreiung“ sprechen. Kinder totgetreten von den Stiefeln der Sieger. Und das sollen wir heute feiern?

Wir Nationaldemokraten sagen: Stilles Gedenken an alle Opfer des Krieges ja! - aber ein Schuff, wer das deutsche Elend auch noch zu feiern, zu bejubeln wagt!

Nationalmasochismus als Staatsdoktrin?

In den 50er und 60er Jahren weigerten sich deutsche Diplomaten, an den Siegesfeiern im Ausland teilzunehmen. Begründung: Man

Wir Nationaldemokraten sagen: Der 8. Mai 1945 war für Deutschland kein „Tag der Befreiung“, sondern der Beginn der Besetzung Deutschlands, der Bevormundung und der Erniedrigung, die bis heute nicht aufgehört hat, sondern, anstelle der alliierten Sieger, von deutschen Helfershelfern willig fortgeführt wird.

WIR FEIERN NICHT, DENN WIR SIND DEUTSCHE!

Gewalt gegen Deutsche

Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz		
Bund:	Stolberg (NRW)	
Niedersachsen:	Duderstadt	
Vorsitzende		
Bund:	Holger APFEL	
Niedersachsen:	Wilhelm SUDMANN	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	150	150
Niedersachsen:	45	15
Publikationen:		
Bund:	Einheit und Kampf – Stimme des jungen Deutschlands (erscheint unregelmäßig, Auflage: 1.500) Der Aktivist – Nationalistisches Infoblatt (erscheint unregelmäßig, Auflage: 500) Denkzettel (erscheint unregelmäßig, Auflage: 500)	
Niedersachsen:	JN-Intern (erscheint vierteljährlich, Auflage: 100)	

Die Jungen Nationaldemokraten sind mit ca. 150 Mitgliedern weiterhin größte und aktivste rechtsextremistische Jugendorganisation im Rechtsextremismus. Die JN entwickeln sich zunehmend zu einer Nahtstellenorganisation zwischen ihrer Mutterpartei, der NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Organisationen. Maßgeblicher Betreiber dieser Entwicklung ist der Bundesvorsitzende Holger Apfel aus Hildesheim. In einer Selbstdarstellung der JN vom 6. Juni 1995 heißt es:

„Wir sind die Jugend für Deutschland

Die Jungen Nationaldemokraten verstehen sich als eine weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisatorischer Disziplin, deren Aktivisten hohe Einsatz- und Opferbereitschaft abverlangt wird. Wir bewegen uns dementsprechend nicht im Schattendasein der NPD, sondern entwickeln vielmehr als revolutionäre Bewegung für junge Nationalisten zwischen 14 und 35 Jahren autonome konzeptionelle Vorstellungen....

Nur wenn der Mehrheit der Jugend bewußt wird, daß es eine Alternative zum herrschenden System gibt, können politische Veränderungen in der Zukunft Realität werden. Die

*Realität zu schaffen, ist Aufgabe und Ziel unserer Mitglieder und unserer Freundeskreise ...
Unabdingbare Voraussetzung für unsere Ziele ist eine fest geschlossene, homogene Jugendbewegung, in der Spießbürgertum und Standesdünkel nichts zu suchen haben ...
Unser Trend geht zum gemeinschaftlichen Miteinander - wir sind die Keimzelle der Volksgemeinschaft aller Deutscher.
Wir sind das neue Deutschland.“*
(aus: „Junge Deutsche Stimme“, Beilage zur NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, 6. Juni 1995)

Der Bundesvorsitzende Apfel versucht, durch zahlreiche Kontakte mit ausländischen Rechtsextremisten die Attraktivität seiner Organisation zu erhöhen. So kamen am 16. Dezember zum „2. Europäischen Kongreß der Jugend“ in Gerach (Bayern) neben deutschen Rechtsextremisten auch Vertreter extremistischer Organisationen aus Österreich, Großbritannien, Spanien, Kroatien, Rumänien und Griechenland zusammen. Der Kongreß mit 230 Teilnehmern stand unter dem Motto „Nié wieder Imperialismus! - Nie wieder Krieg! - Europäischer Nationalismus bis zum Sieg!“. In der Einladung zu der Veranstaltung hieß es: „Die Mehrheit der Europäer ist heute eine in den Bann des materialistischen Ungeistes geratene Konsumentenmasse, welche die Ketten, mit denen sie gefesselt ist, nicht mehr spürt. Die Realität ist der nivellierende ‚One-World‘-Einheitsbrei, den uns die Herrschenden servieren und der von vielen verblendeten Menschen gierig verschlungen wird.“

Den Veranstaltungsort in Bayern hatten die JN bis zuletzt geheimgehalten; lediglich Treffpunkte, von denen aus die Weiterleitung zum Kongreß erfolgte, waren bekanntgegeben worden. Zum „1. Europäischen Kongreß der Jugend“ im September 1994 hatten sich ca. 200 Teilnehmer eingefunden.

Am 17. Juni organisierte Apfel in Ehrenburg-Rathlosen, Landkreis Diepholz, eine Sonnenwendfeier, zu der 200 Personen zusammenkamen. Unter ihnen befanden sich viele Skinheads und Neonazis. Bei diesem Treffen wurde in einem Redebeitrag ausdrücklich betont, daß „auch die Kameraden mit den Springerstiefeln zu uns gehören“.

DER AKTIVIST



Nationalistisches Infoblatt

3. Jahrgang Ausgabe: 3/94



ÜBERALL

kämpfen
Völker



für die
Freiheit der Nation!

Deutsche Volkunion¹(DVU)

Sitz		
Bund:	München	
Niedersachsen:	Bremen	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Gerhard FREY	
Niedersachsen:	Hans WEIDENBACH	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	20.000	15.000
Niedersachsen:	2.000	1.800
Publikationen:	Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) erscheint wöchentlich Auflage: 25.000 Deutsche Nationalzeitung (DNZ) erscheint wöchentlich Auflage: 42.000	

In der von Dr. Gerhard Frey zentralistisch geführten "Deutschen Volkunion" fand auch 1995 im wesentlichen kein Parteileben statt. Nur das nach dem Parteiengesetz erforderliche Minimum an Parteiveranstaltungen wurde durchgeführt. Die DVU entwickelt sich weiter zu einem reinen Wirtschafts- und Geschäftsbetrieb ihres Vorsitzenden. In seinen Zeitschriften bietet Frey jede Woche sogenannte Enthüllungsbücher an mit Titeln wie beispielsweise:

VERHEIMLICHTE DOKUMENTE - Band 2. Neu! Massenmord-Lügen gegen Deutschland, Kriegsschuld-Schwindel, Siegerverbrechen. Mit Lexikon WAS SIE UNTER HITLER TRIEBEN. Das Braunbuch deutscher Prominenz.
(aus: Deutsche Wochen-Zeitung Nr. 28, vom 7. Juli 1995, S. 12)

verlag GmbH" bieten unverändert auch Medaillen, Landkarten, Fahnen, Plakate, Musikkassetten, CD's und Videos mit nationalistischen Inhalten an.

Wie auch in den Vorjahren setzten 1995 die Zeitschriften DNZ und DWZ / DA ihre Bestrebungen fort, die geschichtliche Einmaligkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung durch Aufrechnung mit Verbrechen anderer Völker herunterzuspielen:

In den Ausgaben Nr. 30 vom Juli schüren beide Zeitschriften deutliche antisemitische Ressentiments. Unter der Überschrift „Ist Kohl Jude? Die Abstammung des Bundeskanzlers“ wird in reißerischer Aufmachung versucht, Leserinteresse zu wecken und den Bundeskanzler zu diskreditieren. In den Artikeln werden Mutmaßungen über die Abstammung des Regierungschefs der Bundesrepublik geäußert.

Seine Verlage „DSZ-Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH“ und „FZ-Freiheitlicher Buch- und Zeitschriften-

Auf Bildern wird Helmut Kohl bei jüdischen Gedenkveranstaltungen gezeigt. Der Beitrag schließt, wie viele andere seiner Art, mit dem Hinweis auf eine neue Buchveröffentlichung mit dem Titel „5 000 Jüdische Prominente. Ihre Herkunft. Ihr Leben. Ihr Einfluß.“

Ausführlich setzten sich die Zeitungen mit dem 8. Mai 1945 auseinander und kommentierten dieses Datum wie folgt:

*„War es wirklich Befreiung? –
Kapitulation und Massenmord –
kein Grund zur Feier –*

Die offizielle Politik und die Meinungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland beginnen in diesen Tagen mit gigantischen Feierlichkeiten aus Anlaß der deutschen Niederlage und insbesondere der Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor einem halben Jahrhundert. Was offizielle Repräsentanten und allmächtige Meinungsmacher wohlweislich bei ihren Festivitäten übersehen, ist dies: Gewiß war mit dem Sieg der Gegner des Deutschen Reiches für viele NS-Verfolgte, soweit sie nicht auch anschließend Opfer sowjetischen oder westalliierten Terrors waren, eine Befreiung verbunden. Wie aber sah diese 'Befreiung' für das deutsche Volk aus, dem sich die Sieger nach eigenem Bekenntnis nicht als Befreier, sondern als Eroberer näherten? Unerwähnt bleibt bei den Befreiungsfeierlichkeiten, daß das deutsche Volk nach dieser angeblichen Befreiung noch die Hälfte seiner 10 Millionen Toten der Jahre 1939 bis 1950 verlor.“

Nach einer Abkühlung in der Zusam-

menarbeit nahm Frey die Verbindung mit dem russischen Nationalisten Wladimir Schirinowskij erneut auf. Frey hatte sich mit dem Führer der Liberal-Demokratischen Partei Rußlands Mitte Juli in Moskau getroffen. In einer gemeinsamen Erklärung hieß es:

„Es ist Rußlands geschichtliche Bestimmung und unveräußerliches Recht, als Großmacht frei von jeder fremden Bevormundung zu wirken. Dem deutschen Volk steht es unbedingt zu, sich von jedweder Fesselung seiner Selbstbestimmung und nationalen Souveränität zu freien. Die deutsche Seite bekundet volle Sympathie für Rußlands Begehren, die Rechte und Selbstbestimmung auch jener 25 Millionen Russen, die außerhalb der gegenwärtig bestehenden russischen Staatsgrenzen leben. Die russische Seite unterstützt deutsches Streben nach gerechter Lösung der nationalen Frage gemäß Selbstbestimmung. Friedliche Grenzrevisionen auf dem Verhandlungswege stehen im Einklang mit dem Völkerrecht. Das nördliche Ost-Preußen soll eine Brücke der Verständigung zwischen Deutschen und Russen sein.“

Die traditionelle Großveranstaltung der DVU am 30. September in der Passauer Nibelungenhalle stand unter dem Motto „Recht und Freiheit für Deutschland“. Den internen und öffentlichen Aufrufen der DVU zur Teilnahme waren rd. 2.300 Personen gefolgt. Hauptredner war der Bundesvorsitzende Frey. Er stellte den Vorsitzenden der nationalistischen „Liberal-demokratischen Partei Rußlands“

(LDPR), Wladimir Schirinowskij, in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Frey verurteilte das Einreiseverbot gegen Schirinowskij und bezeichnete ihn als den künftigen Präsidenten Rußlands. Es wurde ein Grußwort Schirinowskjis verlesen, in dem dieser seine Freundschaft zu Dr. Frey zum Ausdruck brachte. Schirinowskij rechnete damit, daß seine Partei bei den russischen Parlamentswahlen im Dezember als stärkste hervorgehen und ihm dann bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr der endgültige Durchbruch gelingen werde.

Zum Wahlergebnis der DVU von 5,7 % bei der Kommunalwahl in Bremerhaven am 24. September erklärte Frey, dies berechtige zu den größten Hoffnungen bei der Landtagswahl am 24. März 1996 in Schleswig-Holstein.

Die DVU erzielte bei der Landtagswahl 1996 in Schleswig-Holstein nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 4,3 %, bei der Landtagswahl 1992 war ihr mit 6,3 % noch der Einzug in den Landtag gelungen.

Wegen „Wahlerrors, schwerer Eingriffe in die Wahlfreiheit und extremer Ungleichbehandlung“ wurde das Wahlergebnis zwischenzeitlich angefochten.

Zum Thema „Einheit der Rechten“ führte er aus, zur DVU gebe es keine Alternative. Die NPD habe politisch



total versagt und schwäche nur noch das „rechte Lager“, weil sie nationalbewußte Menschen an eine aussichtslose Partei binde. Die REP würden in naher Zukunft ebenfalls in die Bedeutungslosigkeit versinken; ohne die Führungspersönlichkeit Schönhubers habe sie politisch nicht die geringste Chance.

Als von Frey vor der Veranstaltung angekündigte prominente Überraschungsgäste traten der Verfechter eines „Schwarzen Nationalismus“ in den USA, Dr. Robert Brock, sowie symbolisch für alle unterdrückten Minderheiten zwei Repräsentanten nordamerikanischer Indianerstämme auf. Zu

den Ehrengästen gehörten ferner ein Abgeordneter der rechtsextremistischen niederländischen „Centrumpartei“ sowie Vertreter aus Flandern, Österreich und Südtirol.

Zur finanziellen Situation der DVU erklärte ein Wirtschaftsprüfer, daß die Partei zur Zeit mit 8,5 Millionen verschuldet sei. Für diesen Betrag stehe Dr. Frey ein.

Frey mußte 1995 herbe Mitgliederverluste seiner Organisation hinnehmen. Während der DVU 1994 noch rd. 20 000 Mitglieder angehörten, waren es ein Jahr später nur noch 15 000²⁶⁾, in Niedersachsen, 1.800.

²⁶⁾ Frey nennt höhere Zahlen.

Die Republikaner (REP)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Rolf SCHLIERER	
Niedersachsen:	Werner HAASE (seit Mai 1996 Peter LAUER)	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	20.000	16.000
Niedersachsen:	700	650
Publikationen		
Bund:	„Der Republikaner“ (erscheint seit Anfang 1995 als vierseitige Notausgabe) Auflage: 22.000	
Niedersachsen:	„Wir Republikaner in Niedersachsen“ Auflage: 600	

Durch innerparteiliche Auseinandersetzungen zerstritten konnten die Republikaner auch 1995 nicht an Wahlerfolge vergangener Jahre anknüpfen. Die Zahl der Parteimitglieder ging weiter zurück. Während der neue Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer, Nachfolger Franz Schönhubers seit Dezember 1994, einen Kurs der formalen Abgrenzung gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien verfolgt, traten Anhänger des früheren Parteivorsitzenden Schönhuber für eine Öffnung der REP gegenüber den anderen rechtsextremistischen Parteien ein, um die zersplitterte rechtsextremistische Parteienlandschaft zu mehr Geschlossenheit zu führen und für Wähler wieder attraktiv zu machen.

Die REP waren am 26. November 1983 durch zwei ehemalige CSU-Bundstagsabgeordnete in München gegründet worden. Nach internen

Auseinandersetzungen um die politische Richtung der Partei wurde am 16. Juni 1985 der frühere stellvertretende Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Franz Schönhuber, zum Parteivorsitzenden gewählt. Schönhuber verfolgte einen rechtspopulistischen Kurs. Er bemühte sich dabei zunächst um Abgrenzung zum traditionellen organisierten Rechtsextremismus. Während Schönhuber die parteiinternen Richtungskämpfe 1990 und in den folgenden Jahren fast unbeschadet überstand, trug seine Kontaktaufnahme zu dem Vorsitzenden der rechtsextremistischen DVU, Frey, wesentlich zu seinem Ende als Parteivorsitzender im Dezember 1994 bei. Auf dem Bundesparteitag am 17./18. Dezember 1994 verzichtete Franz Schönhuber auf eine erneute Kandidatur für das Amt des Bundesvorsitzenden. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde Dr. Rolf Schlierer gewählt. Am 16. 11. 1995 trat Schönhuber überraschend aus seiner Partei aus. Er warf seinem Nachfolger „Anbiederung an die etablierten Parteien“ vor.

Der Mitgliederbestand ging von 20.000 im Jahre 1994 auf 16.000 zum Ende des Jahres 1995 zurück. In Niedersachsen hatten die REP 1994 ca. 700 Mitglieder; 1995 waren es noch 650.

Die innerparteiliche Krise und der Abwärtstrend der REP hielten unvermindert an. Die Partei bot ein Bild der Zerrissenheit. Auch dem neuen Bundesvorsitzenden ist es erst nach dem Wahlerfolg bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 24.03.1996 gelungen, die Partei zu konsolidieren und ihr neue Impulse zu geben. Sichtbare Zeichen für die tiefgreifende Krise der REP waren die rückläufige Mitgliederentwicklung, die sich weiter verschärfende Finanzsituation sowie der unverändert schwelende Richtungsstreit zwischen den Anhängern Schlierers und den Anhängern der politischen Vorstellungen Schönhubers.

Im Kern geht es bei dem Richtungskampf um die Frage der Abgrenzung der Republikaner gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen. Schönhubers Anhänger verfolgen das Ziel, das gesamte „rechte Lager“ zu einigen. Schlierer und die Mehrheit des Bundesvorstandes wollen jedoch die REP von anderen rechtsextremistischen Organisationen abgrenzen. Diese Mehrheit verfolgt ihren Kurs aus taktischen Gründen und nicht wegen unüberbrückbarer ideologischer Differenzen, da sie rechtsextremistische Positionen in der Partei zulässt bzw. selbst vertritt.

In der Mitgliederinformation des REP-Landesverbandes Niedersachsen erklärte der Landesvorsitzende Haase: *„Politiker und Medien sind Hauptakteure in der lügenhaften Ver-*

engung des Menschen, der damit entmenschlicht und entwürdigt wird und nur noch zum Stimmvieh degradiert, in dieser Gesellschaft eine Aufgabe im Sinne der Mächtigen zu erfüllen hat ...

Die überwiegende Zahl der deutschen Bürger will dieses entwürdigte Leben nicht führen ... Sie wollen eine Zukunftsperspektive, die auch ihren Kindern und Enkeln ein sinnvolles Leben in Deutschland ermöglicht.

Wir REPUBLIKANER bieten eine Perspektive“.

(„Wir Republikaner in Niedersachsen“, Nr. 1 vom März 1995, S. 2)

Im Rahmen der „Umerziehungs“-Agitation der REP schreibt der REP-Bezirksverband Lüneburg im Mai 1995 in seinem Organ „Lüneburger Anzeiger“, für das der stellvertretende niedersächsische Landesvorsitzende Tempel verantwortlich zeichnete:

„Deutschland erlitt am 08. 05. 1945 eine militärische, moralische und kulturelle Niederlage. Sie ist noch heute Bestandteil unserer Lebensumstände. Der Untergang des Nationalsozialismus hinterließ einen Zustand der inneren Verwüstung und erlaubte den Siegermächten, das politische Handeln in Deutschland in ihrem Sinne zu instrumentalisieren ...

Folgenden Strömungen und Ideologien warlist das deutsche Volk ausgesetzt:

Reeducation:

Von der US-Regierung beschlossenes Programm zur Beseitigung nationalsozialistischen Gedanken-

Zeittafel für das **Verschwinden** **Deutschlands**

- 1945 Totale Niederlage Deutschlands
- 1949 Gründung der Bundesrepublik Deutschland
- 1958 Beginn der Anwerbung von Gastarbeitern
- 1964 Armando Sa Rodrigues, ein Zimmermann aus Portugal, ist der millionste Gastarbeiter
- 1973 Ölkrise, wirkungsloser Anwerbestopp für Gastarbeiter aus Staaten, die nicht zur EWG gehören
- 1992 Mit 438.191 neuen Asylanten in einem Jahr erreicht die Masseneinwanderung einen vorläufigen neuen Höhepunkt
- 1995 Beginn des Ausländerkrieges in Deutschland: der Konflikt Kurden - Türken greift auf Europa über

-
- 1999 In Frankfurt/Main leben erstmals mehr Ausländer als Deutsche
- 2001 In Deutschland lebende Ausländer erhalten die doppelte Staatsbürgerschaft
- 2002 Erstmals ziehen eine türkische, eine kurdische und eine panslawische Partei in den Bundestag ein
- 2003 6 Volksgruppen führen in Deutschland gegeneinander Krieg, der allein in diesem Jahr 386 Opfer fordert
- 2004 Schaffung eines Bundes-Einwanderungsministeriums
- 2006 Ramadan wird Feiertag
- 2009 In Berlin, Frankfurt, Hamburg und Mannheim werden Straßen nach türkischen und kurdischen Fundamentalisten umbenannt
- 2010 In Köln-Deutz wird die fünftausendste Moschee in Deutschland feierlich eingeweiht, ihr Minarett überragt den Kölner Dom um drei Meter
- 2011 Auflösung des Staates Deutschland in verschiedene Euro-Regionen Mitteleuropa
- 2012 Erster Ministerpräsident der Euro-Region Rhein-Main wird der Türke Mustafa Kemal

gutes. Kern war die Einimpfung eines kollektiven Schuldgefühls und die Übernahme des angelsächsischen Demokratieverständnisses“.

Die Behauptung der REP, die Alliierten hätten die These von der Kollektivschuld aller Deutschen an den Verbrechen des NS-Regimes propagiert und, darauf gestützt, die Bestrafung und Umerziehung der Deutschen betrieben, ist eine Hauptthese rechtsextremistischer Propaganda.

In der rechtsextremistischen Propaganda wird mit der negativen Belegung der „Umerziehung“ die Legitimität der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich in Frage gestellt, indem diese als aufgezwungen und illegitim interpretiert wird.

Die hinter der „Umerziehungs“-Agitation erkennbaren Zielvorstellungen der REP verletzen das Demokratieprinzip, weil sie die Wiederbegründung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik und den parteienstaatlichen Pluralismus als Resultat der alliierten Besatzungszeit verächtlich machen.

In dem von völkischem Nationalismus geprägten Teil ihrer Agitation schrecken die REP weder vor Anklängen an die NS-Terminologie zurück noch davor, den umfassenden Menschenrechtskatalog des Grundgesetzes auf die Erfüllung lediglich der ökonomischen Grundbedürfnisse zu verengen. So erklärte der brandenburgische REP-Landesvorsitzende Prof. Kurzweg im Mai 1994 in einer als „Entwurf Wahlflugblatt“ bezeichneten Schrift: *„Unser Ziel ist der Erhalt Deutschlands als Lebensraum für das deut-*

sche Volk. In diesem, unserem Vaterlande, muß jeder Deutsche eine sichere Lebensgrundlage haben und das Recht auf ein würdiges Leben verwirklichen können ... Es gibt nur ein wirkliches Menschenrecht: das Recht auf würdiges Leben. Alle anderen Aussagen wie Freiheiten, Demokratie u. a. sind demagogische Ablenkungen von der Unfähigkeit das Lebensrecht zu gewährleisten.“

Wer „Freiheits-Grundrechte“ und „Demokratie“ als „demagogische Ablenkungen“ bewertet, offenbart ein Staatsverständnis, das dem des Grundgesetzes widerspricht. Rechtsextremisten betonen die Priorität von „Volk“ und „Gemeinschaft“ und die Unterordnung des Einzelnen unter die Allgemeinheit. Dies widerspricht dem Menschenbild des Grundgesetzes, in dessen Mittelpunkt das Individuum steht.

Dem rechtsextremistischen Menschenbild entsprechend erklärte der ehemalige REP-Landesvorsitzende von Hamburg, Jamrowski, im Parteiorgan „Der Republikaner“, Nr. 3 vom März 1994, S. 10:

„Auch in einer Demokratie muß das Freiheitsverständnis „patriotisch“ verstanden werden, d. h. man muß die Rechte des einzelnen in dem soziopolitischen Rahmen der Gemeinschaft des Volkes verstehen.“

Auf dem Parteitag des Landesverbandes Baden-Württemberg am 13.05.1995 in Mannheim erklärte der Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Käs:

„Ich scheue mich nicht, die gegenwärtige Entwicklung, geprägt durch Masseneinwanderung, als den Versuch der systematischen Überfremdung darzustellen. Ich spreche dies ganz offen an, wenn ich sage, hier wird der Genozid [Völkermord] am deutschen Volk vorbereitet.“

Vor dem Mitgliederparteitag des REP-Landesverbandes Baden-Württemberg am 03.10.1995 in Stuttgart-Bad Cannstatt erklärte Käs:

„Wir wollen nicht mehr der Schauplatz sein für die multiethnischen Phantasien unserer Regierung, wir wollen nicht mehr Opfer steigender ausländischer und antideutscher Gewalt sein, wir stehen nicht mehr zur Verfügung als Tummelplatz aller Rassen und Völker dieser Welt und deshalb wiederholen wir den alten Ruf nach dem Ende der Massenzuwanderung so laut und so ungebrochen, daß es auch im letzten Negerkral in Afrika klar sein muß: Deutschland will sie nicht, Deutschland will sie nicht, Deutschland will sie nicht.“

Derartige Äußerungen knüpfen an eine Vielzahl ähnlich rassistisch motivierter Verlautbarungen von REP-Funktionären vor dem Beginn der Beobachtung der REP durch die Verfassungsschutzbehörden an. Sie belegen die Kontinuität der rassistisch motivierten, ausländerfeindlichen Grundpositionen der REP, die gegen die Menschenwürde insbesondere der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer sowie das Verbot der Diskriminierung wegen der Rasse, des Glau-

bens, der Abstammung oder der Sprache verstoßen.

Wer – wie das Parteiprogramm der REP von 1993 – die Verantwortung für eine Vielzahl von Fehlentwicklungen und Problemlagen durchgängig an der Zielgruppe der Ausländer festmacht, mißachtet durch die Summierung der pauschalisierenden, den einzelnen Ausländer diffamierenden Programmaussagen deren Menschenwürde und verstößt in der Tendenz gegen das Verbot der Diskriminierung nach Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz.

Beobachtung der REP's durch die Verfassungsschutzbehörden

Das Bundesamt und die Landesbehörden für Verfassungsschutz hatten am 15. Dezember 1992 die Voraussetzungen für eine Beobachtung der REP als verfassungsfeindliche Partei grundsätzlich bejaht. Grundlage dieser Beurteilung waren Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden von Nordrhein-Westfalen und Hamburg, die die Partei bereits seit 1989 bzw. 1990 mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachteten. Diese Erkenntnisse beinhalteten nach Auffassung der Verfassungsschutzbehörden tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen bei den REP. Durch Anrufen der Verwaltungsgerichte in verschiedenen Ländern, so auch in Niedersachsen, versuchten die REP, die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln durch die Verfassungsschutzbehörden zu verhindern. Das Verwaltungsgericht Hannover untersagte dem niedersächsischen Landesamt am 29. November



DER

REPUBLIKANER

Seite 3: – Inquisition –
Hexenjagd auf die „Neue Rechte“

3-4/95 März / April 1995 Preis: 1,00 DM Offizielles Organ der Bundespartei 12. Jahrgang Z 1263 E

8. Mai 1945

Tag der Trauer und des Gedenkens

Fünf Jahrzehnte nach dem Kriegsende wird die deutsche Vergangenheit erneut bewältigt. Zum Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte sind „Befreiungsfeiern“ geplant. Der 8. Mai wird zum Freudentag umfunktioniert. Die vernichtende Niederlage Deutschlands und der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten werden verschwiegen. Dieser Geschichtsklitterung müssen wir entgegenzutreten. Dies erfordert schon die Achtung vor den ungezählten deutschen Opfern, die ihr Leben nicht nur vor dem 8. Mai, sondern auch noch danach verloren haben. In diesem Sinne hat das Bundespräsidium der Republik am Anfang April in Berlin folgende Stellungnahme verabschiedet:

Am 8. Mai führt sich zum fünfzigsten Male die bedingungslose Kapitulation der Streitkräfte des Deutschen Reiches. Der Zweite Weltkrieg endete an diesem Tage in Europa mit einer totalen militärischen Niederlage Deutschlands. Zugleich bedeutet dieser Tag das Ende der zwölfjährigen Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland.

Für uns REPUBLIKANER ist der fünfzigste Jahrestag des Kriegsendes kein Anlaß zur Freude oder zu Feiern. An diesem Tage gedenken wir in Trauer der Gefallenen und Toten aller am Zweiten Weltkrieg beteiligten Nationen, aller Opfer der Gewaltherrschaft, die wegen ihrer politischen Überzeugung, ihres Glaubens oder ihrer Zugehörigkeit zu einem anderen Volk oder einer anderen Rasse verfolgt und ermordet wurden sowie der zahllosen Opfer der Vertreibung aus dem deutschen Osten. Wir gedenken der in der Gefangenschaft umgekommenen Soldaten und der Opfer des Bombenterrors.

Mit dem 8. Mai 1945 war das Leid für unser Volk jedoch noch nicht beendet. Für Millionen Deutscher im Osten und für hundertausende kriegsgefangener Wehrmachtangehöriger begann erst nach dem 8. Mai 1945 ein namenloses Martyrium. Für zahllose russische Kriegsgefangene, die an die sowjetischen Truppen ausgeliefert wurden, begann der Todesmarsch in die sowjetischen Lager. Die von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager wurden, wie in Auschwitz und Buchenwald geschehen, von den Kommunisten zur planmäßigen Vernichtung von Menschen weiter betrieben. Nach dem 8. Mai 1945 be-

gannen die organisierte völkerverdrängende Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat im Osten und die Pogrome gegen Deutsche in den Ostgebieten.

Wir wollen kein Aufrechnen der Opfer, weil ein Unrecht kein anderes Unrecht rechtfertigen kann. Aber wir wenden uns gegen einseitige Schuldzuweisungen und gegen die einseitige Negierung der deutschen Opfer. Was für die Ermordeten in den Konzentrationslagern gilt, muß auch für die Opfer des Genozids an den Deutschen gelten. Zwischen den Toten in Auschwitz und Buchenwald vor und nach dem 8. Mai 1945 darf kein Unterschied gemacht werden. Wir wehren uns gegen das Versuch, die an den Deutschen verübten Verbrechen nachträglich mit den von Deutschen begangenen Untaten zu rechtfertigen, denn dies käme der Anwendung des Prinzipes gleich, wonach Gleiches mit Gleichem vergolten wird.

Wir den 8. Mai 1995 in Deutschland zum Anlaß für sog. Befreiungsfeiern nimmt, setzt sich mit menschenverachtendem Zynismus über das Leid der Menschen nach dem Kriegsende



So sahen die „befreiten“ deutschen Städte am 5. Mai 1945 aus

hinweg. Das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft stellte für die Häftlinge in den Konzentrationslagern, für die politischen Häftlinge, für die Kriegsgefangenen anderer Nationen und für die Regimegegner eine Befreiung dar. Für das deutsche Volk war es eine vernichtende Niederlage. Für Millionen Deutscher stand am Ende des Krieges eine „Befreiung“ von den Angehörigen, von der Heimat, von Haus und Hof und von Hab und Gut. Die im März 1945 gebilligte Direktive JCS 1067 für die amerikanischen Besatzungstreidekräfte stellt klar:

„Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besetzte Feindnation.“ Wir REPUBLIKANER maßen uns nicht an, fünfzig Jahre später selbstständig den Willen der Besatzungsmächte umzuinterpretieren, um uns nachträglich auf die Seite der Sieger schlagen zu können.

Mit dem 8. Mai 1945 begann die Teilung Deutschlands in Besatzungszonen. Dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus folgte in Mittel- und Ost-

deutschland die Terrorherrschaft des Kommunismus. Nur in den drei westlichen Besatzungszonen konnte sich im Laufe der Jahre ein freiheitlicher Rechtsstaat entwickeln, dem heute die Gefahr eines linken Gesinnungstotalitarismus droht.

Versöhnung setzt Vergebung voraus. Versöhnung und der Vorwurf der Alleinschuld schließen einander aus. Die Kollektivschuld eines Volkes gibt es nicht; Schuld kann ausschließlich der Einzelne tragen. Nur in gegenseitiger Anerkennung und Vergebung läßt sich der Frieden sichern.

Wir REPUBLIKANER fordern daher am 8. Mai 1995 alle Deutschen auf:

- der Opfer von Krieg und Gewaltverbrechen zu gedenken
- die Geschichte unseres Volkes vorurteilsfrei zu betrachten
- zur Sicherung von Frieden und der Freiheit nach Kräften beizutragen und die Versöhnung der Völker nach Kräften zu fördern.



Liebe Leser des Republikaners.

In eigenen Zeitschriften an die Redaktion wurde der verringerte Umfang der Zeitung beklagt. Ich darf daher an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, daß wir vorläufig nur Monatsausgaben der Parteilzeitung produzieren können. Solange wir vor der Alternative stehen, entweder keine Zeitung oder aber eine mit vier Seiten zu bekommen, ziehe ich persönlich letzteres vor. Zu den Sparmassnahmen: Bei dieser Ausgabe entstehen keinerlei Kosten für die Redaktion, da diese entweder eingepart oder aber von mir persönlich übernommen werden. Merke: Republikaner kommen auch mit schwierigen Verhältnissen zurecht. Wir wissen uns auch bei knappen Kassen zu helfen. Dies ist kein Dauerzustand. Wie werden die Zeitung sobald als möglich wieder im Umfang erweitern und monatlich erscheinen lassen. Bitte nicht böse ich um Geduld. Mit freundlichen Grüßen. Rolf Sellmer

Von Theresienstadt bis Breslau

„Berechnen, daß er später hingerichtet werden wird, die sich während der Besatzungszeit manches hatten zusehen. Man konnte lesen, aber die Mütter“, danach viele Kinder und Kinder, wurden blutig eingesperrt, wie die Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren...“ Der Satz klingt erschreckend realistisch, man hätte doch die „Wörter“ mit „Deutschen“ vertauscht. Die Feinde, in die man die Deutschen hatte, waren mit Hakenkreuzen beschriftet. Die

Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen nicht besser ergangen, als man es von den deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war... Das Lager stand in tschechischer Verwaltung, doch wurde von ihr nicht verhindert, daß Hunderte gefangene Frauen vergewaltigt... (Von Schriftsteller Dr. H. O. Adler über 1945 in der kommunistischen Lager für Deutsche kriegsgefangene ehemalige KZ-Häftlinge in dem er selbst als KZ-Häftling (1945))

„Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Regierungen übernommen worden. Meistens werden sie von politischer Milia gefoltert. In Schwabenzweig mit einem Gefängnis, die hoch verbunden oder zu Tode gerichtet werden. Nach der Nacht im kalten Wasser sterben. Sie sie sterben in Breslau gibt es früher, am dem 1. Tag und Nacht die Anführer der Opfer drängen.“ (R. W. Baurdorf an den Fürstigen Officer, über nach A. de Zoroff, Zeitscheite der Vernehmung.)

1993 die Beobachtung der REP mit nachrichtendienstlichen Mitteln²⁷⁾.

In zweiter Instanz hatte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg am 24. August 1994 die Berufung des Landes Niedersachsen gegen das Urteil des VG Hannover vom 29. November 1993 abgewiesen. Auf die vom Land eingelegte Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision hat das Bundesverwaltungsgericht am 9. Januar 1995 den Beschluß wegen eines schwerwiegenden Verfahrensfehlers aufgehoben und den Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Oberverwaltungsgericht zurückverwiesen.

Aufgrund des im Beschwerdeverfahren vorgelegten Materials und der inzwischen erfolgten Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) geht das Innenministerium davon aus, daß das Oberverwaltungsgericht die Beobachtung der REP mit nachrichtendienstlichen Mitteln für zulässig erklären wird.

Die Änderung des NVerfSchG beinhaltet im wesentlichen die Streichung der Aggressionsklausel, die das OVG Lüneburg nicht wie das Innenministerium als Konkretisierung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, sondern als Anhebung der „Eingriffsschwelle“ für das Tätigwerden des Verfassungsschutzes bewertet hatte.

Eine Entscheidung über die Berufung des Niedersächsischen Innenministeriums im Hauptsacheverfahren steht noch aus.

²⁷⁾ Die gerichtlichen Auseinandersetzungen sind in den Verfassungsschutzberichten 1993 und 1994 ausführlich dargestellt worden.

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Sitz		
Bund:	Villingen-Schwenningen	
Niedersachsen:	Braunschweig	
Vorsitzende		
Bund:	Harald NEUBAUER	
Niedersachsen:	Bernd Louis HEID	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	900	900
Niedersachsen:	50	20
Publikationen		
Bund:	Nation und Europa - Deutsche Rundschau (erscheint monatlich und fungiert als publizistisches Sprachrohr der DLVH, Auflage: 15.000)	
Land:	Die NORDLICHTER - Norddeutsche Rundschau (Informationsblatt für die Landesverbände Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt)	

Die DLVH ist die kleinste der rechtsextremistischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr erklärtes Ziel, „ein Sammelbecken der nationalen Kräfte in Deutschland zu werden“, hat sie bis heute nicht erreicht.

Die DLVH, 1991 gegründet und aus der rechtsextremistischen „Deutschen Allianz-Vereinigte Rechte“ hervorgegangen, vertritt einen völkischen Kollektivismus, der die Belange der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte überbewertet.

Ihre Agitation betreibt die DLVH auf der Basis nationalistischer, rassistischer und völkisch-kollektivistischer Vorstellungen, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind. Sie lehnt eine „multikulturelle Gesellschaft“ ab und fordert eine „Ausländerpolitik, die den berechtig-

ten Schutzinteressen des deutschen Volkes entspricht“. Daneben offenbart sie Tendenzen zur Relativierung der NS-Verbrechen, indem sie eine Geschichtsschreibung fordert, „die der Wahrheit entspricht“.

Die DLVH versuchte auch 1995 vergeblich, ihren Anspruch zu verwirklichen, die Sammlungsbewegung für alle Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland zu sein.

Insbesondere vor dem Hintergrund der deprimierenden Wahlniederlagen rechtsextremistischer Parteien in den letzten beiden Jahren propagierte der Bundesvorstand der DLVH in einem Mitgliederrundbrief erneut das alte Ziel, mit anderen Parteien des „rechten Lagers“ zusammenzuarbeiten:

„Keine der vorhandenen Parteien und Gruppierungen ist allein stark und flächendeckend genug, um aus eigener Kraft die breite Wählermasse anzusprechen ... Wir werden jetzt verstärkt alle Kontakte und Kanäle nutzen, um schon 1995 zu

Zwei Motive, mit denen Sie Flagge zeigen können! Je zweifarbiger Druck auf weißem Papier. Klebt überall bombenstark! Unsere Mitmachpreise:

je
 1 Muster: gratis
 10 Stck. 2,50
 50 Stck. 11,50
 100 Stck. 22,--
 500 Stck. 100,--
 1000 Stck. 185,--
 ca. 75 X 105 mm
 groß, wasser-
 abstoßend.

**WER ZU SPÄT KLEBT,
 DEN BESTRAFT DAS LEBEN!**

MOTIV 1:
 "Wir schämen
 uns NICHT,
 deutsch zu sein!"

1

**Wir
 schämen uns**

NICHT,

**deutsch
 zu sein!**

NATION & EUROPA

Die Monatszeitschrift für Patrioten



Multi-Kulti?

Nein danke!

NATION & EUROPA

V.S.B. & P. - Preiser - Darmstadt - Coburg

2

MOTIV 2:
 "Multi-Kulti?
 Nein Danke!"

**JETZT KLEBEN!
 SOFORT BESTELLEN!**

BESTELLEN BEI:

**NATION EUROPA
 VERLAG GMBH**

einem ‚runden Tisch‘ der deutschen Rechten zu gelangen.“

(aus: Mitgliederrundbrief der DLVH, November 1994)

Die Idee der „Runden Tische“ (siehe auch Seite 5) wurde von der DLVH in Nordrhein-Westfalen aufgegriffen. Dort fand am 10. Juni in Bergisch-Gladbach ein „Runder Tisch“ mit Beteiligung der „Konservativen und demokratischen Rechten im Rheinland“ unter Federführung namhafter DLVH-Funktionäre statt.

Die Teilnehmer unterzeichneten folgenden Appell:

„Hochrangige Funktionsträger sowie Aktivisten der REPUBLIKANER, der DVU, der DEUTSCHEN LIGA, der NATIONALDEMOKRATEN, vom AUFBRUCH '94, der FREIHEITLICHEN, der BÜRGER, der DSU sowie parteiungebundene Persönlichkeiten aus dem Rheinland trafen sich am 10. Juni 1995 in Bergisch-Gladbach auf Einladung des DEUTSCHE LIGA-Landesvorsitzenden RA Markus Beisicht und des EUROPA VORN-Herausgebers Manfred Rouhs zu einem ersten 'Runden Tisch der Konservativen und Demokratischen Rechten im Rheinland', um über die Bündelung der versprengten Kräfte von Rechts zu beraten. Die Versammlung, an der über 80 Personen teilnahmen, verabschiedete einstimmig folgende Erklärung:

Rheinischer Appell

Die jüngsten Landtagswahlen haben gezeigt, die potentiellen Wähler sind rechter Zwietracht im

parteipolitischen Bereich überdrüssig. Geringe Stimmzahlen für die antretenden Rechtsparteien und Flucht in die Wahlenthaltung sind die Folge. Man kann nicht glaubhaft den Anspruch erheben, die Einheit Deutschlands vollenden und dem ganzen Volk dienen zu wollen, wenn man nicht einmal die Einheit der Gleichgesinnten erreicht, die dazu bereit sind.

Die heute Versammelten sind sich einig, daß eine in Zukunft einheitlich auftretende politische Rechte den zu erwartenden harten Kampf bestehen und Erfolge erringen kann. Um die Einheit aller Patrioten (rechtzeitig) vorzubereiten, sollen ab sofort überall lokal, regional und letztendlich bundesweit unter dem Motto ‚Ein Herz für Deutschland‘ Runde Tische einberufen werden mit dem Ziel, ungeachtet früherer Auseinandersetzungen jede Person und jede Strömung solidarisch zu stützen, die auf eine Sammlung der demokratischen Rechten hinwirkt. Schafft viele Runde Tische, damit das Jahr 1995/96 für die deutsche Rechte ein Jahr der Versöhnung, Öffnung und Erneuerung wird! Nur gemeinsam läßt sich eine flächendeckende, schlagkräftige und glaubwürdige politische Alternative zum Bonner Altparteienkartell aufbauen, auf die unzählige Deutsche warten. Dieses Bündnis für Deutschland gilt es vorzubereiten – auf jeder Ebene und überall! Die Anwesenden verständigten sich ferner, den Meinungsaustausch auf weiteren Zusammenkünften fortzusetzen sowie den Kreis zu erweitern.“

Vom niedersächsischen Landesverband der DLVH gingen keine nennenswerten Initiativen aus. Der Mitgliederbestand ging von 50 auf 20 Personen zurück.

Die Monatszeitschrift „Nation und Europa - Deutsche Rundschau“, die aus der Fusion der „Deutschen Rundschau“ der DLVH und der Monatszeitschrift „Nation und Europa“ 1994 ent-

standen ist, fungiert als publizistisches Sprachrohr für die politischen Bestrebungen der DLVH. Sie wird von dem DLVH-Funktionär Peter Dehoust, dem früheren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden und dem Vorstandssprecher der DLVH, Harald Neubauer, herausgegeben.

Seit Oktober 1995 schreibt der frühere REP-Vorsitzende Schönhuber regelmäßig für diese Publikation.

Die Publikation für die Mitglieder in Norddeutschland „Die NORDLICHTER“ erschien zum Jahreswechsel mit einer Doppelausgabe.

*Dem Haß
keine Chance*

**ASYLBETRÜGER
RAUS**

**DEUTSCHE LIGA
FÜR VOLK UND HEIMAT**

Info: Postfach Fax
V.i.S.d.P.

**RECHTE
VEREINIGT
EUCH !**

*Dem Haß
keine Chance*

**AUS LIEBE ZUR HEIMAT
DEUTSCHE LIGA** 

Info: Postfach Fax
V. S. d. P.

LINKSEXTREMISMUS

Überblick

Linksextremisten verfolgen trotz unterschiedlicher ideologischer und theoretischer Positionen das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Während terroristische und militant-autonome Bestrebungen offen die Zerschlagung des staatlichen Systems anstreben, propagieren andere Gruppen und „Parteien“ unverändert und ohne Resonanz den Klassenkampf nach marxistisch-leninistischem Vorbild.

Zu diesen Gruppierungen zählen insbesondere:

- die Marxistische Gruppe (MG),
- die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD),
- der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) und
- die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), seit Juni 1995 Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP).

In den vergangenen Jahren war der Antifaschismuskampf ein zentrales, organisationsübergreifendes Agitationsfeld der Linksextremisten. 1995 haben sich die Themenfelder Internationalismus und Anti-Akw-Kampf in den Vordergrund geschoben. Autonome hoffen, durch militante Angriffe im Zusammenhang mit den CASTOR-Transporten in den Landkreis Lüchow-Dannenberg zu neuen Erfolgen bei ihrer Bündnispolitik zu kommen. Terroristen wie die Mitglieder der Antimperialistischen Zelle (AIZ) unterstützen

den Kampf der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und anderer „Befreiungsbewegungen“.

Auch andere Linksextremisten, zu denen insbesondere Autonome gehören, unterstützen die PKK. Sie sind in Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereinen oder in Kurdistan-Solidaritätsgruppen engagiert.

Die Bearbeitung der Verdachtsmomente bzw. die Beobachtung linksextremistischer Bestrebungen innerhalb der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) erfolgt in den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder nicht einheitlich.

In ihrer Antwort vom 22. 02. 1996 (Bundestagsdrucksache 13/3830) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung als „offen linksextremistisch agierende Gruppe“ in der PDS insbesondere die „Kommunistische Plattform der PDS“ (KPF) mit ca. 5.000 Mitgliedern benannt und mit dieser Bewertung begründet:

„Die KPF bekennt sich seit ihrer Gründung Ende 1989 offen zum Marxismus-Leninismus. In ihren „Thesen zum inhaltlichen Selbstverständnis der Kommunistischen Plattform der SED-PDS“ betonte sie am Gründungstag:

„Die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem Wissenschaftlichen Kommunismus, mit dem Marxismus-Leninismus, zu verbinden, aufgrund der marxistisch-leninistischen Analyse der realen Gesellschaftsentwicklung Strategie und Taktik zu bestimmen und Politik zu organisieren – ist vornehmste Aufgabe der Kommunisten und sie bleibt es.“

Nach einer programmatischen Erklärung vom Februar 1994, verfaßt von drei damaligen Sprechern der KPF, bildet der wissenschaftliche Kommunismus, wie er durch Lenin, Luxemburg, Gramsci, Trotzki, Bucharin oder Mao Tse-Tung weiterentwickelt worden sei, die Grundlage für die Politik der KPF. Ziel der KPF sei die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft. Die praktische Politik der KPF sei aus den Gemeinsamkeiten mit allen Linken und dem originär Kommunistischen abzuleiten. Das Verhältnis von Revolution und Reform sei in dialektischer Einheit zu sehen ... Immer müsse eine echte Reform der Vorbereitung und Durchsetzung revolutionärer Prozesse dienen. In einem Thesenpapier der PDS, das überwiegend von Funktionären der KPF u. a. von Michael Benjamin, Sahra Wagenknecht und Ellen Brombacher im Rahmen der Strategiedebatte in der PDS erarbeitet wurde, wird das Oppositionsverständnis der Partei dahin definiert, daß Opposition sowohl auf Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems als auch langfristig auf dessen Überwindung, auf die Verwirklichung der grundsätzlichen sozialistischen Zielstellungen der PDS abziele. (Zitiert nach: „Neues Deutschland“ vom 10./11. Juni 1995) In einer gemeinsamen persönlichen Erklärung zur „Stalinismusdebatte“ bekennen sich Prof. Michael Benjamin, Ellen Brombacher, Thomas Hecker, Prof. Heinz Karl, Dr. Heinz Marohn und Sahra Wagenknecht zur Legitimität des frühen Sozialis-

mus und bedauern zutiefst, daß der Beginn realer sozialistischer Entwicklung zumindest in Europa vorerst abgebrochen sei (Kommunisten in der PDS, Sonderheft der KPF der PDS, Juni 1995, S. 9).

Parlamente will die KPF zur Verbreitung sozialistischer Zielstellungen instrumentalisieren. Nach dem vorgenannten Thesenpapier wird dazu ausgeführt, daß die Tribüne der Parlamente Öffentlichkeit für linke sozialistische Politik ermögliche.“

Der Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1995 dokumentiert Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen aus den Gründungsmaterialien für eine „Kommunistische Plattform in/bei der PDS NRW (KPF)“:

„Wir beabsichtigen, solche kommunistischen Ideale wie z. B.

- die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen durch die Überwindung der Herrschaft des Kapitals,
- das Streben nach einer Welt des Friedens, der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie innerhalb und außerhalb der PDS NRW zu propagieren und die Ideen von Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderen Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus zu diskutieren und ihnen neue Anhänger zu gewinnen.

Wir wollen so einen wirksamen Beitrag gegen Tendenzen einer „Sozialdemokratisierung“ und für konsequentes Linkssein der PDS auf NRW-Ebene leisten. Dabei werden wir

sehr eng mit der kommunistischen Plattform (KPF) beim Parteivorstand der PDS zusammenarbeiten.

Wir streben an, daß die PDS NRW mit der DKP und anderen kommunistisch orientierten Parteien und Gruppen immer enger im Interesse einer linken Alternative für NRW auf kommunaler und Landesebene zusammenarbeitet.“

(aus PDS-Rundbrief 5/95)

Von der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde wurden wie im Vorjahr auch 1995 Verdachtsmomente daraufhin geprüft, ob in der PDS bzw. der Kommunistischen Plattform und der Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) in und bei der PDS linksextremistische Bestrebungen entwickelt und vertreten werden. Eine gezielte Informationserhebung fand auch in diesem Berichtszeitraum nicht statt.

Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund

1995 wurden im Bundesgebiet 565 Gewalttaten mit erwiesenem oder zu

vermutendem linksextremistischem Hintergrund erfaßt, darunter acht Sprengstoff- und 86 Brandanschläge.

Die Zahl der Gewalttaten ist insgesamt gegenüber 1994 (666 Gewalttaten) um 15 % zurückgegangen. Ein deutlicher Rückgang ist bei den Brandanschlägen um 22 % (von 110 auf 86) und bei den Körperverletzungen um 42 % (von 60 auf 35) zu verzeichnen. Während die Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung um 28 % von 305 auf 220 zurückgingen, stiegen die gefährlichen Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Straßenverkehr um 27 % von 90 auf 114.

In Niedersachsen ist dagegen eine prozentuale Steigerung um 20 % von 699 auf 839 Straftaten insgesamt zu verzeichnen.

Dabei sind die Straftaten gegen politisch Andersdenkende um 88 % von 168 auf 20 zurückgegangen, während die Straftaten militanter Kernkraftgegner von 234 auf 460 (+ 97 %) gestiegen sind.

Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund – Bundesgebiet²⁸⁾

	1994	1995
Tötungsdelikte	—	—
Schußwaffenanschläge	2	1
Sprengstoffanschläge	7	8
Brandanschläge ²⁹⁾	110	86
Landfriedensbrüche ³⁰⁾	70	73
Körperverletzungen	60	35
Widerstandshandlungen	15	23
Raubüberfälle	7	5
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Straßenverkehr	90	114
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	305	220
Gesamt	666	565

Antiiperialistische Zelle (AIZ)

Die AIZ ist die bedeutendste und gefährlichste linksterroristische Organisation in der Bundesrepublik. 1995 gingen vier Anschläge auf ihr Konto. Die Gesamtzahl der AIZ-Anschläge seit 1992 erhöhte sich damit auf neun. Trotz teilweise scharfer Kritik linksextremistischer Gesinnungsgenossen an Art und Durchführung ihres „Kampfes“ hat sich die AIZ offenkundig in ihrer Außenseiterrolle eingerichtet. Die terroristischen Aktivitäten der AIZ, deren potentielle Opfer wegen der Zielrichtung ihrer Anschläge gegen breitere Führungsschichten in Politik und Wirtschaft nicht eingrenzbar waren, erstreckten sich bislang auf Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen.

Folgende Anschläge wurden 1995 verübt:

● 22. Januar

Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des ehemaligen parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Volkmar Köhler in Wolfsburg.

Die AIZ versteht diesen Anschlag entsprechend ihrer Taterklärung als Beitrag zum Befreiungskampf der marokkanischen und sahrauischen Fundamentalopposition. Weitere Angriffe auf Wohn- und Arbeitsplätze von „brd-eliten“ werden angedroht.

● 23. April

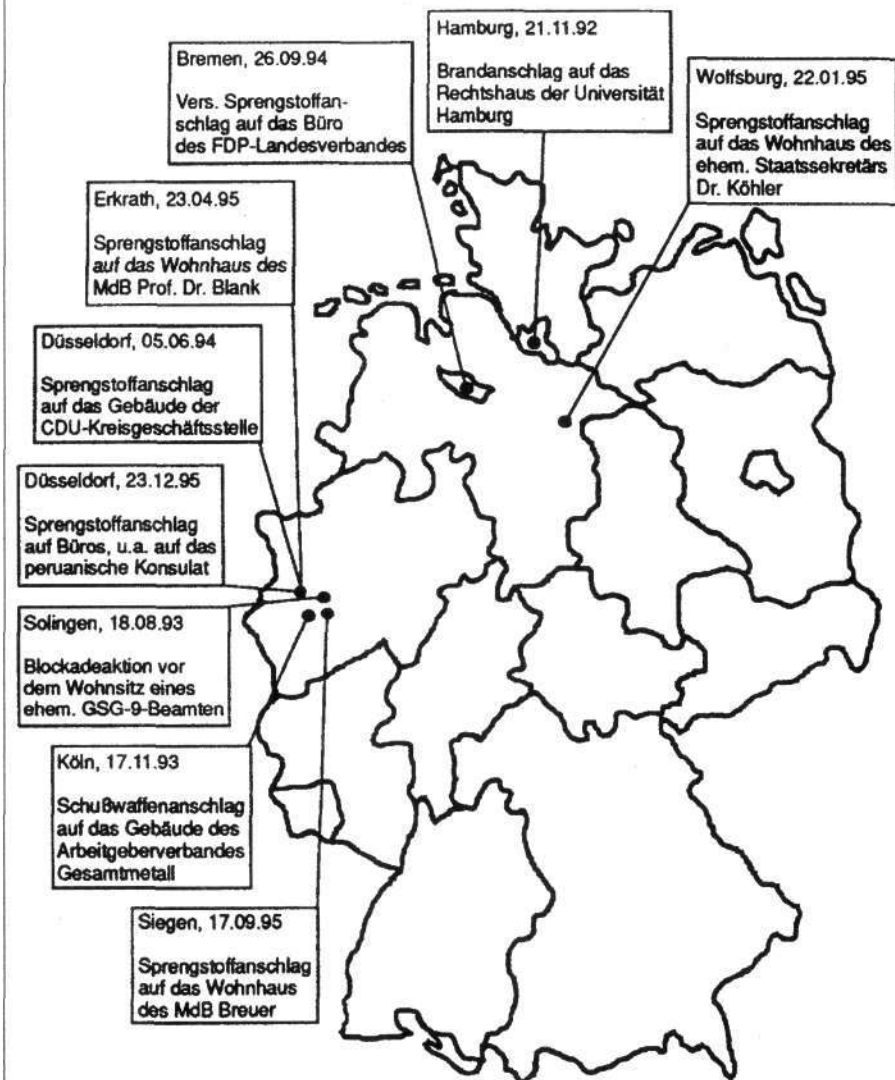
Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus von MdB Prof. Dr. Blank in Erkrath bei Düsseldorf. In der Taterklärung wird die deutsche Politik thematisiert, u.a. die angebliche Rolle

²⁸⁾ Sofern die Vergleichszahlen für 1994 von früheren Statistiken abweichen, beruhen die jetzigen Angaben auf einem aktuelleren Erkenntnisstand.

²⁹⁾ Umfaßt Brandanschläge und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln.

³⁰⁾ 1994: 54 Fälle mit Körperverletzungen, 1995: 42 Fälle mit Körperverletzungen

Anschläge und Erklärungen der AIZ



Deutschlands als Kriegspartei in Kurdistan, und die Vorbereitung der Bundeswehr für militärische Einsätze.

● 17. September

Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus von MdB Breuer in Siegen.

Ausführlich wird der Bundeswehreinsatz in Bosnien behandelt und Kritik am "Nicht-Verhalten der brd-linken" geübt. Der BRD wird gedroht, sie mit militanten Aktionen weiterhin permanent unter Druck zu setzen.

● 23. Dezember

Sprengstoffanschlag auf einen Bürokomplex in Düsseldorf, in dem u. a. das peruanische Honorarkonsulat untergebracht ist.

In der 24seitigen Taterklärung heißt es, man habe dort einen Sprengsatz deponiert, um „die situation der menschen in peru“ zu thematisieren.

Nach dem Anschlag auf das Wohnhaus des ehemaligen parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Köhler in Wolfsburg setzte die AIZ mit den folgenden Anschlägen nach ähnlichem Muster ihr Konzept der „potentiell tödlichen aktionen/ bedrohung“ fort, das sie schon in einer Erklärung vom 13. Dezember 1993 angekündigt hatte. In einem Positionspapier von Anfang November 1994 hatte sie geschrieben:

„unsere politik wird dahin gehend orientiert sein, dort militant/bewaffnet anzugreifen, wo die brd-eliten ihre arbeitsplätze bzw. ihre wohnsitze haben.“

In ihrer letzten Taterklärung zum Sprengstoffanschlag am 23. Dezember

auf einen Bürokomplex in Düsseldorf grenzt sich die AIZ ideologisch vom antiimperialistischen Spektrum in Deutschland ab. Sie kritisiert offensiv dessen politisch-praktische Konzeptionen. Gegenüber deutschen Linksextremisten bewertet die AIZ „einige wenige kommunistische gruppierungen“ sowie „eine große zahl revolutionär-islamischer bewegungen“ als Vorbilder im internationalen antiimperialistischen Kampf:

„die antiimperialistische zelle wird in zukunft ihre aktivitäten verstärkt in den zusammenhang derjenigen stellen, die in militanter form auf revolutionär-islamischer grundlage den imperialismus herausfordern.“

Es könne von einer „epoche des islamischen widerstands“ gesprochen werden. Die AIZ macht mit diesen Ausführungen deutlich, daß sie unter deutschen linksextremistischen Gruppierungen nicht mehr nach Bündnispartnern sucht.

Erneut greift die AIZ in ihrer Düsseldorfer Taterklärung mit der Parteinahme für maoistische peruanische Linksextremisten ein Thema auf, das kaum geeignet erscheint, große Kreise von Linksextremisten in Deutschland zu mobilisieren. Es liegt auch jenseits gängiger linksextremistischer Argumentation und Agitation in der Bundesrepublik.

Erstmalig nimmt die Gruppierung die „mehrheit der brd-gesellschaft“ in die Verantwortung, weitere Anschläge der AIZ zu verhindern. So habe es die „metropolitane gesellschaft“ in der Hand, die Politik der „brd-eliten“ so zu beeinflussen, daß solche Aktionen

nicht mehr nötig seien. Diese Textpassage korrespondiert mit der Konzeption der – mit hohen Risiken für Unbeteiligte verbundenen – Sprengstoffanschläge. Es ist daher zu befürchten, daß die AIZ die Gefährdung unbeteiligter Dritter nicht mehr nur billigend in Kauf nimmt, sondern künftig den Kreis der potentiellen Opfer über die angesprochenen „brd-eliten“ hinaus ausdehnt.

Auf Antrag des Generalbundesanwalts hat der Ermittlungsrichter beim BGH am 26. Februar 1996 Haftbefehle gegen die Physikstudenten Bernhard Johannes F. aus Mönchengladbach und Michael S. aus Rellingen wegen des dringenden Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a StGB), des versuchten Mordes (§§ 211, 22, 23 StGB), des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion (§ 311 StGB) und anderer Straftaten erlassen.

Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen wird den Beschuldigten zur Last gelegt, seit spätestens Dezember 1995 der terroristischen Vereinigung AIZ anzugehören, die seit 1992 mehrere Brand-, Schußwaffen- und Sprengstoffanschläge, zuletzt am 23. Dezember 1995 auf den Sitz des peruanischen Honorarkonsuls in Düsseldorf verübt hat. In der Tatnacht dieses letzten AIZ-Anschlages befand sich nach Feststellungen des BKA das Kraftfahrzeug des Beschuldigten S. ca. zwei Stunden vor der Explosion des Sprengsatzes für die Dauer von 30 Minuten ungefähr zwei Kilometer vom Tatort entfernt.

Ferner konnte festgestellt werden, daß das Fahrzeug in derselben Nacht im Raum Göttingen gewesen ist; in

Göttingen waren die Selbstbezeichnungsschreiben der AIZ zur Post gegeben worden.

Die Festnahme der beiden mutmaßlichen AIZ-Angehörigen erfolgte am 25. Februar gegen 23.15 Uhr durch Polizeikräfte in Witzhave (Schleswig-Holstein), nachdem im Berliner Umland zwei Personen – mit hoher Wahrscheinlichkeit die Beschuldigten – bei der Räumung von Erddepots festgestellt worden waren. Darin hatten F. und S. etwa zwei Wochen zuvor in Flaschen verfülltes Schwarzpulver eingelagert.

Kritik von Linksextremisten an der AIZ

Am 10. April ging verschiedenen Nachrichtenagenturen ein mit „Gruppe Barbara Kistler“ unterschriebenes Papier zu, in dem die anonymen Verfasser die AIZ auffordern, „ihr Projekt aufzulösen“; die AIZ erfülle keines der Kriterien, an denen revolutionäre Gruppen zu messen seien. Diese ignoriere die im April 1992 von der RAF vollzogene Zäsur. Durch einfache Fortsetzung des „offensichtlich Gescheiterten“ negiere die AIZ den Versuch der RAF, Richtiges zu bewahren und Falsches zu verworfen, eine Methode, die immer noch grundlegender Bestandteil revolutionärer Entwicklung sei.

Die AIZ verstoße auch gegen den Grundsatz der „revolutionären Verantwortung“. Eine Gefährdung von Personen, die verantwortliche Positionen bei einem angegriffenen Ziel haben (sog. Beteiligte), sei sorgfältig gegen den politischen Nutzen abzuwägen. Eine „der Zweck heiligt die Mittel“-Skrupellosigkeit müsse abgelehnt wer-

den. Zumindest die Anschlagversuche der AIZ auf das Büro der F.D.P. in Bremen am 24./25. September 1994 und das Wohnhaus von Dr. Köhler in Wolfsburg am 22. Januar seien nicht zu akzeptieren, weil eine Gefährdung auch von Unbeteiligten bestanden habe. Die Verfasser meinen, gezielte Angriffe auf Personen kämen bei den derzeitigen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht in Betracht, weil dadurch jegliche Versuche zerstört würden, militante Politik über einen kleinen Kreis hinaus zu vermitteln. Zusätzlich sehen die Autoren in der Art des Anschlags auf das Wohnhaus von Dr. Köhler (Sprengsätze) eine Unverhältnismäßigkeit der Mittel sowie fehlende Verankerung des Angriffs: er sei weder in der „radikalen Linken“ noch in der Bevölkerung vermittelbar.

Auch der vorgeblich antiimperialistische Politikansatz der AIZ, insbesondere die positive Bezugnahme im AIZ-Papier vom 13. Februar auf den libyschen Revolutionsführer Ghaddafi und die islamisch-fundamentalistischen Bewegungen verdiene Kritik. Nur einem antiimperialistischen Kampf, der auch die Befreiung von patriarchalen Strukturen berücksichtige, könne praktische internationale Solidarität zukommen.

Abschließend gehen die Autoren auf die derzeitige – nach ihrer Auffassung – von Aufsplitterung und Zerfall gekennzeichnete Situation der „radikalen Linken“ in Deutschland ein. Eine neue gesellschaftliche Basis revolutionärer Politik könnte aus Gruppen gebildet werden, die sich mit den Auswirkungen der jetzigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung beschäfti-

gen, z. B. Stadtteilgruppen, Obdach- und Arbeitsloseninitiativen und Antirassismusgruppen. Dort verankerte militante und bewaffnete Initiativen hätten die Möglichkeit, diesen Bewegungen den Rücken zu stärken und Forderungen Druck zu verleihen. Damit würde die Allmacht des Kapitals in Frage gestellt und neben einer Schwächung des Staates könne eine Stärkung der radikalen Bewegungen bewirkt werden.

Das autonome Rhein-Main-Info „SWING“ kommentiert in seiner Mai-Ausgabe, daß militante Aktionen gegen den Castor-Transport ins niedersächsische Gorleben in der Szene besser zu vermitteln seien als die Anschläge der AIZ. Dem AIZ-Konzept fehle die perspektivische Wirkung gezielter Sabotageaktionen, die in Kampagnen und soziale Konflikte ein- und angebunden seien.

Deshalb seien diese Aktionen nicht politisch vermittelbar:

„die oben genannten militanten aktionen, erst recht in bezug auf die breite Vermittlung gegen den castor, zeigen doch auf, wie sabotage effizient und wirkungsvoll eingreifen kann; wie genau das druck ausüben kann, von dem die aiz in der tat nur träumen kann. ihre ‚potentiellen tödlichen aktionen‘ als ‚frontabschnitt im internationalen kampf um befreiung‘ bringt die aiz in bedenkliche nähe zu der logik, die mitte der 80er zur tötung des us-soldaten pimental geführt hat. das ziel, die brd-eliten verunsichern zu wollen, ist zweifellos berechtigt. die art und weise – mittels sprengstoff – aktionen am wohnhaus einer

2. garnitur-person, den kaum jemand kennt – halten wir – trotz alarmsirene – für höchst fragwürdig. zumindest zur zeit sehen wir darin keine orientierung!"

Im Januar 1996 hat die Schärfe der Attacken von Linksextremisten gegen die AIZ weiter zugenommen. So erklärten die Herausgeber des Berliner autonomen Szeneblattes "INTERIM"³¹⁾ in der Ausgabe vom 11. Januar 1996, daß sie AIZ-Papiere bis auf weiteres nicht mehr veröffentlichen wollen. Sie beziehen sich auf die Selbstbezeichnung der AIZ zum Anschlag auf das Gebäude des peruanischen Konsulates in Düsseldorf und schreiben:

„... in eurer 24seitigen Erklärung ... bleiben Fragen über Fragen: Was heißt es konkret, wenn ihr schreibt, ihr hättet ‚den Islam als revolutionäre Waffe in voller Schärfe und Schönheit kennenlernen dürfen‘? ... Die Iranische Revolution, die ihr immer wieder anführt, ... steht auch dafür, wie eine revolutionäre Massenbewegung in ihrem eigenen Blut ertränkt wurde ... Wie emanzipatorisch ist der ‚islamische Widerstand ... von Tadschikistan bis zu den Philippinen‘ tatsächlich? Auf wen waren die Nagelbomben gerichtet, die in Pariser U-Bahn-Eingängen ‚den Imperialismus herausgefordert‘ haben? Wir finden, die Undifferenziertheit (nicht nur) in euren Erklärungen stinkt zum Himmel! Aus diesem Grund wollen wir eure Erklärungen vorerst nicht mehr abdrucken. ‚Inshallah‘“

³¹⁾ "INTERIM" ist eine der führenden Zeitschriften militanter Linksextremisten in der Bundesrepublik Deutschland.

Verbindungen nach Niedersachsen

In Göttingen waren die Taterklärungen der AIZ zu den Anschlägen am 17. September und 23. Dezember abgesandt worden. Am 18. Dezember war darüber hinaus von Unbekannten in Göttingen ein Drohschreiben an einen Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof per Fax gesendet worden. Das Sendeprotokoll wies als Adresse das „Jugendzentrum Innenstadt“ (JuZI) aus. Inhaltlich ging es in dem Fax um die Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf die JVA in Weiterstadt und der Untergrundzeitschrift „radikal“, die – so die Verfasser – „einen weiteren Angriff auf linke Strukturen“ darstelle. Unterzeichnet war die Erklärung mit „JuZI-Feuerzangenbowle – Göttingen 171295“. Die „JuZI-Vollversammlung“ distanzierte sich am 28. Dezember öffentlich von dem Drohschreiben.

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die Kommandoebene der RAF, die mit ihrer Deeskalationserklärung aus dem Jahr 1992 im gesamten RAF-Gefüge (RAF-Häftlinge und RAF-Umfeld) eine heftige Diskussion über die weitere „Politik“ der RAF hervorgerufen hatte, meldete sich 1995 weder mit Erklärungen noch mit Taten zu Wort. Der durch die letzten Erklärungen der RAF hervorgerufene Bruch zwischen Befürwortern oder Ablehnern der „neuen RAF-Politik“ hat sich verfestigt.

Zur Zeit sind im RAF-Gefüge folgende Richtungen erkennbar:

1. Die Personen, die die Handlungsweise der RAF bis zu den Erklärungen der Kommandoebene aus dem Jahre 1992 und danach für richtig halten und weiter fortführen wollen. Zu diesen Hardlinern gehören die Inhaftierten um Brigitte Mohnhaupt, Eva Haule, Adelheid Schulz, Helmut Pohl und Christian Klar. Dieser Personenkreis ist nicht bereit, auf den bewaffneten Kampf mit Mordaktionen auf Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Repressionsapparat (Polizei, Justiz und Militär) zu verzichten.

2. Die Kommandoebene der RAF um Birgit Hogefeld und deren Umfeld setzen auf eine Neuorientierung "revolutionärer Politik" und unterstützen eindeutig die Erklärungen der RAF von 1992. Zu diesem Kreis gehören auch die früher in der JVA Celle inhaftierten Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts, die am 26. 04., 10. 05. und 13. 11. 1995 auf Bewährung aus der Haft entlassen worden sind.

Birgit HOGEFELD zur Geschichte der RAF

Birgit Hogefeld, gegen die seit dem 15. 11. 1994 vor dem Staatsschutzsenat des OLG Frankfurt/Main u.a. wegen Mordes und Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung RAF verhandelt wird, veröffentlichte in dem von Angehörigen des RAF-Umfeldes herausgegebene „Info zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld“ eine Erklärung zu dem Prozeß. Darin setzt sie sich mit der Geschichte der RAF auseinander und dem, was daraus zu lernen sei. Sie

selbst sehe sich zu dieser Erklärung befugt, da ihr Lebensweg 20 Jahre eng mit der RAF verbunden sei und sie für deren Geschichte Verantwortung trage. Vor allem wolle sie die Geschichtsschreibung über die RAF nicht der Bundesanwaltschaft und Abtrünnigen aus der RAF (von Book bis zu den DDR-Aussteigern) überlassen. Diese hätten ehemalige Genossen verraten, um ihre Haut zu retten.

Besonders betont Hogefeld, daß die Erschießung des US-Soldaten Edward Pimental (zur Vorbereitung des Sprengstoffanschlages auf die US-Airbase Frankfurt/Main am 08. 08. 1985) eine der schlimmsten Fehlentscheidungen der RAF gewesen und mit revolutionärer Moral nicht vereinbar sei. Diese Aktion der RAF sei anderen linken Gruppen nicht vermittelbar gewesen. Einer Diskussion darüber habe sich die RAF entzogen und sich dadurch zunehmend selbst isoliert. Die RAF habe nur noch in einem „Schwarz-Weiß-Schema“ gedacht. Die Einordnung in „Mensch oder Schwein“ habe der RAF das Erkennen der Komplexität und Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit verhindert. Alles sei auf „NATO zerschlagen“ und „das imperialistische System zerrütten“ ausgerichtet gewesen. Versuche von Genossen, sie von dieser Strategie abzubringen, habe die RAF abgeblockt.

Zusammenfassend sieht Hogefeld die Auswirkungen der RAF-Strategie von 1978 bis 1992 folgendermaßen:

„Wir standen neben den Kämpfen und Bewegungen der Linken, ohne daß es eine konkrete politische Beziehung und ein Zusammenwirken über die Tatsache hinaus, daß

wir gegen denselben Gegner kämpfen, gegeben hätte."

Aus diesen Erfahrungen müsse die radikale Linke vor allem eine Konsequenz ziehen:

„Militanz und militärische Eskalation können nie Kompensation für den Aufbau, die Verankerung und Ausweitung einer politischen Kraft sein.“

Der Aufbau einer relevanten Gegenmacht erfordere für die „Bestimmung zukünftiger Kämpfe“ sowohl die genaue Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation wie auch die Berücksichtigung der „Erfahrungen und Erkenntnisse aus den letzten 25 Jahren“.

Die Prozeßklärung von Hogefeld ist als eine neue Aufforderung an die „revolutionäre Linke“ in Deutschland zu werten, die Geschichte des „revolutionären Widerstandes“ kritisch aufzuarbeiten und Konsequenzen für eine Neubestimmung revolutionärer Politik zu ziehen. Diese wird von Birgit Hogefeld nach wie vor für erforderlich gehalten.

Erneuter Prozeß gegen das ehemalige RAF-Mitglied Sieglinde HOFMANN

Am 29. August wurde vor dem Oberlandesgericht Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen Hofmann eröffnet. In dem Verfahren wurde Sieglinde Hofmann die Beteiligung

- am versuchten Anschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe im August 1977,

- an der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer und der Ermordung dessen vier Begleiter im September 1977 in Köln sowie
- am Sprengstoffanschlag auf den NATO-Oberbefehlshaber, US-General Alexander Haig, im Juni 1979 in Obourg/Belgien

vorgeworfen.

Die erneute Anklage wurde aufgrund von Kronzeugenaussagen ehemaliger RAF-Mitglieder ermöglicht. Hofmann wurde am 26. September wegen der ihr zur Last gelegten Straftaten zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Bereits im Juni 1982 war sie vom Oberlandesgericht Frankfurt/Main wegen ihrer Beteiligung an der versuchten Geiselnahme zum Nachteil des Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, im Juli 1977 und wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung RAF zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt worden. Diese Strafe hatte sie im Mai 1995 verbüßt, verblieb jedoch wegen der neuen Tatvorwürfe in Untersuchungshaft.

Sieglinde Hofmann, die wegen ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen während der Haft und des Prozesses zu den Hardlinern der RAF-Inhaftierten gerechnet werden muß, zeigte auch im Verlaufe ihres zweiten Prozesses keinerlei Reue oder Einsicht. Sie bezeichnete dieses Gerichtsverfahren als „Schauprozeß“.

Freilassungskampagne des RAF-Umfeldes für Mumia Abu-Jamal

Die bereits seit Jahren besonders aus dem RAF-Umfeld betriebene Kampagne „Free Mumia Abu Jamal“³²⁾ wurde auch 1995 fortgesetzt.

In dem Berliner Szenenblatt „INTERIM“ (Nr. 319 vom 16. Februar) wurde darauf hingewiesen, daß der neugewählte Gouverneur von Pennsylvania mit der Unterzeichnung von 60 Hinrichtungsbefehlen beginnen wolle. Darunter sei auch die Hinrichtung von Abu-Jamal. Damit sei das Leben von Abu-Jamal unmittelbar bedroht. In dieser Situation komme es darauf an, u.a. mit „Solifaxen“ und Telegrammen für Abu-Jamal auf den neuen Gouverneur einzuwirken. Dazu heißt es wörtlich:

„Wir denken, daß Mumia im momentanen politischen Klima in den USA nur dann eine Chance hat, zu überleben, wenn es sowohl in den USA als auch hier und in anderen europäischen Staaten gelingt, die Kampagne noch einmal zu eskalieren.“

In welche Richtung diese „Eskalation“ gehen könnte, deutete die „INTERIM“-Redaktion an. Angesichts der zuge-spitzten Situation müsse man „reagieren“:

„Es gibt viele US-amerikanische Einrichtungen und Firmen, die bereit sind, das Ausmaß unserer Wut in die Staaten zu übermitteln.“

Darüber hinaus organisierten im April 1995 Angehörige des RAF-Umfeldes

mit Vertretern nationaler und ethnischer Minderheiten aus den USA unter dem Motto „Im Herzen ein Feuer - Widerstand in den USA“ eine Rundreise durch die Bundesrepublik, um in der „Linken“ Unterstützung für eine Begnadigung Abu-Jamals zu erreichen. Das Ergebnis dieser Rundreise war eher negativ. An der Organisation dieser Rundreise waren auch Angehörige des RAF-Umfeldes aus Niedersachsen beteiligt.

Nach der Unterzeichnung des Dokuments zur Vollstreckung des Todesurteils u.a. gegen Abu-Jamal wurde die linksextremistische Szene in Deutschland wieder aktiv. Autonome und anti-imperialistische Gruppierungen riefen über Publikationen und Mailboxen zu Protestkundgebungen gegen die Hinrichtung auf.

Im Juli kam es zu Anschlägen in Kassel und Berlin. Im August wurde die Vollstreckung der Todesstrafe an Abu-Jamal bis auf weiteres ausgesetzt.

Revolutionäre Zellen (RZ) / Rote Zora

Terroristen der RZ verfolgen unverändert das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung revolutionär zu ändern. Die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Industriestaaten werden als imperialistische Staaten diskreditiert, deren Politik auch mit „bewaffneten“ Aktionen bekämpft werden müsse. Dazu gehörten insbesondere Brand- und Sprengstoffanschläge, die in der links-extremistischen Anhängerschaft vermittelbar seien und die neue Protestbewegungen erzeugen könnten. Mit dieser Konzeption stoßen die RZ in der

³²⁾ Der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Funktionär der Black Panther Party und Präsident der Association of Black Journalists in Philadelphia/USA, war im Jahre 1982 wegen Mordes an einem Polizisten zum Tode verurteilt worden.

militanten linksextremistischen Szene bis hin zum RAF-Unterstützerbereich auf zunehmendes Interesse. Ihre Strategie, "bewaffnete" Aktionen nicht aus dem Untergrund (wie es die RAF-Kommandoebene jahrelang praktiziert hatte), sondern aus der Legalität durchzuführen, fand in der Szene Unterstützung.

Revolutionäre Zelle will Bau der Transrapid-Bahn verhindern

Am 21. Juni ging bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Osnabrück eine Erklärung Revolutionärer Zellen zu dem Bau einer Transrapid-Trasse ein. Die unbekanntenen Verfasser des Papiers erklären:

„wie wollen Sie denn z. B. verhindern, daß die äußerst sensible Baustelle, die ab Baubeginn besteht, auch weiter von effektvollen Attacken heimgesucht werden? Wie wollen Sie der mobilisierten Öffentlichkeit die durch etwaige Überwachungsmaßnahmen in noch gigantischere Höhen steigende Kosten für dieses großartig nutzlose Bauwerk erklären?“

Weiter heißt es: Der Bau der Magnetschwebebahn sei ein Projekt einer von aller moralischen und sozialen Verantwortung verlassenen Politik. Allerdings sei man nicht so vermessen zu glauben, daß mit einer solchen einzelnen Aktion das Kräfteverhältnis wesentlich verändert werden könne; dies sei nur durch einen massenhaften Protest sowie durch gesellschaftlichen Druck zu erzielen. Jede einzelne Aktion sei

deshalb als „Nadelstich“ zum Erreichen dieses Zieles wichtig. Die Vorstellung von einer anderen, revolutionär-antiimperialistischen Gesellschaft auf der Basis von Solidarität lebe in vielen Herzen.

In dem Schreiben wird auch behauptet, einen Bombenanschlag auf die Teststrecke des Transrapid im Emsland in der Nacht zum 12. Juni verübt zu haben. Suchaktionen der Polizei ergaben allerdings keinerlei Hinweise auf einen erfolgten oder versuchten Sprengstoffanschlag.

„Rote Zora“ verübt Sprengstoffanschlag auf die Lürssen-Werft in Lemwerder

Anhängerinnen der „Roten Zora“, einer autonomen Frauengruppe innerhalb der Revolutionären Zellen verübten am 24. Juli einen Sprengstoffanschlag auf die Lürssen-Werft in Lemwerder. Die Täterinnen hatten an der Außenwand einer Werkhalle ein mit Sprengstoff gefülltes Glasfibrerrohr zur Zündung gebracht und ein Loch in die Wand gesprengt.

In einer mehrseitigen Taterklärung an die „Frankfurter Rundschau“ bezeichnete die „Rote Zora“ den Anschlag als Aktion gegen die Lürssen-Werft als Rüstungslieferant – diese Firma habe „mehr Kriegsschiffe in mehr Länder dieser Welt geliefert und mehr Menschen auf Kriegsschiffen ausgebildet als jede andere Werft der Welt“. Sie liefere auch seit Jahren Militärschiffe an die Türkei – als Teil der Unterstützung für das türkische Regime in seinem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Die Bundesrepu-

blik sei "Waffenlieferant Nr. 2 hinter den USA".

Politisches Ziel des Anschlags sei:

„die Passivität vieler Frauen und linker Zusammenhänge gegenüber dem kurdischen Widerstand und der massiven Repression an den hier Zuflucht suchenden und den Widerstand zuhause unterstützenden KurdInnen aufzubrechen.“

Dazu sei es notwendig, den Krieg gegen die Kurden in seinen gegen die Bevölkerung insgesamt und gegen die Frauen gerichteten Dimensionen zu beschreiben. Die militärischen Aktionen hätten das Ziel, die Lebensgrundlagen der „kurdischen Menschen“ zu zerstören. Diese müßten, enteignet und vertrieben, als Flüchtlinge in den Elendsgürteln der Städte sowie in Internierungslagern leben; gerade den Frauen werde dort ihre bisherige gesellschaftlich wichtige Rolle entzogen:

„Unter diesen Bedingungen verlieren sie ihre traditionellen Solidarnetze und wird ihre gesellschaft-

liche Ausgrenzung, Abhängigkeit und Auslieferung gegenüber zunehmender Männergewalt in 'modernen' Formen von patriarchaler ... Unterdrückung erleichtert.“

Die „Rote Zora“ beklagt, daß der „radikale Teil der feministischen Bewegung in der BRD kaum mehr sichtbar, zurückgezogen und zersplittert in Grüppchen“ sei; es sei notwendig, sich nicht nur mit dem „eigenen Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus, Produktivismus“ zu beschäftigen, sondern darüber hinaus „Netze (zu) knüpfen zu den Frauen ... die hier rassistisch und sozial ausgegrenzt/ausgebeutet“ würden. Nur über die Verbindung mit den Kämpfen anderer Frauen könne wieder eine revolutionäre Perspektive – ein „kämpferisches Miteinander“ – entwickelt werden. Bezogen auf die Situation der Kurdinnen sehen die Verfasserinnen Handlungs-Ansätze sowohl in Aktionen gegen „Rassisten, Faschisten, Sexisten und Ausbeuter illegalisierter Billigstarbeit in der Bevölkerung (auch Frauen!)“, in Aktionen gegen Tourismus – als „moderne Form kolonialer Ausbeutung“ – sowie gegen Firmen und Politiker, die von der Zusammenarbeit mit der Türkei profitieren.

Militante Autonome

Anhänger	1994	1995
Bund:	5.000	6.000
Niedersachsen:	550	550
Publikationen:		
Bund:		
„INTERIM“, Berlin		(erscheint wöchentlich)
„radikal“, bundesweit		(erscheint unregelmäßig)
Niedersachsen:		
„RAZZ“, Hannover		(erscheint monatlich)
„Das Nestbeschmutz“, Göttingen		(erscheint unregelmäßig)
„EinSatz“, Göttingen		(erscheint monatlich)
„göttinger Drucksache“, Göttingen		(erscheint wöchentlich)
„Alhambra-Zeitung“, Oldenburg		(erscheint monatlich)

Das gewaltbereite linksextremistische Spektrum in der Bundesrepublik Deutschland besteht ganz überwiegend aus den anarchistisch oder anarcho-kommunistisch orientierten Autonomen. Ihnen wurden auch 1995 die meisten der linksextremistisch motivierten Gewalttaten zugeordnet. Bundesweit hielt der Zulauf zu autonomen Gruppen an. Nahezu 6.000 Personen werden ihnen zugerechnet.

In Niedersachsen sind sie in allen größeren Städten vertreten. Von den niedersächsischen Gruppierungen besitzt die Göttinger „Autonome Antifa (M)“ eine bundesweite Bedeutung für dieses Spektrum.

Autonome verfügen nicht über ein einheitliches ideologisches Konzept. Sie folgen anarchistischen, bisweilen auch kommunistischen Vorstellungen. Im Vordergrund steht bei Ihnen die eigene, selbständige („autonome“) Entfaltung der Persönlichkeit. Selbstbestimmtes Leben beschreiben Autonome u.a. als Freiheit von Lohnarbeit,

von sozialen Zwängen und Rücksichtnahme. Einigendes Band der Autonomen ist der Haß auf diesen Staat und diese Gesellschaft und ihre Bereitschaft, zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen Gewalt anzuwenden.

Die Göttinger Gruppierung „Autonome Antifa (M)“ veröffentlichte im Oktober ein Flugblatt „Was ist autonomer Antifaschismus?! – Zur Geschichte einer Bewegung und ihren politischen Inhalten“. Darin heißt es u. a.: Seit Ende der 70er Jahre habe sich eine autonome Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland herausgebildet. In ihr habe sich zunächst das radikale, aktivistische Potential aus den zerfallenden kommunistischen Organisationen der „Neuen Linken“, aus dem Widerstand gegen Großprojekte wie Atomkraftwerke und aus politisierten Jugendlichen der Null-Bock-Generation gesammelt.

„Ab 1980 entstanden überall in der BRD Gruppen und Zirkel ohne festgelegtes Konzept, ohne einheitlichen ideologischen Überbau, einig jedoch in der radikalen Ablehnung des imperialistischen Systems und entschlossen zum Kampf gegen die herrschende Ordnung. ... Ob in der

Anti-AKW-Bewegung oder im Häuserkampf, die Konfrontation mit der Staatsmacht blieb unausweichlich. Der Schwarze Block und militante Auseinandersetzungen, vor allem mit der Polizei, wurden prägend für Demonstrationen und das öffentliche Bild von den Autonomen. Militanz als politisches Mittel gehörte zum autonomen Selbstverständnis wie die Ablehnung hierarchischer Strukturen.“

Ab Mitte der 80er Jahre sei die autonome Bewegung auch wegen fehlender verbindlicher Strukturen zusehends zerfallen. Atomkraftwerke, andere Großprojekte und die „NATO-Aufrüstung“ seien trotz heftigen Widerstandes mit polizeistaatlichen Mitteln durchgesetzt, die besetzten Zentren und Häuser geräumt oder mit Nutzungsverträgen „eingekauft“ worden.

Eine Renaissance, so heißt es weiter, habe die autonome Bewegung in der Übergangsphase zwischen Auflösung und Anschluß der DDR an die BRD erlebt. Die Hausbesetzungsbewegung sei kurzfristig wiederaufgelebt, die Gegenwehr gegen den sich formierenden Neofaschismus habe überall autonome Gruppen entstehen lassen. Parallel dazu hätten autonome Antifaschisten begonnen, neue politische Konzepte zu entwickeln, um einen Ausweg aus dem vorherrschenden „puren Aktionismus“ zu finden. Die von vielen autonomen Zusammenschlüssen lange Zeit verfolgte Politik der gesellschaftlichen Freiräume oder Nischen, die über besetzte Häuser oder Zentren erkämpft werden sollten, sei verworfen worden. In dieser Situation

AUTONOME ANTIFA

Organisiert Euch !



Widerstand heißt Angriff !

habe die „Autonome Antifa (M)“ eine „Organisierungsdebatte“ begonnen. Wesentliches Ergebnis sei die im Sommer 1992 in Wuppertal ins Leben gerufene „Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation“ (AA / BO).

Antifaschismus sei weiterhin ein wichtiges Aktionsfeld autonomer Politik.

„Mit Aufklärungsarbeit und militanten Aktionen gelang es, neofaschistische Strukturen erfolgreich zu bekämpfen. Nazis wurden öffentlich gemacht, ihre Infrastruktur angegriffen, Veranstaltungen verhindert. ... Dabei ist der Kampf gegen den Neo-Faschismus immer nur ein Teil des wesentlich umfassenderen antifaschistischen Kampfes der Autonomen. Autonome Antifaschismus begreift Neofaschismus als Bestandteil des imperialistischen Systems. ... Das bedeutet, Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System.“

In einem Interview mit dem Göttinger City-Magazin „CHARAKTER“¹, November 1995, betonte Bernd Langer, ein führendes Mitglied der „Autonomen Antifa (M)“, der „Schwarze Block“ sei ein herausstechendes Merkmal der „Politik“ der „Autonomen Antifa (M)“:

„Bei Demonstrationen gegen Nazi-Zentren soll er eine entschlossene militante Kraft symbolisieren, die das Treiben der Faschisten nicht einfach so hinnehmen wird. Darüber hinaus erfüllt er die Funktion, eventuellen Angriffen von Faschisten und Angriffen der Polizei nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Zum anderen soll durch den gesamten Demonstrationsaufbau klar werden, daß die verschiedenen Teile des antifaschistischen Spektrums zusammenwirken. Was auch die Akzeptanz des militanten Widerstands bedeutet, den der Schwarze Block symbolisiert. ... Wir sagen, Militanz ist - neben einer ganzen Reihe von anderen - ein politisches Mittel unserer Politik“.

Vertreter der „Autonomen Antifa (M)“ waren bereits in der Ausgabe September 1992 der Monatszeitschrift „CHARAKTER“ zu Wort gekommen und abgebildet, damals ohne Namensnennung und verumumt. In dem Interview rechtfertigen sie „Scherbendemos“, einen Brandanschlag auf den Pkw eines Polizeibeamten und „militante Interventionen“ gegen Neonazis (Körperverletzungen).

Kommunikationsnetze

Linksextremisten aller Richtungen, darunter besonders Anhänger der autonomen/antiimperialistischen Szene, nutzen verstärkt Mailboxen, um die

Kommunikation und den Organisationsprozeß in der linken Szene voranzubringen. So hat der bundesweite Mailboxverbund „SpinnenNetz“ rd. 100 ständige Nutzer (Einzelpersonen oder Gruppen) zusammengebracht. Nach der ursprünglichen Absicht der Betreiber war der Mailboxverbund als Informationsdienst und Archiv für elektronische Nachrichten („elektronischer Info-Laden“) geplant. Zwischenzeitlich hat sich „SpinnenNetz“ zu einem „Medium zur Vernetzung politischer Gruppen / Organisationen / Medienprojekte“ entwickelt. Das Info-System soll stützpunktartig über das gesamte Bundesgebiet ausgebreitet werden und allen „revolutionären Gruppen“ zur Koordinierung sowie zum Austausch von Informationen zur Verfügung stehen. Der Zugang zu den Nachrichten ist hierarchisch geregelt. Den Mailboxbetreibern nicht näher bekannte Personen können nur eingeschränkt als „Gast“ Nachrichten lesen. Weitere Zugangsmöglichkeiten hängen insbesondere vom Grad der aktiven Mitarbeit in politischen Gruppen ab und sind zusätzlich mit Paß-Wörtern gesichert. Außerdem wenden „SpinnenNetz“-Nutzer immer häufiger Verschlüsselungsprogramme an. Über ein International Counter Network (ICN) ist „SpinnenNetz“ in den internationalen Informationsaustausch eingebunden. Neben Verbindungen in westeuropäische Länder und USA sind inzwischen auch Vernetzungen mit Gruppen und Einzelpersonen in Nord- und Osteuropa sowie im Nahen Osten aufgebaut.

Weitere Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen sich Autonomen über Szenezeitschriften mit bundesweiter (z. B. „INTERIM“, Berlin) oder regionaler (z. B. „RAZZ“, Hannover) Verbreitung. Darüber hinaus gibt es Info-Telefone, mit denen aktuelle Informationen schnell übermittelt werden und

zu spontanen Aktionen und Demonstrationen mobilisiert wird. In Niedersachsen hatte das Delmenhorster Info-Telefon bundesweite Bedeutung; es hat allerdings Ende 1995 seinen Betrieb eingestellt. In Hannover gibt es in einem Jugendzentrum das „Info-Telefon Kornstraße“.

Autonome Info-Läden erfüllen als „Netzknotten“ vielfältige Funktionen. Sie sind Anlauf- und Kontaktstellen für Personen des autonomen Spektrums. Die Läden spielen auch bei Planung und Vorbereitung von Aktionen und Demonstrationen eine wichtige Rolle. Autonome Info-Läden werden bevorzugt in Räumlichkeiten eingerichtet, die neben einem Verkaufslokal auch Platz für Treffen und Versammlungen der Szene und sonstiger Gruppen bieten. Die Verkaufs- und Versammlungsstätten werden in der Regel von einer aus der Szene zusammengesetzten „Laden-Gruppe“ geleitet. Als beispielhaft für solche Örtlichkeiten sind das „Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße“ in Hannover und der „Buchladen Rote Straße“ in Göttingen zu nennen.

Militante Aktionen gegen CASTOR-Transporte

Militanter Widerstand gegen CASTOR-Transporte ins niedersächsische Gorleben ist 1995 zu einem zentralen Thema der militanten autonomen Szene in Deutschland geworden. Linksextremisten hoffen, damit die Szene neu zu beleben und insbesondere neue Bündnispartner finden zu können. Die Ziele des „in und um Gorleben entfachten Feuers“ müssen nach einem Beitrag in dem hannoverschen autonomen Szeneblatt „RAZZ“ (Nr. 69, Juni-Ausgabe) breiter angelegt werden:

„Wir müssen wieder die Gemeinsamkeiten suchen, mit den Menschen, die sich in anderen Bereichen gegen diesen Staat wehren; seien es die vielen antifaschistischen oder antirassistischen Gruppen, sei es der Widerstand gegen Gen- und Reproduktions-Technologie, seien es die Menschen, die sich gegen immer weitergehenden Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit wehren, seien es die Kämpfe um Häuser, Wagendörfer, selbstbestimmte Räume, seien es die Menschen, die sich hier gegen die kapitalistische Unterdrückung im Trikont zur Wehr setzen. Denn: Es geht um nichts Geringeres als eine grundsätzliche Veränderung der herrschenden Verhältnisse weltweit!...“

In der „INTERIM“-Nr. 330 vom 4. Mai schreiben „Leute aus Berlin“, der Transport sei von erfreulich vielen Sabotageaktionen wie abgerissenen Oberleitungen, angesägten Gleisen usw. bundesweit begleitet worden; „Scherbendemos“ habe es leider nicht gegeben. Trotz der „massiven Bullenpräsenz“ sei es zu „erstaunlich vielen guten direkten Aktionen“ gekommen, die auch vom „gewaltfreien Spektrum“ begeistert aufgenommen worden seien; eine „Spaltung an der Gewaltfrage“ habe nicht stattgefunden:

„Ein wichtiges Thema im Wendlandwiderstand ist das Zusammenspiel von ‚Militanz‘ und ‚Gewaltfreiheit‘. Die Bewegung setzt sich aus sehr unterschiedlichen Menschen zusammen. (Jugendlichen, Ökos, Landfreaks, ‚Normalalos‘, Menschen über sechzig, BauerInnen und auch ein

RAZZ

radikal gegen
staatsterrorismus und
klassenjustiz
kämpft für die freilassung
der gefangenen



Zeitung für ein radikales Hannover

Oktober 95 Nr72

paar ‚Autonome‘ und Kfz-MechanikerInnen...) Genauso bunt ist die Palette der Aktionsformen (Sitzblockaden, Liedersingen, Barrikadenbau, Sabotage und Anschläge, Öffentlichkeitsarbeit).“

Die Akzeptanz für direkte Aktionen – so die Verfasser weiter – sei erfreulich breit gewesen; viele Gewaltfreie hätten sich am Barrikadenbau usw. beteiligt. Allerdings werde „Gewalt gegen Menschen“ von den meisten WendländerInnen abgelehnt. Daher sei es wichtig, genau zu überlegen, wann und wo „Angriffe auf Bullen und andere Atomstaatsbüttel“ angebracht seien.

Bei „zukünftigen Aktionen im Wendland“ sei es wichtig, die Unterschiedlichkeiten des Widerstandes im Kopf zu haben. Das gemeinsame Ziel, gegen Atomanlagen zu sein, lasse sich „nur gemeinsam und im gleichberechtigten Umgang miteinander“ erreichen.

In der Nacht zum 22. August kam es im Raum Gorleben zu – offenbar koordinierten – Anschlägen militanter Atomkraftgegner:

In Dannenberg-Breese gingen Unbekannte gewaltsam gegen einen CASTOR-Verladekran vor. In der Nähe des Tatortes stellten sie Umleitungsschilder auf und brachten Tafeln mit der Aufschrift „Achtung Sprengung – Lebensgefahr“ an. Sie entfernten eine Sicherung in einer Schaltstation und unterbrachen damit den Strom im Bereich der Verladestation und einer angrenzenden Siedlung. Auf einer Verbindungsstraße setzten sie einen mitgebrachten mit Reifen beladenen Pkw in Brand; das Fahrzeug brannte aus.

Nördlich der Verladestation zündeten sie auf der Straße Strohballen an und verstreuten sog. Krähenfüße. Mit einem Schneidbrenner durchtrennten sie schließlich zwei Träger des Verladekrans; ein weiterer wurde angesägt. Der entstandene Sachschaden wird auf mehr als 300.000 DM geschätzt.

Etwa zur gleichen Zeit gingen mehr als 20 Vermummte gegen das Zwischenlager in Gorleben vor. Sie unterbrachen die Stromverbindung an zwei Stellen mit Wurfankern und schossen mit Leuchtmunition. Danach versuchten sie, auf das Gelände vorzudringen. Die Fensterscheiben des Pförtnergebäudes wurden mit Parolen wie „Stop Castor“ besprüht; eine Scheibe wurde eingeworfen, Rolladenkästen beschädigt.

Am frühen Morgen des 24. Oktober verübten Unbekannte mehrere Anschläge auf Bahnlinien der Deutschen Bahn AG in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die Täter hängten Wurfanker in die Oberleitungen der Strecken Hamburg-Hannover (Winsen-Borstel, Bardowick) und Bremen-Hamburg (Rosengarten-Klecken). Die Oberleitungen sowie die Stromabnehmer mehrerer Lokomotiven wurden z. T. erheblich beschädigt, der Bahnverkehr stundenlang gestört.

Auf der Bahnlinie Hamburg-Elmsborn durchtrennten Unbekannte ein Signalkabel; auch hier kam es zu Beeinträchtigungen des Zugverkehrs. Am Tatort wurde ein Schreiben mit der Parole „Stoppt CASTOR – Jetzt erst recht“ gefunden.

Das Berliner autonome Szeneblatt „INTERIM“ veröffentlicht in seiner Ausgabe Nr. 348 vom 19. Oktober einen Beitrag „QUATSCH NICHT DUMM RUM, DER STAATSSCHUTZ GEHT UM!!!!“; darin mahnen die unbekann-



VERHINDERT DIE CASTOR-TRANSPORTE



AUFRUHR, WIDERSTAND, ES GIBT KEIN RUHIGES HINTERLAND

ten Autoren – sie bezeichnen sich als „Untergrundamt der Freien Republik Wendland“ – zu Verschwiegenheit und konspirativem Vorgehen beim Widerstand gegen CASTOR-Transporte.

In dem Beitrag heißt es u.a.: Im Rahmen der Anti-CASTOR-Kampagne habe es eine Menge Anschläge auf die Bahn gegeben. Eine Welle der lauten und leisen Schadenfreude schwappe durch die Anti-AKW-Bewegung. „Krönung“ sei vorerst der Anschlag am 22. August auf den Verladekran in Dannenberg, ein Herzstück der Atom-mülltransportwege. Die CDU beschimpfte die Bewegung als kriminell, die AKW-Betreiber setzten Belohnungen zur Ergreifung der Täter aus. Dies alles könne die Aktivisten jedoch nicht verunsichern:

„Was uns gefährdet, ist der Dorftratsch und der Stammtisch, an dem vermeintliche Helden gekürt werden!!! ... Vorsicht ist angesagt! Über den Ermittlungsparagraphen 129 a ist es ein Leichtes, die Telefone abzuhören. Die Technik macht's möglich, gesprochenes Wort mittels der Schwingungen der Fensterscheiben zu decodieren. Postkontrolle und Observation sind weitere Stichworte. Kann sein, daß der Nachbar-tisch in der Kneipe lange Ohren hat, und vielleicht sind auch die altbekannten Zivis und ihre Pkw's, die wir schon alle kennen, durch neue Gesichter ausgetauscht. ALSO HALTEN WIR UNS AN DIE EMPFEHLUNG VON ANNA UND ARTHUR! HALTEN WIR DAS MAUL!“

Abschließend betonen die Verfasser:

„Wenn alle Tage Sabo - tage sein sollen, dann schweigt fein still, haltet eure Wohnungen, Pkws und Werkstätten sauber, laßt keine Kippen am falschen Ort liegen (Speichel), denkt an die Identifizierung über Mikrofasern von Klamotten, an Schuhsohlen und Reifenabdrücke.

Laßt die Ermittlungsbehörden ins Leere laufen!“

Ein „Untergrundamt der Freien Republik Wendland“ hatte in der Vergangenheit innerhalb der Szene u.a. detaillierte Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen sowie Wurfankern zur Sabotage des Zugverkehrs verbreitet, außerdem eine Liste mit den Namen von mehr als 160 angeblichen „Profiteuren der Atomindustrie“. Wörtlich hieß es dazu:

„Wir haben überdies eine Liste mit möglichen Angriffszielen aufgenommen, um zu verdeutlichen, daß sich unser Widerstand nicht nur gegen die Betreiber von Atomanlagen, sondern auch gegen die Profiteure dieser menschenverachtenden Technologie richtet. Gleichzeitig verbinden wir damit den Wunsch und die Hoffnung, daß sich Aktivistinnen finden, die das eine oder andere Ziel auf- und angreifen“ („INTERIM“, Nr. 328 vom 20. April).

Prozeß gegen Mitglieder der Autonomen Antifa (M) - AA(M)

Am 13. Februar 1995 hat die Generalstaatsanwaltschaft Celle gegen insgesamt 17 Mitglieder der Autonomen Antifa (M) in Göttingen Anklage erhoben. Den Angeschuldigten wurde u.a. vorgeworfen,

- sich als Mitglied an einer kriminellen Vereinigung beteiligt zu haben, deren Zweck darauf gerichtet ist, Straftaten zu begehen,
- im Zusammenhang mit insgesamt 12 Demonstrationen zahlreiche Straftaten begangen,
- für eine terroristische Organisation, die Rote-Armee-Fraktion (RAF) geworben sowie
- weitere Straftaten begangen zu haben. Aus zahlreichen Veröffentlichungen sowie den im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen gewonnenen Erkenntnissen ergibt sich nach Auffassung der Generalstaatsanwaltschaft, daß es sich bei der AA (M) um eine durchorganisierte und auf Dauer angelegte Gruppe handele. Das Ziel der Gruppe bestehe, wie sie in zahlreichen öffentlichen Schriften deutlich gemacht habe, im Kampf gegen den Faschismus und darüber hinaus gegen das „Imperialistische System“, als dessen Bestandteil das gegenwärtige Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland verstanden wird. Als Mittel ihrer politischen Betätigung bekenne sich die AA (M) ebenfalls in zahlreichen öffentlich zugänglichen Schriften zur „Militanz“ als legitimem Mittel in der politischen Auseinandersetzung. Dies gelte ausdrücklich auch

für das Auftreten des „Schwarzen Blocks“ bei Demonstrationen:

„Der Block dokumentiert, daß sich Autonome nicht den staatlichen Spielregeln unterwerfen. Es wird in der Form demonstriert, die dem eigenen Selbstverständnis entspricht - staatliche Gesetze werden nicht anerkannt und es wird somit am Gewaltmonopol gekratzt ... Außerdem bleibt der Schwarze Block tatsächlich handlungsfähig. Auch wenn sich die Aktionen daraus erstmal auf Signalmunition, Kracher und ähnliches beschränken.“

Der 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts Celle hatte durch Beschluß vom 19. Juni die Anklage der Generalstaatsanwaltschaft teilweise zugelassen und insoweit die Hauptverhandlung vor dem Strafrichter des Amtsgerichts Göttingen angeordnet, im übrigen die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Die Generalstaatsanwaltschaft Celle hatte gegen diesen Beschluß sofortige Beschwerde beim Bundesgerichtshof erhoben. Der Generalbundesanwalt ist der sofortigen Beschwerde der Generalstaatsanwaltschaft ausdrücklich beigetreten.

Am 4. August beschloß der Bundesgerichtshof, eine Anklage wegen Straftaten gem. § 129 Strafgesetzbuch („Bildung krimineller Vereinigungen“) zuzulassen, und verwies das Verfahren insgesamt an die Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg.³³⁾

³³⁾ Das Landgericht Lüneburg hat sich am 19.06.1996 mit der Generalstaatsanwaltschaft Celle und den Verteidigern der Angeklagten darauf verständigt, das Strafverfahren gem. § 153 a Strafprozeßordnung gegen Auflagen (Zahlung einer Geldbuße von je 3.000 DM — insgesamt 51.000 DM —, Abgabe einer Erklärung zu den Vorschriften des Versammlungsgesetzes und Verzicht auf die Herausgabe der meisten sichergestellten Asservate) einzustellen.

DEMO

AGITPROP-AKTION
MARKTPLATZ

2. OKTOBER 1995

AB 12.30 h

17.30 h

MARKT
CÖTTINGEN

GEGEN
FASCHISMUS



UND
KLASSEN

JUSTIZ



129

129a



Die Antifaschistische Aktion

*Bundesweite Exekutivmaßnahmen
gegen mutmaßliche Hersteller und
Verbreiter der Untergrundzeitschrift
„radikal“*

Am 13. Juni wurden auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft zeitgleich mehr als 50 Objekte in Berlin, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz durchsucht. Die Exekutivmaßnahmen richteten sich gegen mutmaßliche

- Hersteller und Verbreiter der Zeitschrift „radikal“,
- Angehörige der AIZ,
- Angehörige der Gruppe „das K.O.M.I.T.E.E.“³⁴⁾.

Bei den Durchsuchungen wurden umfangreiches Schriftgut sowie – zu einem großen Teil verschlüsselte – Computer-Disketten sichergestellt. Vier Personen – mutmaßliche Redakteure der „radikal“ – wurden festgenommen.

**Die Vernichtung der
Wurzeln des Faschismus
bleibt unser Ziel!**



Zu den Exekutivmaßnahmen meldeten sich „einige radikal-Gruppen“ zu Wort. In einer Stellungnahme in „INTERIM“ (Nr. 339) vom 6. Juli schrieben sie u. a.: Unter dem Vorwand, an einer linksradikalen Zeitung mitzuarbeiten, würden Menschen aus der linken Szene quer durch die Republik terrorisiert. Es sei offensichtlich, daß sich der Schlag nicht nur gegen die „radikal“ richte, sondern die gesamte Szene ein-

schüchtern solle. Während sich der rechte Terror verschärfe und Deutschland in rot-grün-schwarzer Einigkeit zum ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr blase, mache die Bundesanwaltschaft klar, wo für sie der Feind stehe, nämlich links. Durch die Gleichstellung der „radikal“ mit der „Anti-imperialistischen Zelle“ (AIZ) und der Gruppe „das K.O.M.I.T.E.E.“ werde die Kriminalisierung vereinfacht.

Ausführlich gehen die unbekanntenen Verfasser des Papiers auf das Selbstverständnis der „radikal“ ein:

„Wir machen und verteilen eine Zeitung. Eine Zeitung, in der jenseits staatlicher Kontrolle und Selbstzensur (Schere im Kopf) unter anderem eine Auseinandersetzung über Straßenmilitanz und bewaffneten Kampf stattfindet – und das zweifellos nicht ‚neutral‘. Wir lehnen die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols ausdrücklich ab. Im Gegenteil, wir sind parteilich. Die bestehenden Verhältnisse können nur dann erschüttert werden, wenn sich die linksradikalen Gruppen und Zusammenhänge Fähigkeiten und Strukturen aneignen, um punktuell schon heute wirksame Gegenmacht entwickeln zu können. Dies schließt notwendigerweise militante und auch bewaffnete Interventionen mit ein, welche ohne Rückkopplung und Vermittlung ins Leere laufen. Natürlich freuen wir uns über jede durch militante AntifaschistInnen verhinderte Nazi-Veranstaltung. Als

³⁴⁾ Bei dieser Gruppe handelt es sich um einen terroristischen Personenzusammenschluß, der im April einen – erfolglosen – Sprengstoffanschlag auf eine Justizvollzugsanstalt in Berlin-Grünau versucht hatte.

eine unserer Aufgaben sehen wir es an, faschistische Strukturen aufzudecken, um dadurch alte und neue Nazis angreifbar zu machen Selbstverständlich wäre auch unsere Begeisterung groß gewesen, hätten wir den Titel der nächsten Ausgabe mit dem Bild des gesprengten Abschiebeknastes in Berlin/Grünau zieren können.“

Was die „radikal“ von jeder legal erscheinenden Zeitung unterscheide, sei die Tatsache,

„daß wir diese Struktur der staatlichen Kontrolle und damit dem Zugriff der Zensurbehörden entzogen haben. Wir haben über die Jahre eine Organisationsstruktur aufgebaut, mit der eine für den derzeitigen Zustand der radikalen Linken vergleichsweise hohe Auflage von Zeitungen verdeckt bundesweit verteilt wird.“

Die „radikale Linke“ – so betonen die Verfasser – müsse aus den Erfolgen und Fehlern von bewaffneten und militanten Gruppen lernen. Sie müsse aktuelle Entwicklungen wahrnehmen und ein Teil von ihnen bleiben, d. h. sich in den jetzt agierenden antifaschistischen Zusammenhängen bewegen oder beispielsweise eine Auseinandersetzung mit der „von uns sehr kritisch

beäugten AIZ“ führen. Der Raum für diese Diskussionen müsse ständig neu erkämpft und gegen staatliche Angriffe verteidigt werden. Dafür stelle „radikal“ eine der notwendigen Strukturen dar. Der Schlag der Bundesanwaltschaft habe deutlich gemacht, daß der Gewaltverzicht der Guerilla offenbar keinen Raum für andere Ebenen der Auseinandersetzung geschaffen habe:

„Wir wissen, gemeint sind wir alle! ... Deshalb liegt es auch an uns allen, diesen Angriff nicht unbeantwortet zu lassen.“

In einer weiteren Ausgabe „INTERIM“ (Nr. 344, 21. September) heißt es, die Aktion der Bundesanwaltschaft habe vor allem das Ziel, „linke Zeitungsprojekte und oppositionelle Presse zu kriminalisieren“. Der Staatsschutz gehe vor allem gegen Gruppierungen vor, die „Widerstand“ leisteten sowie Kontinuität und Kampfbereitschaft behaupteten. Betroffen seien unterschiedliche Zusammenhänge wie Antifa-Gruppen, z. B. die Autonome Antifa (M) aus Göttingen, die RAF - Beispiel sei die „Liquidierung von Wolfgang Grams“ – und die mit der PKK sympathisierenden Kurden. Der Angriff richte sich gegen den autonomen / antiimperialistischen Bereich der Linken, „gegen die dort entwickelten ... Erfahrungen mit Konzepten, Praxis und Organisationsansätzen, bewaffnetem Kampf und klandestinen Strukturen“.

Rote Hilfe e. V. (RH)

Sitz	
Bund:	Kiel
Mitglieder:	
Bund:	über 1.400
Niedersachsen:	50
Publikation:	
Bund:	Die Rote Hilfe (Auflage 2000 Exemplare vierteljährlich)

Die Rote Hilfe, 1975 von der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten gegründet, versteht sich als Rechts- und Hafthilfeorganisation in der Tradition einer gleichnamigen kommunistischen Gruppierung der Weimarer Zeit. Ihr gehören bundesweit mehr als 1.400 Mitglieder an, darunter viele gewaltbereite Linksextremisten. In Niedersachsen ist die Rote Hilfe vor allem in Göttingen aktiv, unter ihren Mitgliedern sind auch militante Antifaschisten.

In ihrer Satzung stellt die Rote Hilfe ihre Ziele wie folgt dar:

„Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation.

Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antiras-

istische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.

Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.“

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe hat seinen Sitz in Kiel, Untergliederungen bestehen aus Orts- und Regionalgruppen. Kontaktadressen weisen auf weitere Unterstützer der Rote Hilfe hin. In Niedersachsen besteht eine Regionalgruppe in Göttingen, Kontaktadressen verweisen an Ansprechpartner in Lingen/Nordhorn, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Wolfsburg und Harburg-Land. Auch 1995 unterhielten Mitglieder der Roten Hilfe persönliche Kontakte zu Inhaftierten aus der RAF und beteiligten sich an bundesweiten Aktionen „gegen staatliche Verfolgung von Antifaschisten“ und gegen das „Verbot der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)“.

Die Zeitschrift "Die Rote Hilfe" (Nr. 3 / 95) berichtet über eine günstige Entwicklung der Organisation: Die

Mitgliederzahl sei von 877 (Ende 1993) über 1.233 (Ende 1994) auf 1.478 im Juli dieses Jahres gestiegen. Die Einnahmen hätten erstmals 100.000 DM überschritten; davon stammten 85.000 DM aus Mitgliedsbeiträgen. Zur Unterstützung politisch Verfolgter habe die Organisation im vergangenen Jahr 68.000 DM aufgewendet, weitere Ausgaben seien für Öffentlichkeitsarbeit

(8.000 DM), die Zeitschrift (19.000 DM) sowie für Verwaltung (13.000 DM) angefallen.

Die Rote Hilfe beklagt, daß ihre Ausgaben schneller als die Einnahmen gewachsen seien. Aufwendungen zur Unterstützung politisch Verfolgter seien gegenüber 1993 um mehr als ein Drittel gestiegen. Den Unterstützten könnten daher nur noch 40 % statt bisher 50 % der Prozeßkosten erstattet werden. Die Mitglieder seien aufgefordert, ihre monatlichen Beiträge zu erhöhen und weitere Interessenten zu werben.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Gründung:	1968	
Sitz		
Bund:	Essen	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende:	Heinz STEHR (Bund) Peter DÜRRBECK (Niedersachsen)	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	6.700	6.100
Niedersachsen:	650	420
Publikation:		
Bund:	Unsere Zeit (UZ) erscheint vierzehntäglich Auflage: 15.000	
Niedersachsen:	Verschiedene lokale Blätter wie „Hannoversches Volksblatt“ oder „Die rote Spindel“	

Die DKP hielt auch 1995 am Marxismus-Leninismus fest; sie ist in allen westlichen und – nach eigenen Angaben – auch in den östlichen Bundesländern organisiert. Sie sieht sich weiterhin als „sozialistische Alternative“.

Die Mitgliederzahl der DKP stagnierte 1995 auf Bundesebene bei rd. 6.100. In Niedersachsen zählt die DKP nur noch knapp über 400 Mitglieder. Die Altersstruktur dieser Partei entwickelt sich negativ, zwei Drittel der Mitglieder sind älter als 60 Jahre. Die DKP wird auch 1996 ihren Mitgliederschwund nicht aufhalten können und weiter an Bedeutung verlieren.

Die DKP befaßte sich 1995 bundesweit besonders mit folgenden Themen:

- 50 Jahre nach Kriegsende (8. Mai 1945) stellte die DKP die herausragende Rolle der Roten Armee bei der Zerschlagung des „Hitler-Faschismus“ heraus. Der "Antifaschismus" ist auch heute noch ein besonderes Anliegen der DKP.
- Die DKP stimmt "in nicht wenigen aktuellen politischen Fragen" mit der PDS überein. Ein DKP-Sprecher

sagte im Februar: „Zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen DKP und PDS gibt es keine Alternative.“

Ihr UZ-Pressesfest (2./3. September in Dortmund) wertete die DKP als größte Veranstaltung der Partei seit dem politischen Zusammenbruch 1989. Rund 35.000 Besucher hätten an beiden Tagen den Weg in den Revierpark Wischlingen gefunden. Zum gelungenen Verlauf habe die professionelle Organisation durch die einzelnen Parteibezirke wesentlich beigetragen. Nicht nur Genossen seien gekommen, sondern viele Menschen aus dem Umfeld der Partei und aus dem gesamten linken politischen Spektrum. Die politischen Veranstaltungen hätten trotz des umfangreichen Kulturprogramms besonderen Zuspruch gefunden. 24 kommunistische und „Bruderparteien“ hatten sich mit Delegationen, zum Teil auch mit eigenen Ständen, an dem Pressesfest beteiligt. Die DKP stellte die Solidarität mit dem kubanischen Regime und dem Befreiungskampf der PKK besonders heraus.

Ausländerextremismus

Überblick

Die große Mehrheit der fast 7 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger lehnt verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen ab und akzeptiert die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ungeachtet der gestiegenen Zahl ausländischer Extremisten und der von ihnen verübten Gewalttaten ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der ausländischen Wohnbevölkerung mit nicht einmal einem Prozent weiterhin gering. Die islamistisch-extremistischen Gruppen verfügten auch 1995 über die größte Anhängerschaft. Angesichts der weltweiten Entwicklung des islamistischen Fundamentalismus bedürfen die islamistisch-extremistischen Organisationen einer kontinuierlichen Beobachtung und Analyse.

Die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK, ist die größte gewalttätige links-extremistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl sie hier seit 1993 mit einem Betätigungsverbot belegt ist, sind nur die öffentlichen Aktivitäten stark eingeschränkt. Die Zahl der „Mitglieder“

und Anhänger hat sich wiederum erhöht.

Gewalttaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

1995 wurden im Bundesgebiet 271 Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem ausländerextremistischem Hintergrund erfaßt. Die Zahl der Gewalttaten ist gegenüber 1994 (257 Gewalttaten) leicht gestiegen. Zum größten Teil sind sie wieder mutmaßlichen Tätern aus den türkischen und – soweit der Zeitraum bis August betroffen ist – insbesondere kurdischen extremistischen Bestrebungen zuzurechnen.

Während die Zahl der Erpressungen, Körperverletzungen, Tötungsdelikte und Landfriedensbrüche im Vergleich zu 1994 stark zurückging, kam es bei den Brandanschlägen zu einem drastischen Anstieg um mehr als das Dreifache, nämlich von 56 auf 188. Die überwiegende Zahl dieser Anschläge und etwa 71 % der Gewalttaten insgesamt sind mutmaßlichen Anhängern der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) zuzuordnen.

Auffällig sind die Übereinstimmungen der Gewaltstatistiken von 1994 und 1995 bezüglich des Monatsvergleichs und der Aufschlüsselung nach Bundesländern. In beiden Jahren erreicht die Gewaltkurve in den Monaten März und Juli Höchstwerte. Zurückzuführen ist dies für 1995 zum größten Teil auf zwei Brandanschlagsserien, für 1994 auf die gewalttätigen Ausschreitungen im März anlässlich des kurdischen NEWROZ-Festes (21. März) und im Juli anlässlich des Todes von Halim Dener (30. Juni)³⁵). Zum Jahresende 1995 gingen die Gewalttaten stark zurück, während im November 1994 noch ein Anstieg (Jahrestag des Betätigungsverbots der PKK) zu verzeichnen war.

³⁵) Während des Klebens von Plakaten der ERNK, gegen die der Bundesinnenminister ein Betätigungsverbot erlassen hatte, wurde am 30. Juni 1994 im Stadtzentrum von Hannover der 16jährige Kurde Halim Dener von der Polizei überprüft. Dabei löste sich ein Schuß aus einer Dienstwaffe, an deren Folgen der junge Kurde verstarb.

In Niedersachsen war die Gesamtzahl der Delikte, die sich dem Arbeitsfeld „politisch motivierte Ausländerkriminalität“ zuordnen lassen, mit 208 im Vergleich zum Vorjahr mit 236 insgesamt leicht rückläufig. Die Zahl der Körperverletzungen ist – dem Bundes-trend entsprechend – von 18 auf 3 Delikte deutlich zurückgegangen. Eine erhebliche Zunahme war – auch bundesweit – bei den Brandanschlagsdelikten zu beobachten. Dabei stehen in Niedersachsen diese Delikte nahezu vollständig im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik.

Gewalttaten mit ausländerextremistischem Hintergrund - Bundesgebiet³⁶⁾

	1994	1995
Tötungsdelikte ³⁷⁾	20	1
Sprengstoffanschläge	—	1
Brandanschläge ³⁸⁾	56	188
Landfriedensbrüche	59	15
Körperverletzungen	49	19
Raub/Erpressungen	49	13
Freiheitsberaubungen	1	4
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	23	30
Gesamt	257	271

³⁶⁾ Sofern die Vergleichszahlen für 1994 von früheren Statistiken abweichen, beruhen die jetzigen Angaben auf einem aktuellen Erkenntnisstand.

³⁷⁾ 1994: 15 versuchte Tötungsdelikte, 5 vollendete Tötungsdelikte
1995: 1 vollendetes Tötungsdelikt

³⁸⁾ Umfaßt Brandstiftungen und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Sitz:	Damaskus	
Generalsekretär:	Abdullah ÖCALAN	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	7.500	8.900
Niedersachsen:	1.000	1.400
Publikationen:		
Monatlich:	„Serxwebun“ („Unabhängigkeit“)	
Zweimonatlich:	„Kurdistan-Report“	
Weitere zahlreiche Publikationen der Teil- und Nebenorganisationen wie z. B.:	„Zülfikar“ „Jina Serbilind“ („Die stolze Frau“) „Sterka Ciwan“ („Stern der Jugend“)	

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) blieb trotz des bereits am 26. November 1993 gegen sie durch den Bundesinnenminister verhängten Betätigungsverbotest aktivste und gefährlichste ausländische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Der Zulauf zur PKK hat sich 1995 erneut gesteigert. Er erhöhte sich allein in Niedersachsen um 40 % auf 1 400 Aktivisten. Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt u.a. im Raum Hannover-Celle; hier leben rd. 5 000 Kurden. Die nach marxistisch-leninistischem Vorbild straff zentralistisch geführte Organisation scheint nach einer – taktisch bestimmten – Phase der Ruhe, in der der Generalsekretär ein einseitiges „Waffenstillstandsangebot“ an die Türkei und die Bundesrepublik verkündet hatte, Ende 1995 zu terroristischen Aktivitäten zurückzukehren. Eine deutsche Zeitschrift veröffentlichte am 22. Dezember ein Interview mit Öcalan, der u.a. ausführte:

„Ich werde die Position von Deutschland gegenüber den Kurden weiter gut verfolgen. Wenn die deutsche Position für uns gefährlich ist, werden wir uns gegen die Interessen Deutschlands wenden. ...

Wenn man die gerechte Sache der Kurden nicht endlich ernst nimmt, dann wird das zu Lasten Deutschlands gehen. Ihre Landsleute können froh sein, daß es bislang keine extremen Reaktionen gegeben hat.“

Im kurdischen Fernsehsender MED-TV drohte Öcalan am 28. Januar 1996 u. a. mit Mordtaten gegen deutsche Touristen in der Türkei. Er führte aus, die Unterdrückung der Kurden sei unerträglich geworden. Sie seien nahe daran, zu „explodieren“. Deutschland werde es erleben. Wenn der Waffenstillstand keine positive Antwort erfahren sollte, werde es in Europa eine Massenerhebung geben, und zwar in erster Linie in Deutschland. Dabei würden Hunderte von Menschen sterben. Der Waffenstillstand sei nicht nur für die Türkei verkündet worden, sondern auch für Deutschland. Werde die Initiative der PKK nicht in Kürze positiv beantwortet, dann würden die Kampfhandlungen wieder aufgenommen.

Wenn morgen 50 deutsche Touristenleichen aus der Türkei in Deutschland ankämen, dürften die Verantwortlichen nicht überrascht sein. Sie sollten sich ebenfalls nicht wundern, wenn in Deutschland unkontrollierte Ausschreitungen stattfänden. Bereits drei Tage zuvor hatte Öcalan in MED-TV die „Kurdenpolitik“ Deutschlands heftig kritisiert.

Die PKK wurde am 27. November 1978 als marxistisch-leninistische Kaderpartei gegründet. Ihren Ursprung hat sie in einer studentischen Gruppe, die sich Mitte der 70er Jahre an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ankara um Öcalan gebildet hatte. Das Zentralkomitee, höchstes Organ der Partei, wird vom Generalsekretär, der von seinen Anhängern als APO bezeichnet wird, geleitet. Ihren Sitz hat die PKK in Damaskus (Syrien). In Europa wird die Partei politisch angeführt von der „Europäischen Frontzentrale“ (ACM). Auf Länderebene gliedert sich die PKK in Regionen, Gebiete, Räume, die von jeweils verantwortlichen Führungskadern bis hinunter zu Ortsverantwortlichen geführt werden. Örtliche PKK- und der Partei nahestehende Vereine sind in der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) zusammengeschlossen. Die am 27. März 1994 in Bochum gegründete YEK-KOM hat offensichtlich die Nachfolge der verbotenen Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigung aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland, FEYKA-Kurdistan, als Dachverband der kurdischen Organisationen in der Bundesrepublik angetreten.

In Niedersachsen sind YEK-KOM-Vereine bislang in Hannover, Celle, Braunschweig und Salzgitter bekanntgeworden. In Braunschweig war unter der Adresse des YEK-KOM-Vereins auch eine Nebenstelle des zwischenzeitlich verbotenen Kurdistan-Informationsbüros aktiv. Der Kurdische Kulturverein in Hannover e. V. und das Kurdische Kultur- und Beratungszentrum in Celle hatten vor Bildung der YEK-KOM-Vereine ihre Tätigkeit eingestellt; sie wurden von Amts wegen im Vereinsregister gelöscht.

Die YEK-KOM als Dachverband der Vereine forderte 1995 – ebenso wie alle anderen Gliederungen der PKK – die Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen, die Anerkennung der kurdischen Identität und der kurdischen Vereine als offizielle Vertreter des kurdischen Volkes.

Parteisymbol war bis Ende 1994 ein fünfzackiger Stern mit Hammer und Sichel umrahmt von dem Parteinamen. Seitdem verwendet die PKK als ihr Symbol eine gelbe Fackel in einem roten Stern. Die Fahne der PKK zeigt dieses Symbol auf rotem Grund, abgegrenzt durch ein gelbes Band.

Die PKK unterscheidet bei ihren Anhängern zwischen Kader-Vollmitgliedern, Kader-Anwärtern und Sympathisanten.

Die Kader der Partei sind an strikte Weisungen gebunden und arbeiten konspirativ. Bei ihrer Tätigkeit benutzen sie Decknamen. Feste Wohnsitze werden von ihnen nicht bezogen, um die Arbeit der Sicherheitsbehörden zu erschweren. Regelmäßig werden diese Kader ausgetauscht. In einem bestimmten Bereich wie in der Region Nordwest, zu der Niedersachsen im

Berichtszeitraum gehörte, sind sie nur einige Monate aktiv.

Exkurs: Zur Lage Kurdistans

Seit Ende des 1. Weltkrieges ist das weitgehend geschlossene Siedlungsgebiet des kurdischen Volkes auf weite Gebiete Vorderasiens verteilt. In der Türkei leben bis zu 15 Millionen Kurden, im Iran 6 bis 8 Millionen und im Irak 4 bis 5 Millionen. In Syrien sollen eine Million und in verschiedenen Republiken der ehemaligen Sowjetunion 500.000 Bürger kurdischer Volkszugehörigkeit beheimatet sein. Die Kurden gelten als eines der ältesten Völker der Welt. Sie sind mit den Persern verwandt und haben eine eigene Sprache und Kultur entwickelt. Etwa 80 % der Kurden gehören der sunnitischen Glaubensgruppe des Islam an, die restlichen 20 % teilen sich auf in Aleviten (eine gemäßigte schiitische Richtung), Jeziden und Christen.

Das Siedlungsgebiet der Kurden war in der Geschichte niemals eine politische Einheit. Erstmals wurde den Kurden 1920 das Recht auf einen eigenen Staat in ihrem vormals zum Osmanischen Reich gehörenden Gebiet zugesprochen. Nach der Gründung der modernen Türkei wurde allerdings die Zusicherung eines autonomen Kurdenstaates nicht eingelöst. Aufstände der Kurden zwischen 1938 und 1945 wurden blutig niedergeschlagen. Krieg und Vertreibung gehören seitdem ständig bis in die heutige Zeit zum Alltag der Kurden in der Türkei, dem Irak und Iran.

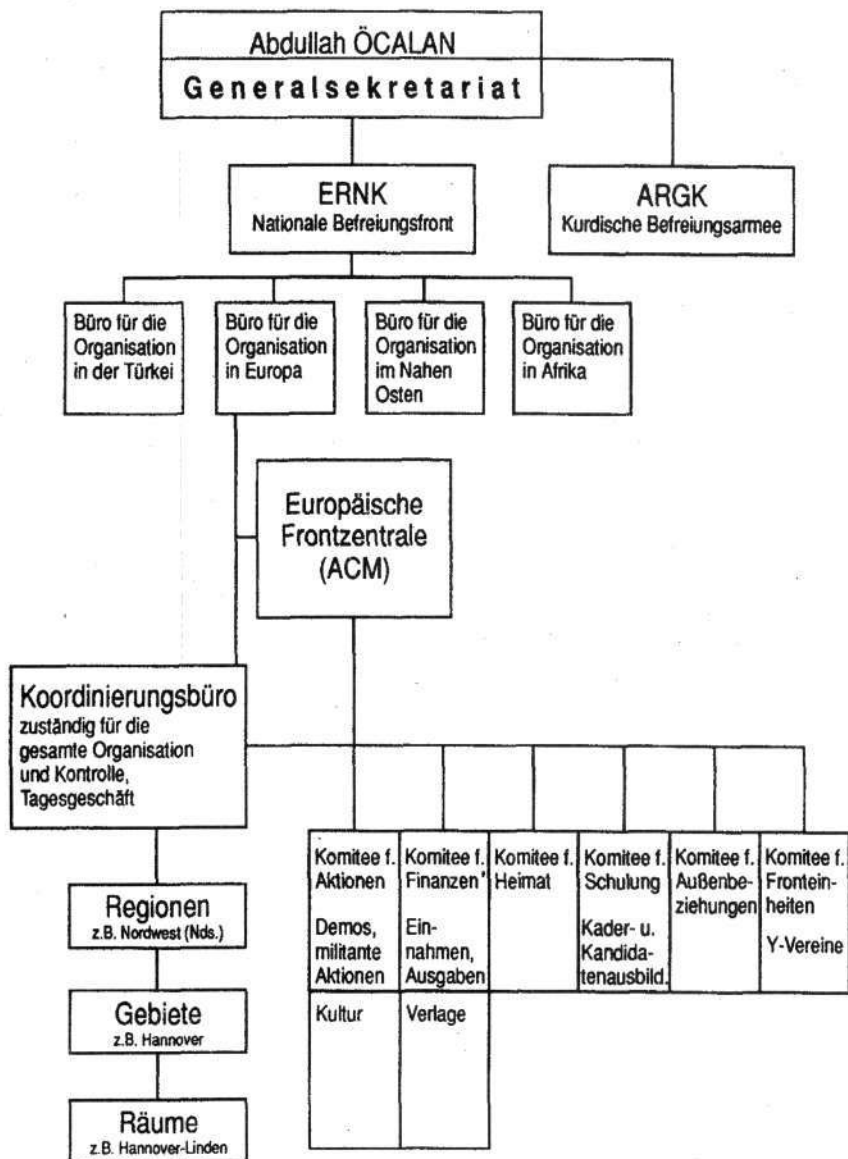
Rigoroses Vorgehen der türkischen Armee gegen die PKK, die ihrerseits

seit dem 15. August 1984 einen Guerilla-Krieg gegen die Türken führt, steigerte auch 1995 die Bereitschaft zur Radikalisierung der Autonomiebestrebungen. So versuchte im Frühjahr die türkische Regierung mit einer Großoffensive ihrer Armee, die bis in den Nord-Irak hineinführte, die PKK zu vernichten. Das militärische Ziel, die PKK zu „vernichten“ wurde nicht erreicht.

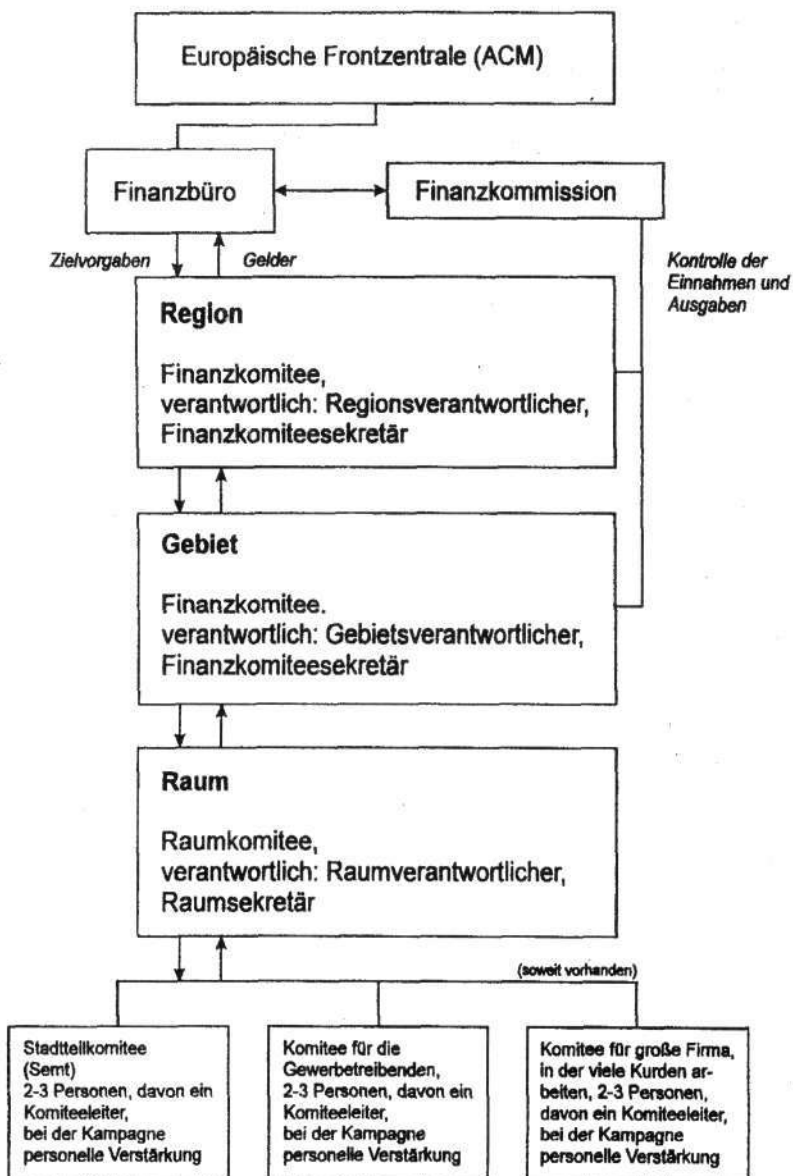
Spendenkampagnen

Für die Ausrüstung und Versorgung ihrer Guerilla-Kämpfer im Osten der Türkei benötigt die PKK umfangreiche Finanzmittel. Außerdem müssen ihre europaweit angelegte Propagandatätigkeit finanziert und die Stützpunkte im Nahen Osten (Syrien, Libanon, Iran und Irak) unterhalten werden. Hinzu kommen Ausgaben für den hauptamtlichen Funktionsapparat. Die PKK ist deshalb auf die erfolgreiche Durchführung regelmäßiger Spendenkampagnen angewiesen. Die von ihr beauftragten Spendensammler üben dabei nicht nur massiven Druck auf zahlungsunwillige Landsleute aus, sondern gehen teilweise auch mit erheblicher Gewalt gegen sie vor. Körperverletzungen werden bundesweit regelmäßig festgestellt. Jährlich kommen bei diesen Spendengeldsammlungen bis zu 30 Millionen DM zusammen. Im Dezember wurde in einer größeren Stadt Niedersachsens mehr als eine Million DM eingetrieben.

Struktur der PKK



Finanzstruktur der PKK



Propaganda- und Militärorganisation der PKK

Die PKK unterhält eine Propaganda- und eine Militärorganisation. Ihre Aktivitäten in Europa entwickelt sie hauptsächlich über die am 21. März 1985 gegründete „Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan“ – ERNK – (Nationale Befreiungsfront Kurdistans). Eigenen Angaben zufolge unterhält diese Organisation auch Verbindungsstellen in Italien, Spanien und Griechenland. Der seinerzeitige „Europavertreter der ERNK“, Faysal Dunlayici, Tarnname: Kani Yilmaz, ist Mitglied des ZK der PKK in Damaskus. Yilmaz wurde am 26. Oktober 1994 in London festgenommen. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof hat am 31. Oktober 1994 Haftbefehl gegen Yilmaz wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung erlassen. Im Auftrag des Generalbundesanwalts wurde ein Ersuchen um Anordnung der vorläufigen Auslieferungshaft an die zuständige britische Justizbehörde übersandt. Am 25. Juli 1995 beschloß ein britisches Gericht, daß der Festgenommene an Deutschland auszuliefern sei; eine endgültige Entscheidung im Rechtsmittelverfahren steht noch aus.

Die ERNK hat die Aufgabe, die in Europa lebenden Kurden zu organisieren, für den Kampf in der Türkei zu engagieren und auszubilden. Um ihren Einfluß auf alle Lebensbereiche der in den westlichen Ländern lebenden Kurden auszudehnen, gründete die ERNK zahlreiche sogenannte Y-Gruppen (Y = Yekitiya: Union/Verband).

Die ARGK wurde 1986 als „Volksbefreiungsarmee Kurdistans“ („Artesa Rizgariya Gele Kurdistan“ – ARGK)

gegründet. Nach eigenen Angaben gehören ihr etwa 30 000 Kämpfer an, die in Lagern in den kurdischen Bergen und im iranisch-irakischen Grenzgebiet stationiert sind. Der ARGK kommt auch die Bekämpfung der von der Türkei Mitte der 80er Jahre ins Leben gerufenen „Dorfmilizen“ zu. Diese bestehen aus Angehörigen einzelner, der PKK feindlich gegenüberstehender Stämme.

Tarnorganisationen der PKK

Bereits 1986 hatte die PKK auf ihrem Parteikongreß beschlossen, unter dem Dach der ERNK sogenannte Massenorganisationen, die Y-Gruppen zu gründen. Hauptsächlicher Zweck dieser Gruppen ist es, den Einfluß der PKK auf alle Lebensbereiche der in den westlichen Staaten lebenden Kurden auszudehnen. In Deutschland sind insbesondere folgende Y-Gruppen aktiv:

Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)

In ihren Publikationen tritt diese Organisation besonders militant auf. So werden in der Verbandszeitschrift „Sterka Civan“ (Stern der Jugend) vom Februar 1995 die YCK-Mitglieder als „Kinder der Sonne und des Feuers, die fern von ihrem Heimatland die Sehnsucht nach Freiheit und Heimatland verspüren“, bezeichnet. Ein Falke, Leitsymbol der YCK, müsse den Feind mutig, verwegen und ohne mit der Wimper zu zucken angreifen. Der Falke sei bereit, den Feind mit allen Wurzeln auszurotten. Bereits 1994 war in der November-Ausgabe der Zeit-



Neues PKK-Symbol

schrift dargestellt worden, daß Jugendliche zu Falken werden müßten, die hier in Europa mit starken Aktionen den Kampf des kurdischen Volkes in der Heimat unterstützten. Am 17. Januar 1996 erklärten YCK-Anhänger im Zusammenhang mit dem Verbot einer Veranstaltung am 14. Januar in Celle in einem Zeitungsbericht, daß sie sich Verboten deutscher Stellen nicht beugen würden. Falls notwendig, würden sie auch ihr Leben opfern.

Freier Frauenverband Kurdistans (YAJK)

Anfang 1996 äußerte sich der Freie Frauenverband Kurdistans in einem Flugblatt zur Rolle der Frau im nationalen Befreiungskampf. Darin heißt es, kurdische Frauen setzten sowohl in den politischen als auch in den militärischen Bereichen ihre Gleichberechtigung durch. Mehr als 30 % der Mitglieder der Volksbefreiungsarmee Kurdistans seien junge Frauen. Diese hätten eine Frauenarmee gegründet. In Hannover besetzten am 25. Juli rd. 100 YAJK-Anhänger die Redaktionsräume einer Zeitschrift, um auf Hungerstreikaktionen in türkischen Gefängnissen aufmerksam zu machen. Eine in Hannover für den 11. November geplante Veranstaltung des YAJK in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Kurdischen Freundschaftsverein Musa Anter, Braunschweig, zur Situation der Frauen in Kurdistan wurde von der Polizeidirektion verboten. An einer Konferenz zum Thema „Frauen aus Kurdistan“ am 13. Januar 1996 in der Universität in

Hannover nahmen etwa 130 Personen teil. Die von dem dortigen AStA ausgerichtete und u.a. vom „Freien Frauenverband Kurdistans“ (YAJK) und „Kurdistan-Solidaritätsgruppen“ unterstützte Veranstaltung unterlag mehreren Auflagen. So durften u.a. keine die PKK und ihre Teil- oder Nebenorganisationen unterstützenden Redebeiträge gehalten werden. Die Zusammenkunft endete frühzeitig (vermutlich wegen der Anwesenheit eines Polizisten) mit einer Resolution, in der zur Unterstützung des YAJK und des „Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins Musa Anter e. V.“ aufgerufen wurde. Anschließend führten etwa 50 Personen eine Spontandemonstration in der Innenstadt von Hannover durch. Auf Transparenten forderten sie u.a. zur Solidarität mit dem YAJK auf. Der Braunschweiger Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein hat im Januar 1996 eine Broschüre zu dieser Veranstaltung herausgegeben. Die Veröffentlichung enthält u.a. die Texte einiger Redebeiträge, die während der Veranstaltung vorgetragen worden waren. Im Hinblick auf die Aktivitäten des YAJK wird auf einen in Zukunft vierteljährlich erscheinenden YAJK-Rundbrief in deutscher Sprache hingewiesen. Weiter heißt es, der YAJK habe in Düsseldorf ein Büro eröffnet, in dem seine Arbeit koordiniert werden soll.

Union der StudentInnen aus Kurdistan (YXX)

Diese Organisation hat seit Anfang 1994 ihren Sitz in Köln. Zusammen mit deutschen Gruppierungen rief

sie zu verschiedenen Veranstaltungen auf, bei denen die Kurdistan-Problematik thematisiert wurde. Zu einer Podiumsdiskussion in Osnabrück am 23. November unter dem Motto "Ist das Verbot kurdischer Organisationen in der BRD die Fortsetzung der türkischen Kriegspolitik mit anderen Mitteln?" kamen 60 Personen zusammen. Von Diskussionssteilnehmern wurde die Bundesregierung wegen des Betätigungsverbot der PKK kritisiert.

Gewaltaktionen

Die seit dem Betätigungsverbot weiterhin durchgeführten Gewaltaktionen der PKK zeigen, daß unter ihren Anhängern die Hemmschwelle für Gewalttaten niedrig ist. Die Aktionen werden von Funktionären, die sich illegal in der Bundesrepublik aufhalten, aus dem Hintergrund heraus gesteuert. Als Täter werden junge Kurden ausgewählt, die den Sicherheitsbehörden noch nicht aufgefallen sind. In der Regel gehen diese Taten auf Anweisungen des Generalsekretariats der PKK in Damaskus zurück. Immer wieder kommt es - so auch 1995 - zu Auseinandersetzungen mit Polizeibeamten. Durch provokatives Zeigen von Fahnen und Abzeichen verbotener Organisationen fordern PKK-Aktivisten das Einschreiten der Polizei heraus. Dabei werden Frauen und Kinder als lebende Schutzschilde in die ersten Reihen bei Aufzügen beordert. Maßnahmen der Polizeibehörden sind dadurch erschwert.

Eine Brandanschlagswelle von Anhängern der PKK begann am

24. Juli. Sie richtete sich gegen türkische Einrichtungen, auch deutsche Polizeidienststellen waren betroffen. In Niedersachsen kam es zu Anschlägen gegen türkische Einrichtungen in Hannover, Salzgitter, Osnabrück und Oldenburg.

Die Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken eskalierten, als am 3. September in Neumünster nach einer Auseinandersetzung zwischen jugendlichen Kurden und Türken ein Kurde durch einen Pistolenschuß getötet wurde. Bundesweit mobilisierte die PKK zu einer Protestveranstaltung in Neumünster. An dieser nahmen am 9. September 7.000 Personen teil. Gewaltandrohungen zwischen „rechten“ Türken und „linken“ Kurden waren danach verstärkt festzustellen.

Kurdisches Exilparlament

Parallel zu ihren Gewaltaktionen werden von der PKK auch politische Initiativen gestartet, um Anerkennung und Unterstützung westlicher Demokratien für ihren Unabhängigkeitskampf zu erhalten. Vorläufiger Höhepunkt dieser Strategie ist die Gründung eines kurdischen Exilparlaments am 12. April im niederländischen Den Haag. Ihm gehören 65 Abgeordnete an, unter ihnen viele Anhänger der PKK sowie deren Teil- und Nebenorganisationen. Mit dem Parlament soll der nationale Befreiungskampf unterstützt und die Akzeptanz eines unabhängigen Kurdistans unter maßgeblicher Führung der PKK hergestellt werden. Am 12. Februar stellte die PKK-beherrschte „Vorbereitungskommission für das kurdische Exilparlament“ fest:

„Heute stellt ein nationales Parlament für das kurdische Volk eine unumgängliche Notwendigkeit dar. Unser Volk erhebt die Forderung nach seinem Parlament, um selbst über sein Schicksal zu entscheiden und sein Recht auf Selbstbestimmung zum Ausdruck zu bringen. Das Parlament wird die Lösung der kurdischen Frage, die Entwicklung der nationalen Ordnung und der Gesetze verwirklichen und den Willen des kurdischen Volkes als nach außen hin vertretendes Organ darstellen. Es wird schon seit langem über ein Parlament diskutiert und unser Volk hat sich diese Idee bereits zu eigen gemacht. Auch die Bedingungen dafür sind jetzt gereift.“

Bereits im Januar 1991 hatte Generalsekretär Öcalan die Rolle eines solchen Exilparlamentes folgendermaßen beschrieben:

„Die Frage des Nationalparlamentes muß als eine Frage der revolutionären Entwicklung betrachtet werden. Genauso wie für unsere Partei ohne Zweifel die Bewegung des Volkes eine unverzichtbare Bedingung ist, ist sie auch die Bedingung für die Guerilla und das Parlament. Vor allem die sehr wichtige revolutionäre Phase, auf die ich ja schon hingewiesen habe, die für die Partei in Kurdistan begonnen hat, die Entwicklung zu den Volksaufständen und einer vielseitigen Guerillakraft, haben die Frage des Parlamentes von selbst auf die Tagesordnung gesetzt. Die Aktivitäten für ein revolutionäres Nationalparla-

ment müssen auf dieser Basis angegangen werden. Es muß also als ein Produkt der erfolgreichen revolutionären Entwicklung betrachtet werden. Auch früher waren ohne Zweifel objektive Gründe vorhanden, warum ein Volk von über 30 Millionen Menschen nicht mehr ohne ein Parlament leben sollte, aber aus subjektiven Gründen konnte es nicht gebildet werden. Doch jetzt sind auch die subjektiven Bedingungen dafür weitgehend erfüllt. Daher haben wir gesagt, die Idee eines Parlamentes ist richtig. Es ist richtig, den Gedanken der Bildung eines Parlamentes aufzuwerfen und eine Diskussion über den Charakter des Parlamentes zu entwickeln.

Wahrscheinlich wird das alles in allernächster Zukunft konkret umgesetzt werden. Die Vorbereitungen dafür sind getroffen worden. Dieser historische Schritt wird verwirklicht werden. Es gibt ja auch die Erfahrung der ‚Partei der Arbeit des Volkes‘ (HEP) in der Türkei. Dabei hat sich herausgestellt, daß kurdische Parlamentarier im türkischen Parlament nichts tun können. Es ist in jeder Hinsicht klargeworden, daß im türkischen Parlament nicht nach einer Lösung gesucht wird. Ein eigenes Parlament ist für Kurdistan unverzichtbar geworden.“

Die Zulassung der Gründungsveranstaltung durch niederländische Behörden rief unter in Europa lebenden Türken heftige Proteste hervor. Mehr als 20.000 von ihnen demonstrierten am 23. April in Den Haag.

Demonstrationen

Mehrere, friedlich verlaufene Demonstrationen setzten sich „Für eine politische Lösung in Kurdistan“ ein. So kamen zu einer Großveranstaltung am 17. Juni in Bonn 70.000 Personen, unter ihnen auch zahlreiche Kurden aus dem westeuropäischen Ausland, zusammen. In Hannover demonstrierten am 1. Juli 5.000 Teilnehmer aus Anlaß des Todestages von Halim Dener. Angemeldet war diese Veranstaltung von der Landesvorsitzenden der PDS/Linke Liste Niedersachsen. Eine am 18. November in Köln u. a. von der YEK-KOM angemeldete Demonstration, für deren Teilnahme bundesweit geworben worden war, wurde verboten. Daraufhin kam es zu zahlreichen Protestaktionen; in Niedersachsen waren die Städte Osna-brück und Hannover betroffen.

PKK-Propagandamaterial in Hannover beschlagnahmt

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz durchsuchte die Polizei am 30. Januar 1996 in Hannover die Kellerräume eines Kulturzentrums. Dabei wurde Propagandamaterial der PKK in der Größenordnung einer Lkw-Ladung beschlagnahmt. Es handelte sich offenbar um ein Depot, von dem aus ein Großteil des Landes Niedersachsen mit PKK-Materialien versorgt wurde. Ebenfalls durchsucht wurde die Wohnung des „Depotverwalters“ im Landkreis Hannover. Auch hier konnte umfangreiches PKK-Propagandamaterial sichergestellt werden. Der „Depotverwalter“ wurde vorübergehend festgenommen. Die beschlagnahmten Broschüren sollten zu überhöhten Preisen an Landsleute verkauft werden, um so „Spen-

den“ für die PKK zu erhalten.

Der „Depotverwalter“ war den Sicherheitsbehörden erstmals im August 1991 im Zusammenhang mit der Besetzung des türkischen Generalkonsulats in Hannover bekanntgeworden.

Niedersächsische PKK-Funktionäre festgenommen

Im Rahmen von Ermittlungsverfahren gegen Aktivisten der PKK wurden Mitte Januar 1996 in Hannover, Braunschweig, Salzgitter und Lingen gegen 12 Beschuldigte Haftbefehle u.a. wegen des Verdachts der schweren Brandstiftung und Bildung einer kriminellen Vereinigung erlassen und Durchsuchungen der Wohnungen angeordnet. Dabei wurden acht der mit Haftbefehl gesuchten Personen festgenommen. Bereits am 9. Januar war ein weiterer Beschuldigter in Hannover verhaftet worden. Außerdem wurden die Räumlichkeiten des „Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins“ in Hannover durchsucht und Propagandamaterial der PKK sichergestellt.

Am 20. Januar 1996 wurde in Heidelberg ein PKK-Funktionär festgenommen, gegen den der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs Haftbefehl wegen des dringen Verdachts der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung erließ. Der Beschuldigte soll seit 1993 nacheinander für die PKK-Regionen Nord, Mitte und Süd verantwortlich gewesen sein. Der Verhaftete war am 30. Juni 1992 vom Oberlandesgericht Celle wegen gemeinschaftlicher schwerer Freiheitsberaubung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten zur Bewährung verurteilt worden.

Haydi Gençler



Kürdistan'a!..

Halim Dener yoldaşı
anma mitingine katıl!..



YCK
(Yektiya Civanen Kurdistan)

YER : Steintor / HANNOVER
SAAT : 10.00
TARİH : 1. FEMMUZ 1995

Devrimci Sol (Dev Sol)

Sitz

Europazentrale: Köln

Zentralkomitee: Istanbul

Vorsitzender: Dursun KARATAS

Mitglieder 1994 1995

Bund: 800 1.050

Niedersachsen: 100 110

Publikationen: „Devrimci Sol - Haber Buelteni“
- Dev Sol - Nachrichtenbulletin -
erscheint unregelmäßig

Die seit 1980 in der Türkei und seit 1983 in der Bundesrepublik Deutschland verbotene Devrimci Sol führt nach wie vor in der Türkei terroristische Aktionen durch. In Deutschland fiel sie durch Brandanschläge, Hungerstreiks und Demonstrationen auf. Schwerpunkte ihrer Aktivitäten in Niedersachsen sind die Großräume Hannover und Braunschweig/Salzgitter.

Die Dev Sol arbeitet in der Türkei auf eine revolutionäre Umwälzung zu einem kommunistischen System hin.

Seit 1993 lähmen die verbal und teilweise gewaltsam ausgetragenen Flügelkämpfe die öffentlichen Aktivitäten der Dev Sol. Zwei Lager stehen sich feindlich gegenüber und lassen keine Bereitschaft zur Beendigung der Auseinandersetzungen erkennen. Diese Auseinandersetzungen hatten sich Anfang 1993 an der Person und dem Führungsstil des Vorsitzenden Dursun Karatas entzündet. Die Gegner Karatas', die den sogenannten YAGAN-Flügel bilden, haben sich Mitte 1994 unter der Bezeichnung „Türkische Volksbefreiungsfront / - Front - Devrimci Sol“ (THKP / - C-Devrimci Sol)

zusammengeschlossen. Etwa zur gleichen Zeit nannten sich die Anhänger des Vorsitzenden um in die "Revolutionäre Volksbefreiungspartei / -Front" (DHKP-C).

Mehrere Anhänger des Karatas-Flügels der Dev Sol entführten am 29. November in Hannover einen 25jährigen YAGAN-Anhänger, nachdem sie ihn zuvor tötlich angegriffen hatten. Kurz nach der Tat wurde in der Landeshauptstadt ein Flugblatt verteilt, das von mehreren linksextremistischen türkischen Organisationen unterzeichnet war und die Entführung schilderte. Bei der Tat sollen danach mehrere Anhänger anderer türkischer Organisationen anwesend gewesen sein, die erfolglos versucht hätten, die Entführung zu verhindern. Der entführte Mann wurde einige Zeit später wieder freigelassen.

Als Folge von Gefängnisrevolten in der Türkei in den Monaten September und Dezember wurden von Mitgliedern der Dev Sol/DHKP-C - unterstützt von Aktivisten anderer linksextremistischer Organisationen - im Bundesgebiet Demonstrationen, Mahnwachen und Hungerstreiks durchgeführt.

Ebenso wie die Devrimci Sol trat die „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP-ML) für den Marxismus-Leninismus ein, um

auch mit Terroranschlägen – den revolutionären Umsturz in der Türkei zu erreichen. In der Bundesrepublik ging die politische Arbeit der Partei stark zurück. Grund sind die seit 1994 andauernden Flügelkämpfe zwischen den beiden konkurrierenden Fraktionen innerhalb der TKP-ML, dem Partizan-Flügel und dem Ostanatolischen Gebietskomitee.

In Niedersachsen verfügte die Partei über Stützpunkte u. a. in Hannover, Göttingen, Salzgitter und Braunschweig. Zu einer Veranstaltung am 11. Februar kamen in Hannover rd. 600

Personen zusammen. Thema war das Gedenken an „Märtyrer und Gefallene“ der Organisation. Auch PKK-Aktivisten beteiligten sich an diesem Treffen. In Salzgitter-Lebenstedt kamen am 16. März 400 Personen, darunter Anhänger von Dev Sol, TKP-ML und PKK, zusammen, um gegen die Anschläge auf Aleviten in Istanbul zu demonstrieren.

Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)

Sitz:	Frankfurt/Main	
Vorsitzender:	Türkmen ONUR	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	4.900	6.000
Niedersachsen:	100	350

Die ADÜTDF vertritt in Deutschland die politischen Ziele der nationalistischen türkischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) mit ihrem Vorsitzenden Alparslan Türkeş. Sie ist bemüht, sich als gemäßigte, demokratische Organisation zu präsentieren, und betont nach außen, Gewalt als Mittel ihrer Politik abzulehnen. Nach einer längeren Phase der Mitgliederstagnation sind 1995 insbesondere Jugendliche der Partei beigetreten. Diese neuen Mitglieder scheinen nach ihren Äußerungen, die im Gegensatz zur offiziellen Linie des Parteivorstandes stehen, aggressiver und gewaltgeneigter zu sein. Mehrere Anschläge auf Einrichtungen der ADÜTDF waren in der Vergangenheit bereits der PKK zugerechnet worden und hatten die Stimmung gegen die PKK unter den Türken angeheizt.

In Niedersachsen hat die ADÜTDF Mitgliedsvereine u.a. in Hannover, Osnabrück, Delmenhorst und Salzgitter.

Islamistische Extremisten

Der Islam gehört zu den großen Weltreligionen mit rund 1,2 Milliarden Gläubigen. In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 2,7 Millionen Muslime.

Islamistisch-extremistische Gruppierungen verfolgen politische Bestrebungen. Anhänger dieser Strömungen las-

sen sich in ideologisch-weltanschaulicher Hinsicht als Fundamentalisten bezeichnen. Dabei wird mit dem Begriff „Fundamentalismus“ das Festhalten an einer religiösen bzw. ideologischen Weltanschauung verstanden, die ihre Sicht als einzig richtige und mögliche auffaßt und auf Kosten anderer Weltanschauungen mit allen Mitteln durchsetzen will. Fundamentalistische Strömungen haben sich neben dem islamistischen Fundamentalismus auch aus anderen Religionsgemeinschaften heraus zu politischen Ideologien entwickelt.

Islamistische politische Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, werden vom Verfassungsschutz beobachtet.

Fast alle islamistischen Organisationen, die im Nahen Osten und in Nordafrika aktiv sind, haben auch in Deutschland organisatorische Strukturen aufgebaut. Zwar geht von ihnen zur Zeit noch keine konkrete Bedrohung der inneren Sicherheit durch Gewalthandlungen aus. Mittel- und langfristig ist ihre Gefährlichkeit allerdings nicht zu unterschätzen.

**Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. Köln (ICCB/A.F.I.D.)
(Kaplan Verband)**

Sitz:	Köln	
Vorsitzender:	Metin KAPLAN	
Mitglieder	1994	1995
Bund:	3.850	2.900
Niedersachsen:	800	500
Publikation:	„ÜMMET-i-MUHAMMED“ (vierzehntägig)	

Der „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“ (ICCB/A.F.I.D.) strebt eine islamische Republik in der Türkei nach dem Vorbild des Iran durch eine islamische Revolution an.

Dem Verband gehören bundesweit rd. 74 Mitgliedsvereine an, die zentral von Köln aus gesteuert werden. In Niedersachsen gibt es verschiedene Vereine, u.a. in Braunschweig, Stadthagen, Neustadt und Osnabrück.

Der Fundamentalistenführer Metin Kaplan versteht sich als Nachfolger seines am 15. Mai 1995 verstorbenen Vaters Cemaleddin Kaplan und hat sich wie dieser zum Kalifen der islamischen Nation erklärt, also zum rechtmäßigen Nachfolger des Propheten Mohammed. Dabei stattete sich Kaplan symbolisch mit dem Schwert des Kalifen und dem Koran als „Grundgesetz“ aus.

Der frühere türkische Staatspräsident Evren hatte Cemaleddin Kaplan als einen Moscheeprediger, "der Glut und Galle über den laizistischen Staat erbricht und einen heiligen Krieg gegen die Türkei vorbereitet", bezeichnet.

Aufgrund der überzogenen

Führungsansprüche und einer rückläufigen Mitgliederentwicklung hat der ICCB/A.F.I.D. an Bedeutung verloren. Der Verband entwickelt kaum noch öffentliche Aktivitäten.

Viele Anhänger haben sich der AMGT/IGMG angeschlossen. Diese Organisation strebt ebenfalls eine islamische Republik Türkei nach dem Vorbild Irans an und tritt für die weltweite Islamisierung ein, die mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist. Ihr Handeln wird von der Überzeugung geleitet, daß Religion und Politik eine Einheit bilden.

Der Organisation gehören bundesweit rd. 20.000 Mitglieder an, in Niedersachsen 1.800. Die AMGT (Vereinigung der Neuen Weltansicht in Europa e. V.) hat sich im Frühjahr 1995 in zwei Organisationen aufgeteilt, um künftige Aktivitäten noch wirkungsvoller als bisher steuern zu können:

- Die „Islamische Gesellschaft – Nationale Sicht“ (IGMG) hat die Aufgabe, die religiösen, sozialen und kulturellen Belange der Islamisten zu vertreten.
- Die „Union für den Bau und Erhalt von Moscheen in Europa“ (EMUG) hat ausschließlich die Aufgabe, den umfassenden Immobilienbesitz der Organisation zu verwalten. Der Wert dieses Besitzes wird auf 80 Millionen DM geschätzt.

Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)

Viele außerhalb des Iran lebende Anhänger des Regimes der islamischen Republik Iran sind in der „Union islamischer Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.) organisiert. Die Organisation verfügt als Dachverband der islamisch-iranischen Studentenvereine über zahlreiche Zweigstellen in mehreren europäischen Ländern, so auch in Deutschland. Sie wird vom Iran aus bzw. von iranischen diplomatischen Vertretungen und dem iranischen Nachrichtendienst im Ausland gesteuert. Zu den Hauptaufgaben der U.I.S.A. gehört die Propagierung der Revolutionsideen Khomeinis sowie die Ausspähung und Bestrafung aktiver iranischer Oppositioneller. In Niedersachsen sind Mitglieder der U.I.S.A. an allen wichtigen Hochschulstandorten aktiv. Das „Islamische Zentrum Hamburg e. V.“, Treffpunkt für die U.I.S.A.-Mitglieder, führte 1995 mehrere Veranstaltungen für deutschsprachige Muslime durch. Vom 15.–17. September wurde die Jahreshauptversammlung der U.I.S.A. mit den Neuwahlen für den Vorstand in Europa veranstaltet. Es nahmen 75 Personen teil, darunter auch ein hochrangiger Vertreter der iranischen Regierung.

Weitere islamistische Organisationen

Zu den weiteren islamistischen Organisationen gehören u.a.

Muslimbruderschaft (MB)

Die Organisation mit Zentren in München und Aachen ist weltweit

tätig und verfügt über mehrere Untergliederungen wie z. B. die durch ihre terroristischen Aktivitäten bekanntgewordene "Islamische Heilsfront" (FIS) in Algerien.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Die schiitisch-extremistische libanesische Partei, die sich auch als "Islamischer Widerstand" bezeichnet, wurde 1982 auf Betreiben des Iran gegründet. Sie entwickelte sich aufgrund massiver iranischer Unterstützung rasch zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten. In Niedersachsen haben sich Anhänger der Hizb Allah in mehreren - konspirativ abgeschotteten - Ortsgruppen bzw. Stützpunkten organisiert. Einer ihrer Schwerpunkte ist Hannover.

HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung)

Ziel der Organisation ist die Errichtung eines palästinensischen Staates und die Vernichtung Israels. In Deutschland ist die Bewegung vor allem in Berlin und München aktiv. In Niedersachsen wohnen lediglich einige Mitglieder bzw. Funktionäre.

Sonstige Organisationen

Gegner der Regierung im Iran

Die Uneinigkeit innerhalb der iranischen Opposition im Ausland konnte auch 1995 nicht überwunden werden. Die Anhängerschaft ging weiter zurück. Die meisten Aktivitäten entfaltete die "Organisation der Volksmodjahedin Iran" (MEK). Von der MEK

beherrscht wird der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI), der sich als einzige legitime Vertretung des demokratischen iranischen Widerstandes darstellt, obwohl diese Organisation tatsächlich nur einen kleinen Teil der iranischen Opposition repräsentiert. Vom NWRI initiierte Tarnvereine wie die Flüchtlingshilfe Iran e.V. traten u.a. als Anmelder für Straßensammlungen auf, die der Geldbeschaffung der MEK dienten.

Tamilen

In Sri Lanka hielten die blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Separatistenorganisation „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) und Regierungstruppen unvermindert an. In Deutschland lebende LTTE-Anhänger unterstützten mit Spendensammlungen den Kampf in ihrer Heimat. Die im Herbst gestartete Kampagne hatte Zielvorgaben von 5.000–10.000 DM pro Person.

SPIONAGEABWEHR

Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland ist entsprechend ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung seit jeher ein wichtiges Ausspähungsziel fremder Nachrichtendienste. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist Spionage jedoch weit weniger als früher Ausdruck machtpolitischer Gegnerschaft. Vielmehr ist sie primär auf die Wahrnehmung von Informations- und Interessenvorteilen gerichtet, um die Position des Landes, für das ein aufklärerischer Nachrichtendienst tätig wird, zu stärken. Dabei interessieren nicht nur politische Vorgänge oder militärische Projekte bzw. Planungen. Vor dem Hintergrund eines ständig härter werdenden internationalen Wettbewerbs und der zunehmenden Bedeutung marktwirtschaftlicher Mechanismen in Osteuropa rückt die Wirtschaftsspionage zunehmend in den Mittelpunkt fremder Ausspähungsinteressen.

Grundsätzlich ist anzumerken, daß die Spionageabwehr im Bereich der Wirtschaftsspionage nur da tätig werden kann, wo staatliche Nachrichtendienste gegen die Bundesrepublik Deutschland tätig werden. Demnach ist die Spionageabwehr nicht für Aktivitäten zuständig, die im Rahmen der sog. Konkurrenz-Spionage zwischen Firmen festgestellt werden.

Besonderes Gewicht legen auf diesen Bereich die heutigen Nachrichtendienste der Staaten, die auf dem Gebiet des früheren Ostblocks entstanden sind, und hier insbesondere Rußlands. Darüber hinaus erlangen aber

auch die nachrichtendienstlichen Bemühungen von Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Asiens zunehmende Bedeutung. Schließlich kann auch unter befreundeten Staaten im Westen eine nachrichtendienstliche Ausforschung im Zielbereich Wissenschaft und Wirtschaft nicht ausgeschlossen werden.

Bei der Ausforschung von Wirtschaft und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland sind die Interessen breit gefächert und umfassen nahezu den gesamten Bereich industrieller Forschung bzw. Produktion sowie der Organisation der deutschen Volkswirtschaft. Das Ausforschungsinteresse beschränkt sich keineswegs auf die Beschaffung des fertigen Endprodukts, sondern gilt von der Idee über die Forschung, Entwicklung, Herstellung und Marktstrategie grundsätzlich dem gesamten Zyklus eines Wirtschaftsguts. Die Aufklärungsbemühungen fremder Nachrichtendienste setzen bevorzugt dort an, wo Informationen in konzentrierter Form und möglichst aus verschiedenen Branchen gleichzeitig vorliegen. Von besonderem Interesse sind daher Zulieferfirmen, Technologie- und Transferzentren, technisch-wissenschaftliche Übersetzungsbüros, Ingenieurbüros für technische Dokumentation, Unternehmensberater, Datenbanken sowie öffentliche Stellen, welche über Zulassung und Beschaffung neuer technischer Verfahren oder Produkte entscheiden.

Spionage aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Die Neuorientierung und Neustrukturierung der Nachrichtendienste der Staaten des ehemaligen Ostblocks hatte zu einer vorübergehenden Stagnation in der nachrichtendienstlichen Aufklärung geführt.

Etwa seit 1990, mit Beginn der schrittweisen Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaftsordnung zur Marktwirtschaft, werden in Rußland in besonderem Maße Daten über den Aufbau eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems benötigt. Seither versucht die politische Führung Rußlands, mit Hilfe der Nachrichtendienste insbesondere an Informationen über die Funktionsmechanismen des freien Wettbewerbs sowie die Regularien der Wirtschaftsabläufe in den westlichen Industrienationen zu gelangen.

Der Zielbereich Ökonomie wurde nach der Auflösung der UdSSR bei der gesetzlichen Aufgabenzuweisung für die zivilen Nachrichtendienste Rußlands in besonderem Maße als Aufklärungsschwerpunkt hervorgehoben.

Im Gesetz über die russische Auslandsaufklärung ist u.a. die Versorgung der höchsten Staatsorgane Rußlands mit Aufklärungsinformationen aus dem ökonomischen Bereich als Zielvorgabe definiert. So soll die zivile Auslandsaufklärung bei der wirtschaftlichen Entfaltung des Landes mitwirken, indem wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Informationen beschafft und an die staatlichen Organe übergeben werden.

Darüber hinaus ist ein gesteigertes Aufklärungsinteresse im wirtschaftlichen Bereich aus Äußerungen maßgeblicher Vertreter sowie aus der Organisationsstruktur der Dienste SWR und FSB³⁹⁾ herzuleiten. Auch beim militärischen Aufklärungsdienst GRU besteht eine spezielle Abteilung für wissenschaftlich/technische Informationsauswertung.

Nachrichten- und Sicherheitsdienste in Rußland

Derzeit gibt es in Rußland mindestens sieben Organisationen mit nachrichten- und sicherheitsdienstlichem Auftrag. Ihr Auftrag reicht von der politischen über die wirtschaftliche, militärische bis zur wissenschaftlich-technischen Aufklärung.

Zu den klassischen Aufklärungsfeldern sind neue Bedrohungsbereiche wie Proliferation⁴⁰⁾ oder Organisierte Kriminalität gekommen, bei denen die Dienste auf die Zusammenarbeit gerade mit ihren früheren Gegnern angewiesen sind. Derartige Kontakte versuchen sie aber auch im Rahmen der Gegenspionage zu nutzen. Zwar bilden die wichtigsten westlichen Staaten und bedeutende Krisengebiete unverändert einen Schwerpunkt nachrichtendienstlicher Aufklärung, einen nicht unerheblichen Teil ihrer Kapazität konzentrieren die russischen Dienste aber auch auf die selbständigen Staaten der früheren Sowjetunion.

Noch entstehen bei der Arbeit der Dienste aufgrund von Aufgaben- und Kompetenzüberschneidungen sowie

³⁹⁾ SWR ist der zivile Auslandsnachrichtendienst, der auch in Deutschland Spionage in den traditionellen Bereichen Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik betreibt. FSB, in Rußland zuständig für Spionageabwehr, Extremismusbeobachtung und Terrorismusbekämpfung, arbeitet auch im Ausland bei der Informationsbeschaffung im Bereich der Wirtschaft.

⁴⁰⁾ Weitergabe von Atomwaffen oder Mitteln zu deren Herstellung an Länder, die selbst keine Atomwaffen entwickelt haben.

mangelnder Koordination hohe Reibungsverluste. Mit einer Verringerung der Spionageaktivitäten von seiten Rußlands kann gleichwohl - unabhängig von der dortigen innenpolitischen Entwicklung nicht gerechnet werden.

Die Bundesrepublik Deutschland war bisher bevorzugtes Aufklärungsziel russischer/sowjetischer Dienste. Die Gründe dafür sind nach der Wiedervereinigung eher noch bedeutsamer geworden. Die noch bestehenden oder reaktivierbaren Verbindungen in die frühere DDR bieten nach wie vor eine besonders attraktive Ausgangslage für nachrichtendienstliche Operationen.

Im Bereich der Bundesrepublik arbeiten im wesentlichen folgende Dienste:

- Ziviler Auslandsnachrichtendienst (SWR)
Mitarbeiter: ca. 13.000 Personen weltweit
- Militärischer Auslandsnachrichtendienst (GRU)
Mitarbeiter: 10.000 - 12.000 Personen
- Bundesagentur für staatliches Nachrichten- und Informationswesen (FAPSI)
Mitarbeiter: 80.000 - 120.000 Personen
- Föderaler Sicherheitsdienst (FSB)
Mitarbeiter: ca. 100.000 Personen

In letzter Zeit häufen sich Erkenntnisse über Überwachungstätigkeiten des FSB in russischen Hotels. In Hotels, in denen Büros westlicher Unternehmen untergebracht sind, muß bei Orts-, Fern- und Auslandsgesprächen von der Möglichkeit einer Telefonüberwachung ausgegangen werden, da in diesen Hotels der FSB nach wie vor mit eigenem Personal vertreten ist.

Nach Einschätzung der Spionageabwehr ist von einer Überwachung aller Gespräche von Ausländern von und nach Moskau sowie ins Ausland auszugehen.

Diese Überwachung bezieht sich nicht nur auf Hotels in Moskau, sondern auch auf Hotels in den Republiken und in den größeren Städten der russischen Föderation, in denen westliche Delegationen und Vertreter aus Industrie und Wirtschaft vorwiegend übernachten. Sollte eine Telefonüberwachung in Hotels technisch nicht möglich sein, wird auf die altbewährte Personenüberwachung zurückgegriffen.

Nachrichtendienste des Iran

Informationen deuten darauf hin, daß alle iranischen Stellen, so auch die iranischen Nachrichtendienste, bemüht sind, ihren Anteil zum Abbau der großen Defizite des Iran in vielen wissenschaftlich-technischen Bereichen beizutragen.

Als eines der für vorrangig erklärten Ziele strebt der Iran den Aufbau einer rüstungstechnologisch eigenständigen Produktion an, die durch die Heranbildung einer naturwissenschaftlich-technischen Elite vornehmlich durch Ausbildung im westlichen Ausland realisiert werden soll.

Die iranischen Nachrichtendienste stützen sich u.a. zur Informationsbeschaffung auf verschiedene Zugänge zur deutschen Wirtschaft.

Iran bemühte sich in letzter Zeit intensiv, im zwischenstaatlichen Waffenhandel qualitativ hochwertige Waffensysteme, insbesondere für die Luft-

und Seestreitkräfte, zu beschaffen. Trotz der anhaltenden finanziellen Schwierigkeiten des Landes wurden 1995 umfangreiche Rüstungsimporte vorgenommen. Anders als bei dem Import von Großwaffensystemen aus den traditionellen Lieferländern nutzte der Iran bei der Beschaffung von sensiblen Rüstungsgütern Drittstaaten als Transitländer, um den Endverbleib zu verschleiern. Als angebliche Empfängerländer wurden in den entsprechenden Endverbleibszertifikaten u.a. Malaysia, Hongkong oder Indonesien angegeben. Auch die Lieferung von fabrikneuen, militärischen Ersatzteilen für bereits beschaffte Waffensysteme erfolgte nahezu ausschließlich über Drittländer.

Derzeitig ist der Iran vorrangig daran interessiert, modernste Suchköpfe für Luft/Luft-Flugkörper aus westlicher Produktion zu beschaffen. Es ist nicht auszuschließen, daß sich Teheran dabei auch an Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland wendet.

Aktivitäten des syrischen Nachrichtendienstes

Beispielhaft für die Aktivitäten des syrischen Nachrichtendienstes in Deutschland ist der Fall eines in Niedersachsen lebenden Syrers, der von einem Nachrichtendienstoffizier der syrischen Botschaft in Bonn aufgesucht wurde und angeworben werden sollte. Von dem Mann wurden Informationen über in Niedersachsen lebende syrische Oppositionelle verlangt und als Gegenleistung Erleichterungen bei seiner Einreise nach Syrien versprochen.

Der Syrer lehnte die Zusammenarbeit mit dem syrischen Nachrichtendienst ab.

Der Nachrichtendienstoffizier mußte auf Betreiben der deutschen Sicherheitsbehörden die Bundesrepublik verlassen.

Nachrichtendienste sonstiger Staaten

Auch die Nachrichtendienste befreundeter Staaten bemühen sich in allen anderen großen Industrienationen um Informationen aus den Zielbereichen Wirtschaft und Wissenschaft. Nach Presseberichten hat 1993 der Direktor der CIA, Woolsey, angekündigt, nachrichtendienstlich gewonnene Informationen der amerikanischen Industrie mitzuteilen, um sie in ihrem Konkurrenzkampf mit ausländischen Firmen zu unterstützen. Dabei soll auch gegen befreundete Staaten in Westeuropa und Japan Industriespionage betrieben werden. Zur Begründung wurde darauf verwiesen, daß einer vertraulichen Studie zufolge Japan rd. 80 % seines Geheimdienstbudgets für Industriespionage in den USA und Westeuropa ausgibt.

Generalbundesanwalt Nehm hat sich in einem Spiegelinterview (Nr. 13/1996) u. a. zu den neuen Formen der Spionage durch geschickte „Gesprächsabschöpfung“ und deren Strafbarkeit geäußert:

„Spiegel: Eine solche Gesprächsabschöpfung ist generell doch nicht strafbar?

Nehm: Ein Kaufmann kann ins Plaudern geraten und dabei unbewußt Geschäftsgeheimnisse preisgeben.

Ob es sich dabei um eine geheimdienstliche Agententätigkeit handelt, hängt von seinem Wissen um den nachrichtendienstlichen Hintergrund ab. Die Ermittlungen werden deshalb erheblich schwieriger und aufwendiger.

Spiegel: Bezieht sich das auch auf westliche Geheimdienste?

Nehm: Sowohl die Russen als auch die Amerikaner haben explizit erklärt, die Wirtschaftsspionage sei für sie ein vorrangiges Betätigungsfeld. Ich kann mir nicht vorstellen, daß solche Ankündigungen wie die der Präsidenten Jelzin und Clinton im Sande verlaufen. Hier brauchen wir eine stärkere Aufklärung. Darum wird sich der Verfassungsschutz kümmern müssen. Aber auch die Industrie muß sich auf diese Situation einstellen."

Die Wirtschaftsspionage westlicher Staaten gegeneinander ist nur begrenzt vergleichbar mit den umfassenden Aufklärungsbemühungen russischer Dienste, da nur diese einen allgemeinen Generalauftrag haben.

Einzelfälle aus Niedersachsen

● Im Mai 1995 unternahm ein deutschstämmiger Aussiedler aus einem GUS-Staat mit seiner Familie eine Busreise in seine alte Heimat, um dort seine Verwandten zu besuchen. Unmittelbar vor seiner Rückfahrt nach Deutschland wurde er von einem dortigen Geheimdienstmitarbeiter kontaktiert und nach seinen bzw. den Lebensverhältnissen seiner

Verwandten in Deutschland befragt. Darüber hinaus zeigte sich der Fragesteller besonders an möglichen Verbindungen des Aussiedlers zu deutschen Sicherheitsdiensten interessiert. Auch wollte er Einzelheiten über das Verfahren bei der Aufnahme von Aussiedlern aus Staaten der ehemaligen UdSSR in einem deutschen Grenzdurchgangslager wissen. Wie der Aussiedler erklärte, habe er die Fragen nur ausweichend beantwortet. Ein direktes Angebot zur Mitarbeit habe ihm der Gesprächspartner nicht unterbreitet.

● Ein Aussiedler aus Rußland, der in Niedersachsen als Busfahrer bei einem Unternehmen beschäftigt war, wurde bei einer Reise nach Rußland von einem Angehörigen eines russischen Nachrichtendienstes angesprochen. Dieser wollte Informationen über die mitgereisten Fahrgäste aus dem Bundesgebiet haben. Dabei interessierten ihn besonders die Reisedokumente. Der Busfahrer jedoch lieferte keine Informationen. Unmittelbar vor der Rückkehr ins Bundesgebiet suchte der Mitarbeiter des russischen Nachrichtendienstes erneut den Busfahrer auf und erklärte: "Ich möchte gerne mit Ihnen zusammenarbeiten." Diesen Anbahnungsversuch lehnte der Busfahrer erneut ab.

● Nach wie vor arbeiten in den Paß- und Meldebehörden für Besucher (OWIR) Angehörige der russischen Nachrichtendienste, die den Auftrag haben, Personen anzusprechen und

auszuforschen. Für die Angesprochenen entsteht zunächst der Eindruck, es handele sich um Angestellte der Paßbehörde.

Im Juli 1995 wurde ein 1978 aus der UdSSR ausgesiedelter Verwaltungsangestellter des Landes Niedersachsen in ein "Gespräch" verwickelt, in dem eindeutig dienstliches Wissen in Erfahrung gebracht werden sollte. Der so Angesprochene ging jedoch nicht darauf ein und meldete das Ereignis nach Rückkehr von der Besuchsreise seinem Vorgesetzten. Mit dieser Meldung und der Aufnahme des Sachverhalts bei der Spionageabwehr des Landes Niedersachsen hat der Angestellte richtig gehandelt und einer Erpreßbarkeit mit der Möglichkeit einer späteren Verstrickung vorgebeugt.

Abgeschlossener Spionagefall

Am 18. Januar 1996 verurteilte das OLG Celle nach fünfmonatiger Verhandlungsdauer den früheren Angehörigen des niedersächsischen Verfassungsschutzes - Bereich Spionageabwehr - Hans-Joachim A. wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit in besonders schwerem Fall in Tateinheit mit Bestechlichkeit zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren.

Außerdem wurden der Verfall eines Teils des Agentenlohnes in Höhe von 200.000 DM angeordnet sowie die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Nach Überzeugung des Gerichts hat A. im Zeitraum von August 1979 bis zur Wende in der DDR als Agent „Maurer“ für das Ministerium für

Staatssicherheit (MfS) gearbeitet. In diesem Zeitraum hat er mindestens 40 Treffs mit Angehörigen des MfS in der Bundesrepublik gehabt und dabei einen Agentenlohn in Höhe von mindestens 429.000 DM erhalten. Nach Auffassung des Gerichts hat A. Informationen aus folgenden Bereichen der bundesdeutschen Spionageabwehr verraten:

Protokolle von Tagungen, Fach- und Arbeitsstudien, Methodik-Informationen sowie methodische Suchmaßnahmen der Spionageabwehr.

Die Verteidigung hat Revision eingelegt.

Hilfe für Betroffene

Das Strafgesetzbuch enthält Regelungen, die dem von einer nachrichtendienstlichen Ansprache durch einen fremden Geheimdienst betroffenen Bürger eine Hilfe sein können. Schon "geworbene Personen" haben nach wie vor die Möglichkeit, sich aus der nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen, indem sie sich den Strafverfolgungsbehörden offenbaren. Die Gerichte können dann die Strafe mildern oder von einer Bestrafung absehen, wenn ein Betroffener "tätige Reue" übt. Von einem Anwerbungsversuch fremder Geheimdienste betroffenen Personen – auch denen, die für das frühere MfS tätig waren – wird deshalb geraten, sich vertrauensvoll an die für ihr Bundesland zuständige Spionageabwehrbehörde zu wenden. In Niedersachsen ist dies das

Niedersächsische Landesamt
für Verfassungsschutz
Postfach 44 20
30044 Hannover
Tel.: 05 11 / 6 70 90

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete

Im Haushaltsplan 1995 waren für den Verfassungsschutz 248 Stellen ausgewiesen, von einem Überhang von zwei nicht im NLFV beschäftigten Bediensteten abgesehen. Diese Zahl reduzierte sich Ende 1995 infolge der Sparmaßnahmen der Landesregierung auf 243 Stellen. Darin sind auch die Stellen für Bedienstete enthalten, die nicht mit verfassungsschutzspezifischen Aufgaben betraut sind – sogenanntes Intendanturpersonal. Nach Abzug dieser Funktionen liegt die Zahl der Stellen für *originäre Aufgaben des Verfassungsschutzes* bei 172.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes betrug 1995 im Endergebnis 21.665.100,- DM. Davon entfielen 4.737.500,- DM auf Sachausgaben und 16.927.600,- DM auf Personalausgaben.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten; sie müssen hierzu auch gemeinsame, automatisierte Dateien unter-

halten (§ 6 BVerfSchG). Zu diesem Zweck wurde Anfang der siebziger Jahre NADIS als EDV-gestütztes Verbundsystem eingerichtet. Jede Verfassungsschutzbehörde hat ihre relevanten Daten einzugeben und kann die Daten aller NADIS-Teilnehmer nutzen.

NADIS ist ein elektronisches Aktenregister, das darüber Auskunft gibt, ob dem Verfassungsschutz eine Organisation oder Person bekannt ist und ggf. wo und unter welchem Aktenzeichen die dazu angelegte Akte geführt wird. Das Informationssystem besteht also aus einer Objekt- und einer Personen-datei. Letztere enthält neben dem Namen mehrere zur Identifizierung einer Person erforderliche Angaben (z. B. Wohnanschrift, Kfz). Jede Speicherung enthält das Aktenzeichen, aus dem sich ergibt, welche Verfassungsschutzbehörde für die Speicherung der Information verantwortlich ist und zu welchem Sachgebiet die Speicherung erfolgte.

Inhaltliche Angaben über die in den betreffenden Akten enthaltenen Erkenntnisse sind im NADIS nicht enthalten. Diese müssen bei der aktenführenden Verfassungsschutzbehörde abgefragt und von dort schriftlich mitgeteilt werden. Vor ihrer Übermittlung erfolgt insoweit eine nochmalige Relevanzprüfung.

In den Akten der Verfassungsschutzbehörden, deren Aktenzeichen im NADIS gespeichert sind, werden viele

Informationen gespeichert, die nichts mit einer „Observation“ oder „Belastung“ zu tun haben. Beispielsweise werden auch Personen oder Institutionen, die durch Terroristen gefährdet sind, sowie Zielpersonen fremder Nachrichtendienste erfaßt. Auch die Aktenzeichen aller Sicherheitsüberprüfungen, die ganz überwiegend mit dem Ergebnis „kein Sicherheitsrisiko“ enden, sind im NADIS gespeichert.

Die Speicherungen im NADIS werden zeitlich begrenzt und regelmäßig auf ihre noch bestehende Notwendigkeit überprüft. Das gesamte Verfahren unterliegt in Niedersachsen der Kontrolle durch den behördlichen Datenschutzbeauftragten, das Innenministerium und den Landesbeauftragten für den Datenschutz. Das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz legt den Schwerpunkt auf die objekt- und organisationsbezogene Erfassung von Auswertungsergebnissen im Extremismusbereich. Es sollen in der Regel nur noch Organisationsdaten und die erforderlichen Personendaten (z. B. Funktionäre, Aktivisten, bedeutende Geldgeber) erfaßt werden.

Die Zahl der vom NLFV vorgenommenen personenbezogenen Speicherungen im NADIS belief sich am 31.12.1995 auf insgesamt 16.336. 12.634 Speicherungen bezogen sich auf Sicherheitsüberprüfungen; 3.126 betrafen die originären Aufgabenbereiche (Rechts- und Linksextremismus, Terrorismus, Ausländerextremismus sowie Spionageabwehr).

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Nach § 3 Abs. 2 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes ist die Öffentlichkeit auch über die Anwendung der nachrichtendienstlichen Mittel durch das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz zu unterrichten.

Die nachrichtendienstlichen Mittel, die das Landesamt für Verfassungsschutz einsetzen darf, sind in § 6 Abs. 1 des Gesetzes abschließend geregelt. Es sind:

1. Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen
2. Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten
3. Observationen
4. Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Filmen, Videografieren) außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG
5. Verdeckte Ermittlungen und Befragungen
6. Heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel
7. Heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG
8. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen
9. Verwendung fingierter biographischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden)
10. Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen

11. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG, d. h. nach Anordnung durch Innenminister(in) mit Zustimmung der G 10-Kommission des Niedersächsischen Landtages.

Wegen des abschließenden Charakters dieses gesetzlichen Kataloges mußten auch solche nachrichtendienstlichen Mittel aufgeführt werden, deren Anwendung nach der erklärten Absicht der Landesregierung derzeit nicht beabsichtigt, sondern für besondere Situationen vorbehalten ist. Dazu gehören beispielsweise der Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten, das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereiches des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen. Demgemäß wurden im Berichtszeitraum diese nachrichtendienstlichen Mittel nicht angewendet.

Den Vorrang hat grundsätzlich die Informationsbeschaffung mit offenen Mitteln, da eine Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 6 Abs. 4 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes nur unter bestimmten Bedingungen zulässig ist, die aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz folgen. Demgemäß wurden auch 1995 die notwendigen Informationen vorrangig ohne Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel beschafft. Wo sich extremistische Organisationen allerdings konspirativ verhalten, so daß ihre wahren Zielsetzungen und

ihre Strukturen nach außen hin nicht oder nicht zureichend bekannt sind, müssen nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden. Gleiches gilt für terroristische und Spionage-Aktivitäten.

Das am häufigsten eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel war auch im Berichtszeitraum, ebenso wie bei allen anderen Verfassungsschutzbehörden, die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen.

Die nachrichtendienstlichen Mittel wurden im Bereich des politischen Extremismus (Rechts- und Linksextremismus sowie Ausländerextremismus) und vor allem Terrorismus in jeweils abgestufter, auf die Wichtigkeit und Gefährlichkeit der betreffenden Organisation abgestellter Weise eingesetzt. Den Schwerpunkt bildeten hier der nach den zahlreichen Vereinsverboten in seiner Erscheinungsform gewandelte gewaltgeneigte Neonazismus sowie militant extremistische Ausländerorganisationen.

Observationen wurden im wesentlichen im Bereich des Rechtsextremismus und des ausländischen Terrorismus durchgeführt.

Legenden, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen mußten, wie schon immer, zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere der mit nachrichtendienstlichen Mitteln operierenden, ständig benutzt werden.

Überwachungen des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG wurden, der Schwere des Eingriffes angemessen, wie auch schon in den vergange-

nen Jahren mit größter Zurückhaltung eingesetzt. Über Anträge der Verfassungsschutzbehörde entscheidet der Innenminister, im Falle der Verhinderung sein Vertreter. Zusätzlich ist die sog. „G 10-Kommission“, die vom Landtag eingesetzt wird und die in ihrer Entscheidung unabhängig ist, über jede Maßnahme zu unterrichten. Sie entscheidet abschließend über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen in jedem Einzelfall.

Im Bereich der Spionageabwehr wurden nachrichtendienstliche Mittel nur in geringem Umfang eingesetzt, da im wesentlichen offene Ermittlungen geführt werden konnten. Soweit geboten, wurden geheime Informantinnen und Informanten eingesetzt, Observationen durchgeführt sowie die bereits erwähnten Tarnmittel verwendet.

Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

1995 wurden 12 Auskunftersuchen an das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz oder das Niedersächsische Innenministerium gerichtet. In zwei Fällen waren beim Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Erkenntnisse gespeichert; eine Anfrage wurde entsprechend beschieden. Im zweiten Fall erging eine Entscheidung nach § 13 Abs. 2 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes; der Betroffene wurde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz verwiesen.

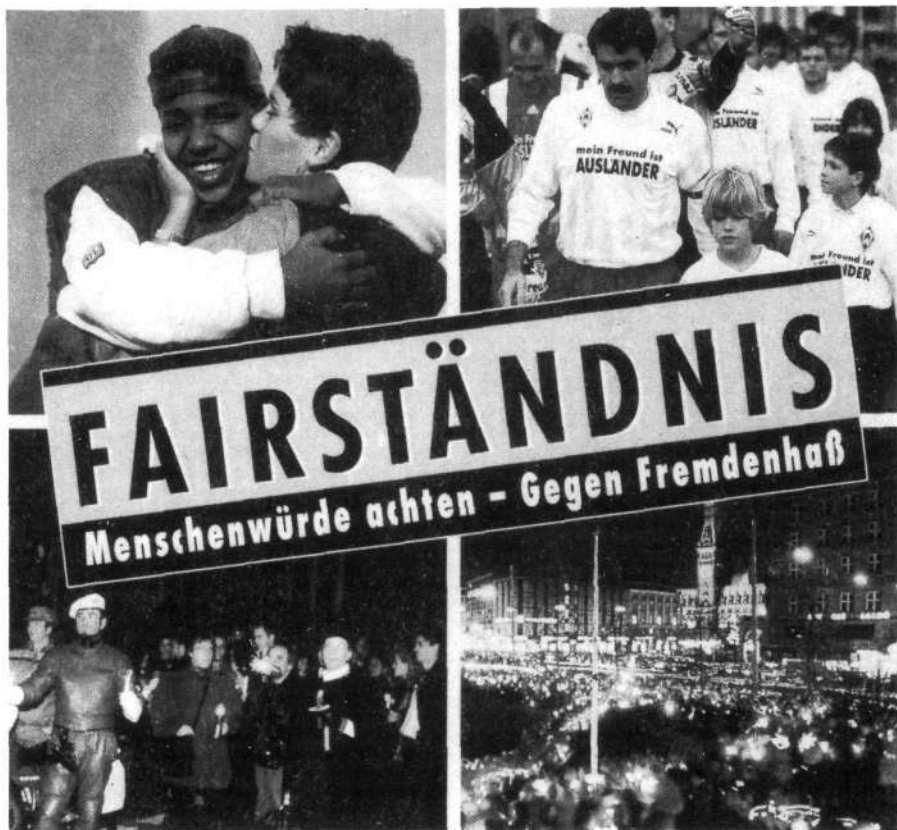
Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes hatte auch 1995 hohe Priorität. Neben Themen zum Rechtsextremismus und zur Fremdenfeindlichkeit standen Darstellungen der Tätigkeit extremistischer Ausländerorganisationen im Mittelpunkt dieser Öffentlichkeitsarbeit. Zahlreiche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen wurden von Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörde in Schulen, vor politischen Parteien und staatlichen Stellen gehalten. Im Dienstgebäude des Verfassungsschutzes wurden - wie in den Vorjahren - Besuchergruppen empfangen, um sie über Rechtsgrundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Nachrichtendienstes zu informieren. Dieses Angebot nahmen vor allem Rechtsreferendar-Arbeitsgemeinschaften der Bezirksregierungen in Anspruch.

Im Rahmen der Pressearbeit wurden zahlreiche Auskünfte und Interviews an lokale, regionale und überregionale Medien gegeben.

Das NLFV und das Innenministerium beteiligten sich auch im Jahr 1995 an der bundesweiten Kampagne „Fairständnis – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß“, die 1993 von den Innenministern des Bundes und der Länder gestartet wurde.

Licht-Blicke!



Ob mit kleinen Gesten oder großen Lichterketten: Immer mehr Bürger demonstrieren gegen den Fremdenhaß, den Rechtsextremisten schüren. Das sind Licht-Blicke, die Täter und Hintermänner ins Abseits stellen.

Gewalt gegen Fremde ist mit Verboten und Strafen allein nicht zu überwinden. Ebenso notwendig sind

Verständnis für die Fremden, ihre Sitten und Lebensweisen und Fairneß im Umgang miteinander.

Jetzt sind alle gefordert. Jeder einzelne kann sich im Betrieb oder in der Schule, in der Clique oder im Verein durch Wort und Tat für mehr Toleranz und Fairständnis gegenüber Fremden einsetzen. So machen wir aus Fremdenhaß ein Fremdwort.

Die Innenminister von Bund und Ländern

Herausgeber:
Niedersächsisches Innenministerium
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lavesallee 6, 30169 Hannover
Tel. (05 11) 120-62 58

Diese Broschüre darf, wie alle Broschüren
der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung in
Wahlkämpfen verwendet werden.

Herstellung:
Buchdruckerei und Verlag Niedersachsen, Hannover

Gedruckt auf ungebleichtem Recycling-Papier